



AIB

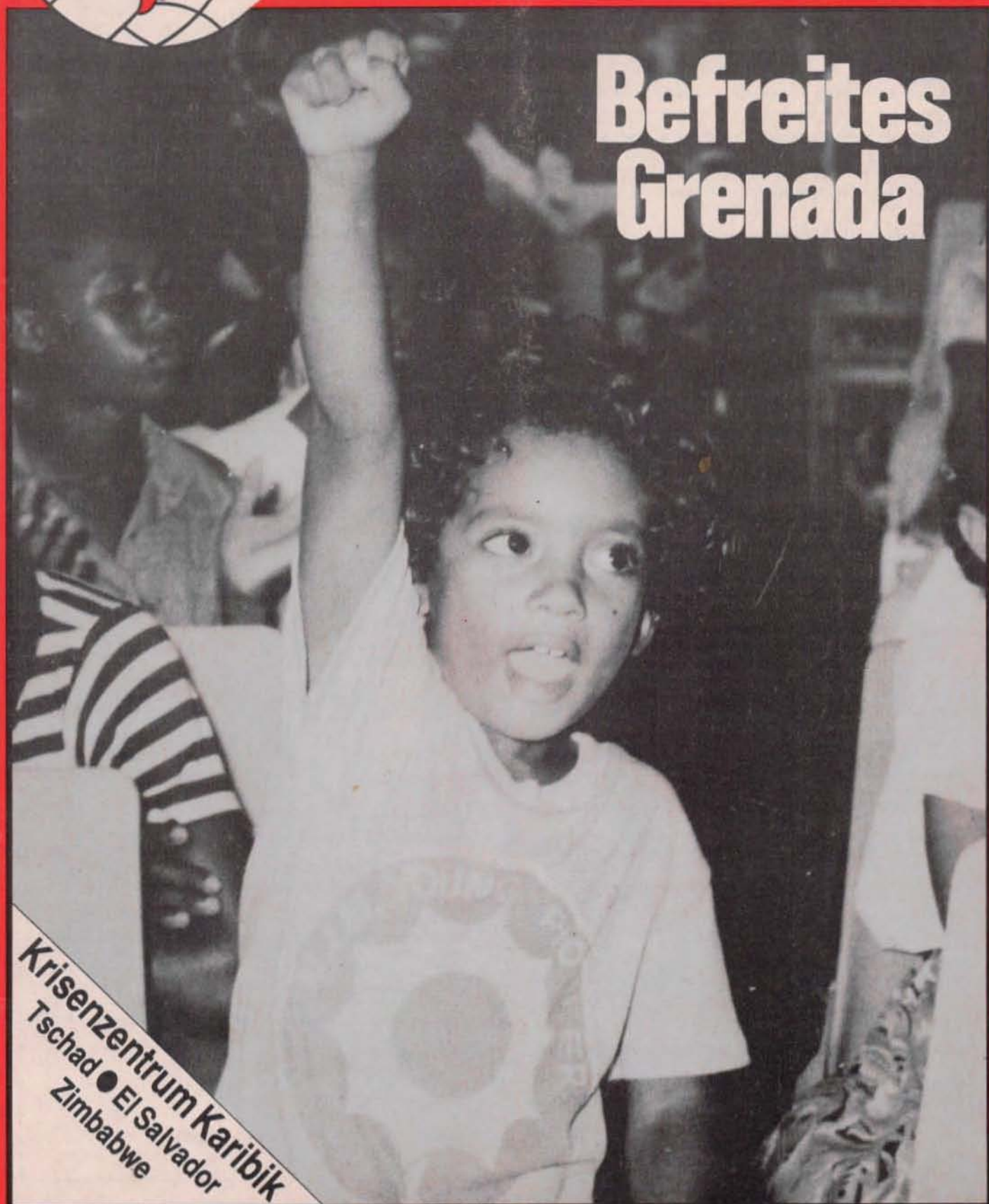
2V 7426 E
2,50 DM

März

3/1982
13. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Befreites Grenada



Krisenzentrum Karibik
Tschad • El Salvador
Zimbabwe

Inhalt:

AIB-Aktuell: Antiinterventionsfront zu Mittelamerika	3
Karibik	
Rainer Falk: Krisenzentrum Karibik	4 - 7
Eckdaten zur Karibik	7
Jorge Rodriguez Beruff: Puerto Rico - karibische Militärbastion der USA	8 - 11
Grenada	
Herbert Lederer: Die Aktivierung eines ganzen Volkes	12 - 14
Die neue Demokratie in Grenada	14
Maurice Bishop: Unsere Revolution wird sich nicht unterwerfen	15 - 17
Kolumbien	
Peter Garcia: Demokratie von Generals Gnaden	18 - 20
El Salvador	
Gespräch mit Joaquin Villalobos: Morazán - ein Reifall für die Juntatruppen	21 - 29
Guatemala	
Erklärung von Emeterio Toj Medrano: Der Feind ist nicht unbesiegbar	30 - 31
Stärkezuwachs der Guerilla	31
Zimbabwe	
Hans Mayer: Zwei Jahre Unabhängigkeit - eine Bilanz	32 - 35
Tschad	
Fode Amadou: Der Frieden entschwindet	36 - 37
Oman	
Abdul Aziz al-Qadi: Eine breite Front ist im Entstehen (1. Teil)	38 - 39
Rüstungsexporte	
Michael T. Klare: Waffenexporte - unter Reagan ein Instrument der Außenpolitik	40 - 42
Rückblick: K. Nkrumah und Ghanas Unabhängigkeit	43
Rezensionen: Standardwerke über den CIA	44
Infodienst: Iraner-Denunziation, Uran aus Namibia, Haiti-Komitee, Aktueller Buchtip: H. Belafonte	45
Kurzinformationen: Kampuchea, Korea, Indien, Naher Osten, Ägypten, Türkei, Südafrika, Namibia, Sudan, Äthiopien, Afrika-BRD, Weltbank/IMF-Kostarika	46 - 47
Kommentar: El Salvador: Brot und/oder Waffen?	48



Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM, Luftpost Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos. 50,- DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel.: 06421-24672

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphplatz (BLZ 53390000), Konto Nr. 9660.

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Brönnner (verantw.), Hanne Denk, Rainer Falk, Jürgen Ostrowsky, Ludger Schmitz

Mitarbeiter: A. J. Arndt, R. Baben, N. Biver, P. Grund, U. Hochmuth, M. Hoffmann, C. Klotz, A. Krajczek, H. Mayer, R. Münch, P. Rösler, H. E. Schäfer, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 12.2.1982

Anzeigen: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Mittelamerika-Komitees, Antimperialistisches Solidaritätskomitee, rote blätter

Achtung: neue Kontonummer (Volksbank 9660)!

Neuaufgabe

Das neue **AKTIONSHANDBUCH DRITTE WELT:** Hunderte von Tips: Veranstaltungen, Vorträge, Straßenaktionen, Demonstrationen, Filme, Bücher... Tausende von Adressen: Gruppen, Organisationen, Tagungshäuser, Filmverleih, Infomaterial...



Hrsg.: **BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGS-POLITISCHER AKTIONSGRUPPEN**

Jetzt schon vorbestellen und bezahlen! Wir brauchen 1000 Vorbestellungen, dann geht das Buch in Druck. Spätestens Februar 1982. Sichert Euch Euer Exemplar. Bestellung beim **MAGAZIN VERLAG, KÖNIGSWEG 7, 2300 KIEL 1.** Betrag von 7,80 DM pro Buch bitte als Scheck beilegen, oder Rechnung sofort bezahlen.

Ich bestelle Exemplare **AKTIONSHANDBUCH DRITTE WELT, Ausg. 82/83, 7,80 DM/Ex.**

liegt als Scheck bei
 wird nach Rechnungseingang bezahlt

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

AIB-Aktuell: Antiinterventionsfront zu Mittelamerika

Einmal mehr bekräftigte Anfang Februar d.J. Alexander Haig für die Reagan-Administration ihre Entschlossenheit, „alles Notwendige zu tun“, um einen Sturz des salvadorianischen Regimes durch die Guerilla abzuwenden und den von Nicaragua und Kuba ausgehenden „Gefahren“ für Mittelamerika zu begegnen. Auf Befragen des Außenpolitischen Senatsausschusses hin, ob die Aussage A. Haigs auch die Möglichkeit einer US-Truppenintervention mit einschließe, antwortete Larry Speaks, der Sprecher des Weißen Hauses: „Ja, so ist es.“

Fürs erste ordnete R. Reagan eine erneute dramatische Ausweitung der US-Militärhilfe für die salvadorianische Junta an (siehe El-Salvador-Beitrag in diesem Heft). Gegen Kuba, die „Quelle“ aller Unruhe in der Region, und „seinen jüngsten Alliierten Nicaragua“ mochte Außenminister Haig auch künftig militärische Optionen oder Interventionsakte nicht ausschließen.

Sein Unterstaatssekretär für Lateinamerika-Angelegenheiten, Thomas O. Enders begründete dies so: „Es ist kein Irrtum darüber möglich, daß in El Salvador die Entscheidungsschlacht für Mittelamerika im Gange ist. Wenn nach Nicaragua auch El Salvador von einer gewalttätigen Minderheit gekapert würde, wer würde dann in Mittelamerika nicht in Furcht leben? Wie lange würde es dauern, bevor größte strategische Interessen der USA – der Panamakanal, Seewege, Ölversorgung – gefährdet würden?“ (International Herald Tribune, Zürich, 4.2.1982)

Unterdessen streut man in Washington stetig neue Lügengeschichten aus, mit denen ein vermeintlicher kubanisch-nicaraguanischer Export der „Subversion“ nach El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien usw. ausgewiesen werden soll. Im letzten Quartal 1981 brachte man die Fabel in Umlauf, ein Kontingent kubanischer Kampftruppen (500-600 Elitesoldaten) sei über Nicaragua auf salvadorianisches Territorium vorgedrungen und habe dort in die Kämpfe eingegriffen.

Zwischenzeitlich beschuldigte man die Sandinistas, rund 3.000 kubanische Militärberater ins Land geholt zu haben. Und im Januar d.J. schoben die Mafiosi in Washington das Schauermärchen nach, Kuba mache mit den internationalen Drogenhändlern Geschäfte, um so seine Waffenlieferungen an die lateinamerikanische Guerilla (darunter der kolumbianischen M-19) zu erleichtern.

Der Sinn dieses Unsinn: Indem den Revolutionsregierungen Nikaraguas und Kubas ständig Interventionsakte gegen El Salvador oder Expansionsabsichten angedichtet werden, kann das fortschreitende Eingreifen der USA in das salvadorianische Kriegsgeschehen bemäntelt werden. Obendrein kann man den Befreiungskampf in El Salvador immer wieder als Vorwand heranziehen, um Schläge gegen Nicaragua, Kuba, Grenada, die guatemaltekeische Befreiungsbewegung und andere revolutionäre Kräfte der Region zu rechtfertigen (siehe auch A.I. Barrios in AIB-Sonderheft 1/1982).

Wie eine am 12. Januar d.J. in Managua aufgedeckte Verschwörung gegen Nicaragua aufs neue verdeutlichte, belassen es die Reagan-Administration und ihre Verbündeten nicht bei Drohungen. Das Umsturzprojekt, das von einer 15-Mann-Gruppe um William Baltodano Herrera vorbereitet wurde, sah zum Auftakt die Liquidierung von Sandinistaführern, die Zerstörung der einzigen Raffinerie und des größten Zementwerks des Landes vor.

Die Ermittlungen von Innenminister Tomás Borge ergaben, daß u.a. Regierungsvertreter Argentinien, Venezuelas, Honduras, El Salvadors und der USA (Th. Enders!), sodann

Somoza-Gardisten und Führer der bürgerlichen Opposition Nikaraguas (Alfonso Robelo!) in den Umsturzplan verwickelt waren. T. Borge unterstrich, daß es sich um eine größerangelegte Verschwörung handele, die vom CIA initiiert und angeleitet worden sei.

Diese Annahme wurde durch die Enthüllung eines Geheimplanes des Nationalen Sicherheitsrates der USA, der von R. Reagan abegesenet ist, durch die Washington Post Mitte Februar d.J. voll und ganz bestätigt. Die US-Planer begründen darin ihr Vorhaben, die sandinistisch geführte Regierung Nikaraguas zu stürzen, damit, daß dann der bewaffneten Befreiung in Mittelamerika der Boden entzogen sei.

Dies alles macht deutlich, daß die US-Intervention in Mittelamerika längst im Gange und eine Kriegseskalation in der Region eine reale Gefahr ist. Um sie aufzuhalten, bedarf es massiven internationalen Drucks. Es bedarf einer Antiinterventionsbewegung gerade auch in der Bundesrepublik, der als Topverbündeter der USA Gewicht zukommt.

Zielrichtung: gegen die US-Einmischung

Eben das ist das Anliegen eines Kongresses gegen die Intervention in Zentralamerika, der vom 18.-21. März 1982 in Münster von den Solidaritätskomitees zu Nicaragua, El Salvador und Guatemala veranstaltet und von einem denkbar breiten bundesdeutschen Spektrum unterstützt wird.

In der von den Veranstaltern zugrundegelegten Plattform „Mittelamerika: Für das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und Frieden. Gegen US-Einmischung“ heißt es:

„Die Situation in Mittelamerika erregt mehr und mehr Besorgnis. In El Salvador und Guatemala praktizieren Militärregime den offenen Völkermord. Auch in Honduras wächst die Repression gegen die Bevölkerung. Die Regierung des Wiederaufbaus in Nicaragua sieht sich wachsendem Druck von außen gegenüber. Die interventionistische Politik der USA richtet sich jedoch nicht nur gegen diese Länder, sondern gegen die gesamte zentralamerikanische Region und die Karibik – hier vor allem gegen Kuba und Grenada. Diese Region wird von den USA traditionell als 'Hinterhof' angesehen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat in der letzten Zeit ihre Unterstützung für die Militärregime in Mittelamerika drastisch verstärkt – eine Unterstützung, die sich nicht nur auf militärischer, sondern auch auf wirtschaftlicher und politischer Ebene vollzieht. Die USA sind für die in El Salvador, Guatemala und Honduras herrschenden Klassen der einzige Garant für die Aufrechterhaltung der bestehenden Strukturen die für die Bevölkerung Armut und Unterdrückung bedeuten. (...)

Um die US-Intervention zu stoppen, ist eine möglichst breite Solidarität hier und weltweit erforderlich. Unsere Forderungen basieren auf dem Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und sich von Elend und Unterdrückung zu befreien. Weil es um die Befreiung der Völker in Mittelamerika geht, lauten unsere Forderungen an die Bundesregierung:

- die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu den Militärregimen in Guatemala und Honduras abzubrechen;
- im Rahmen der internationalen Bemühungen zur politischen Lösung des Konflikts in El Salvador offiziell beizutragen und das Bündnis der nationalen Befreiungsfronten FMLN und FDR, die ein Konzept politischer Lösung unter Beteiligung aller benachteiligten Bevölkerungsschichten anstreben, als repräsentative politische Kraft anzuerkennen, wie das bereits die Regierungen von Frankreich, Mexiko, den Niederlanden und 97 weiteren Staaten der Blockfreien Bewegung getan haben;
- Nicaragua verstärkt, ohne politische Bedingungen, wirtschaftlich zu unterstützen;
- folgenden Forderungen der US-Regierung gegenüber Nachdruck zu verleihen:
- den Militärjuntas in El Salvador und Guatemala keine weitere Unterstützung zu gewähren;
- sich nicht in den Prozeß des Wiederaufbaus in Nicaragua einzumischen; keine Embargos; Auflösung der Ausbildungscamps von Exil-Somozisten; Aufhebung der Kreditstopps.“

Rainer Falk Krisenzentrum Karibik

„Die Karibikinsel Grenada wird von totalitären Marxisten kontrolliert; kubanische Berater bilden dort zur Zeit Guerilla für subversive Tätigkeiten gegen andere Länder wie beispielsweise den demokratischen Nachbarstaat von Grenada, Trinidad und Tobago, aus. In El Salvador verhindern totalitäre marxistische Revolutionäre, die von Havanna und Moskau unterstützt werden, den Aufbau einer demokratischen Regierung.

Müssen wir zulassen, daß alle – Grenada, Nicaragua, El Salvador – weitere 'Kubas' werden, neue Vorposten für sowjetische Kampfbrigaden? Wird der nächste Stoß der Achse Moskau-Havanna nach Norden in Richtung Guatemala und von da aus nach Mexiko, und nach Süden bis Costa Rica und Panama gehen? "1

Diese ebenso primitive wie aggressive Sicht des US-Präsidenten Ronald Reagan ist symptomatisch für die Schreckensvision, die die Washingtoner Machthaber angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen in ihrem traditionellen „Hinterhof“ befallen hat. Seit im März 1979 auf Grenada die New-Jewel-Bewegung Maurice Bishops an die Macht kam und kurze Zeit später in Nicaragua die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) siegte, herrscht in den USA Alarmstimmung.

Für „Unruhe“ sorgten dort auch gewisse weitere, inzwischen freilich teilweise wieder revidierte Linkstendenzen auf St. Lucia und Dominika, die im Juli 1979 zusammen mit Grenada zur Formulierung einer gemeinsamen antiimperialistischen Plattform dreier wichtiger Inselstaaten der Kleinen Antillen führten.² Dies gilt ferner für die drohende revolutionäre Zuspitzung in weiteren Ländern Mittelamerikas, besonders in El Salvador und Guatemala. Und schließlich gerieten selbst „gemäßigte“ und in sich äußerst widersprüchliche politische Modelle wie der „kooperative Sozialismus“ F. Burnhams in Guyana und der eher dem „demokratischen Sozialismus“ orientierte Kurs M. Manleys auf Jamaika in Verdacht. Die Karibik wurde – so in der Sicht der Verfasser des Dokumentes von Santa Fé³ (Ausschnitt in AIB 2/1982, S. 12/26) – kurzerhand zum „marxistischen Meer“, das von „erstarkten Sowjets bevölkert und durch sozialistische Staaten eingegrenzt“ werde. Das Schlagwort von der „Kubanisierung“ der karibisch-mittelamerikanischen Region machte die Runde.

„Kubanisierung“ der Region?

So dramatisiert und überspitzt diese Szenarios auch sein mögen, so unrealistisch das dahinter stehende Erklärungsmuster von einer sowjetisch-kubanischen „Verschwörung“ und „Außensteuerung“ auch ist. Der rationale Kern der US-amerikanischen Kassandrarufer besteht darin, daß die regionalen Entwicklungstendenzen seit Ende der 70er Jahre einen Erosionsprozeß des „interamerikanischen Systems“ markieren, in dessen Gefolge die einst unangefochtene Vormachtstellung des US-Imperialismus ins Wanken geraten ist. Dazu muß selbst noch gerechnet werden, daß vor allem im Zuge des Ölbooms mit Mexiko und Venezuela zwei „Schwellenmächte“ durchaus eigenständige regionale Ambitionen entwickeln, die – obzwar unterschiedlich motiviert und nuanciert – die Kräfteverhältnisse zuungunsten Washingtons verschoben haben.



Revolutionsführer, vereint gegen die US-Invasionsgefahr: Nikaraguas Daniel Ortega, Grenadas Maurice Bishop und Kubas Fidel Castro (v. l. n. r.)

Auch der seinem Ende entgegengehende Entkolonialisierungsprozeß in den britischen Restbesitzungen (zuletzt Belize⁴ und Antigua und Barbuda⁵) sowie der angesichts der programmatischen Eigenansprüche der neuen Pariser Regierung auf Dauer kaum aufrechtzuerhaltene Status der französischen Besitzungen Guadeloupe und Martinique bergen für Washington Momente der Instabilität.

Diese höchst unterschiedlichen Faktoren erklären zusammengekommen die aktuelle Schwerpunktsetzung der US-Außenpolitik auf die karibische Region, die als geographisch-politische Einheit von den Bahama-Inseln im Norden über die Großen Antillen (Kuba, Haiti/Dominikanische Republik und Puerto Rico) und die Kleinen Antillen bis zu den südamerikanischen Anrainerländern Surinam, Guyana, Venezuela und Kolumbien reicht, und die im Westen begrenzt wird von den Staaten der mittelamerikanischen Landbrücke (Panama, Kostarika, Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala) sowie Belize und der mexikanischen Halbinsel Yukatan.⁶

Dieser heterogene Raum des karibischen Beckens von über 20 Staaten ist für den US-Imperialismus von außerordentlicher ökonomischer und politisch-strategischer Bedeutung: In der Region konzentrieren sich 1/3 aller US-Direktinvestitionen in Lateinamerika. Der Umfang des Handels mit der Region (ausgenommen Mexiko) beläuft sich auf 16 Mrd Dollar pro Jahr. Der fünfgrößte US-Handelspartner Mexiko erzielte 1979 mit den USA ein Handelsvolumen von allein 18,7 Mrd Dollar.

Das karibische Becken ist die wichtigste US-Quelle für Rohstoffimporte in der westlichen Hemisphäre: „Mexiko ist für die USA der zweitwichtigste Lieferant von Silber, Zink, Gips, Antimon, Quecksilber, Wismuth, Selenium, Barium, Rhenium und Blei. Mit seinem neuen Ölreichtum könnte Mexiko bis zu 30% der notwendigen US-Ölimporte und bis zu 2 Mrd Kubikfuß Erdgas pro Tag gegen Mitte der 80er Jahre in die USA liefern. Venezuela liefert 28% der US-Eisenerzimporte, 23% seiner Ölprodukte und 8% seines Rohöls. Raffinerien in der Karibik, vor allem auf den Antillen, stellen mehr als 50% der US-Erdölprodukte bereit, die

aus dem Mittleren Osten und Afrika importiertem Rohöl hergestellt werden. Fast 50% der US-Bauxitimporte stammen aus Jamaika.⁷

Hinzu kommt die verkehrsmäßige und geostrategische Bedeutung des karibischen Beckens, vor allem wegen des Panamakanals und als Knotenpunkt der internationalen Luft- und Seeschifffahrt. Ebenso steht die militärische Bedeutung der Karibik außer Frage (vgl. den Beitrag von J. Rodriguez Beruff in diesem Heft).

Ungeachtet der beschriebenen ökonomischen Bedeutung der Region sind die Wirtschaften der meisten Länder des karibischen Beckens bis heute durch die typischen Merkmale kolonialer Deformation gekennzeichnet. Bestimmend ist in fast allen Ländern der monokulturelle Anbau tropischer Exportprodukte wie Zucker, Bananen oder Kaffee. Bei einigen Ländern wie Jamaika, Surinam oder Guyana kommt der Export mineralischer Rohstoffe hinzu; einige weitere Kleinstaaten haben eine gewisse Bedeutung als Zentren der Ölraffinerie erreicht (wie die Holländischen Antillen oder Trinidad und Tobago), während die Bahamas, die Cayman-Inseln oder die Holländischen Antillen vom internationalen Kapital für steuerbegünstigte Finanzgeschäfte genutzt werden.

Überall hat der internationale Tourismus eine gewisse Bedeutung erlangt, ohne daß es jedoch zu Entwicklungseffekten gekommen wäre, die sich positiv beurteilen ließen. Wie die anderen Wirtschaftssektoren verstärkte der Tourismus die Außenabhängigkeit der betreffenden Länder und trug in seiner luxuriösen Form allenfalls dazu bei, den Widerspruch zwischen den objektiven Entwicklungsmöglichkeiten und der realen Armut in den Augen der Masse der Bevölkerung noch krasser erscheinen zu lassen.

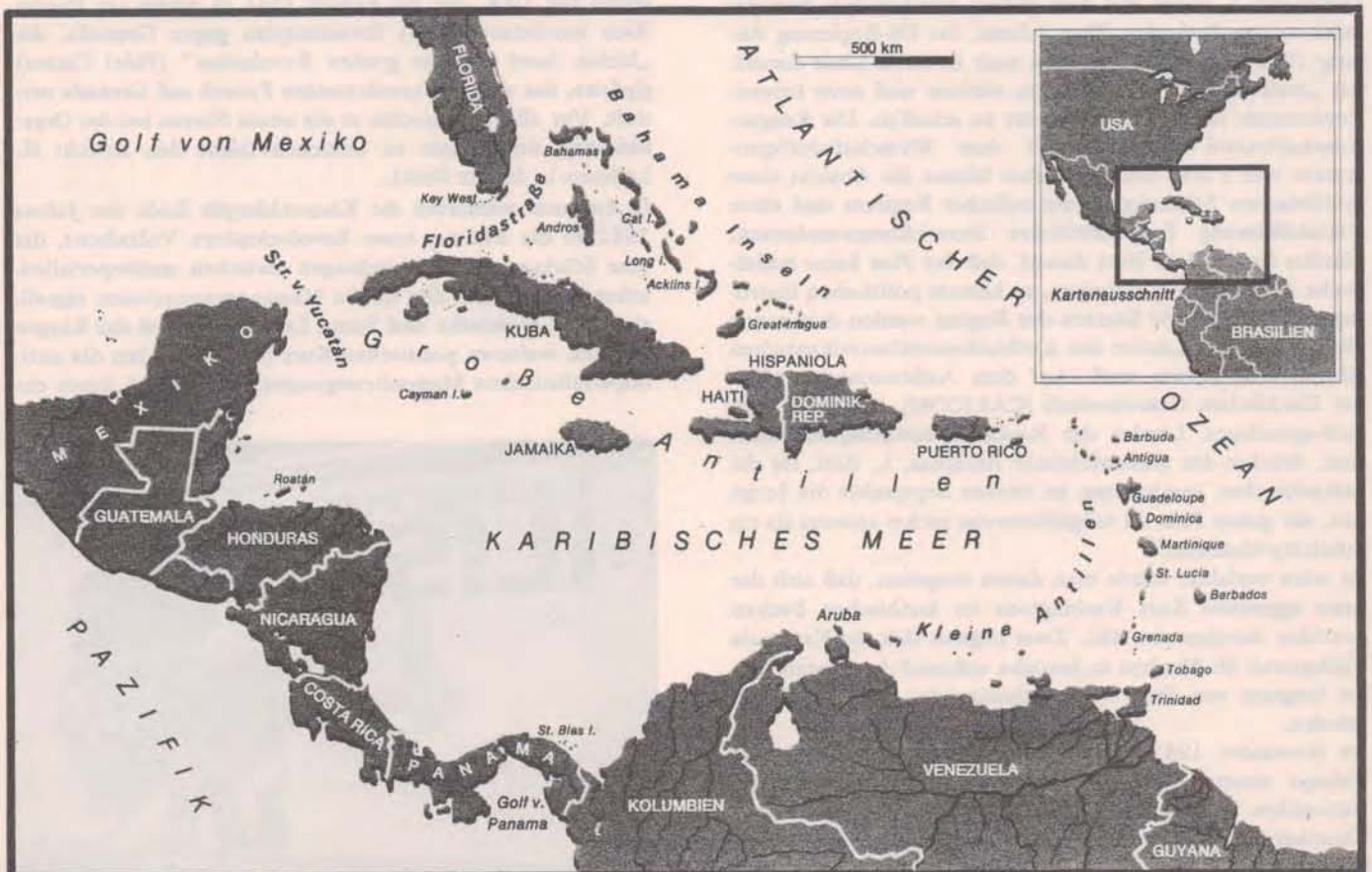
In kaum einem Land der Karibik (mit der Ausnahme Kubas natürlich) gibt es eine Arbeitslosenrate, die unterhalb 20% läge. Und das Massenelend nimmt weiterhin zu, am extremsten in jenen Ländern, die – wie z.B. Haiti – von reaktionärsten Diktaturen regiert werden.

In Haiti, dem mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 238 Dollar ärmsten Land des amerikanischen Doppelkontinents, sind 79% ohne feste Arbeit, 85% leben unterhalb des von der Weltbank errechneten absoluten Existenzminimums von 135 Dollar; 77% sind Analphabeten; die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 51 Jahren.⁸ Jedes Jahr werden 12.000 Haitianer für je 11 Dollar als Sklaven in die Dominikanische Republik zur Arbeit auf den Zuckerplantagen verkauft, wie ein Bericht der Londoner Gesellschaft gegen die Sklaverei 1979 enthüllte.⁹ Neben dieser eher klassischen Form der Sklaverei haben in Haiti in letzter Zeit modernere Formen der Lohnsklaverei an Bedeutung gewonnen, vor allem im Bereich der sich ausweitenden Exportindustrie. Sie wird vornehmlich von US-Konzernen betrieben und ist wegen des vom Regime garantierten Hungerlohns von 1 Dollar am Tag höchst profitabel.

Vor dem Hintergrund sich derartig zuspitzender sozialer Widersprüche dürfte klar sein, daß Widerstandsbewegungen im karibischen Raum interne soziale Ursachen haben und allenfalls durch die starke Beispielwirkung Kubas oder Nikaraguas inspiriert werden.

Hatte die Carter-Administration dies anfangs noch zumindest teilweise in ihre Lateinamerika-Konzeption mit einbezogen (Menschenrechtspolitik), so begann sie seit 1979 – aufgeschreckt durch die revolutionären Entwicklungen – ihre ursprünglichen Prämissen über Bord zu werfen und leitete mit der Inszenierung einer kleinen Kuba-Krise im September 1979, der Schaffung einer „Speziellen Karibischen Einsatztruppe“ mit Sitz in Key West/Florida und mit der Veranstaltung verschiedener Militärmanöver in der Region den Rechtsschwenk in der US-Karibikpolitik ein.

Bestandteil dieser sich mit dem Amtsantritt R. Reagans noch verstärkenden gegenrevolutionären Tendenzen war u.a. ein Destabilisierungsplan des CIA gegenüber Jamaika, der im Oktober 1980 – auch vor dem Hintergrund diverser Inkonsistenzen der Manley-Regierung – in einen Wahlsieg des Reagan'schen Traumkandidaten E. Seaga und seiner reaktio-



nären Arbeiterpartei Jamaikas mündete. Dessen orthodoxe Marktwirtschaftspolitik nach dem Muster der „Reaganomics“ ließ freilich mit Erfolgen geradeso auf sich warten wie der wirtschaftspolitische Kurs seines Ziehvaters in Washington. Trotz beträchtlicher ausländischer Kapitalhilfe und eines 698-Mrd-Dollar-Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds im April 1981 (dem Manley die Zusammenarbeit aufgekündigt hatte), blieben die Investitionen des Auslandskapitals hinter den Erwartungen zurück.

Was R. Reagan sich als „Modell für die Karibik“ vorgestellt hatte, erweist sich heute bereits eher als wirtschaftliches Desaster. Von den 700 Projekten, deren Realisierung N. Rockefeller als Abgesandter Präsident Reagans vor einigen Monaten E. Seaga versprochen hatte, ist bis heute noch keines in Angriff genommen worden. Nachdem im letzten Jahr die US-Bauxitgesellschaften angekündigt haben, ihre Produktion zu kürzen, dürfte eine weitere Expansion der Auslandsschulden Jamaikas unumgänglich werden. Auch antikubanische Gesten wie der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Havanna im letzten Jahr haben es nicht vermocht, das internationale Kapital zu dem erhofften Investitionsschub zu bewegen.

So gibt es auch keine Aussicht auf einen Abbau der Arbeitslosenrate von 27% und auf ein Schwinden der sozialen Unzufriedenheit im Lande, angesichts derer E. Seaga im Wahlkampf die Schaffung von 90.000 Arbeitsplätzen versprochen hatte.¹⁰ Es zeigt sich, daß die sozialen Konfliktursachen weder mit dem Vertrauen in den „freien Markt“ noch durch Repressionspolitik zu beseitigen sind.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, daß viele Staaten der Region dem Projekt eines Mini-Marshall-Plans, dessen Rahmen auf einem Außenministertreffen der USA, Mexikos, Venezuelas und Kanadas im Juli 1981 in Nassau/Bahamas abgesteckt wurde, Skepsis entgegenbringen.

Pleitemodell Jamaika

Dieser von E. Seaga und dem ebenso reaktionären Premierminister von Barbados, Tom Adams, der US-Regierung Anfang 1981 vorgeschlagene Plan zielt in erster Linie darauf, das „freie Unternehmertum“ zu stärken und neue Investitionsanreize für die US-Konzerne zu schaffen. Die Reagan-Administration verbindet mit dem Wirtschaftshilfsprogramm von 1 Mrd Dollar darüber hinaus die Absicht einer militärischen Stärkung US-freundlicher Regimes und einer Destabilisierung fortschrittlicher Entwicklungstendenzen. Mexiko freilich legt Wert darauf, daß der Plan keine militärische Komponente enthalten, zu keinem politischen Instrument gegen einzelne Staaten der Region werden darf sowie alle bedürftigen Länder des karibisch-mittelamerikanischen Raums einbeziehen muß. Auf dem Außenministertreffen der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM), in der die englisch-sprachigen Länder der Region zusammengeschlossen sind, drückte der Außenminister Antiguas, L. Bird, für die ostkaribischen Inselstaaten im letzten September die Sorge aus, der ganze Plan sei möglicherweise nichts anderes als ein Publicity-Manöver.¹¹

Es wäre verfehlt, würde man davon ausgehen, daß sich der neue aggressive Kurs Washingtons im karibischen Becken bruchlos durchsetzen läßt. Zwar begann sich die Nationale Volkspartei M. Manleys in Jamaika während des letzten Jahres langsam von ihrer Wahlniederlage des Jahres 1980 zu erholen.

Im November 1981 zeigten die Wahlen auf Trinidad und Tobago einen relativ stabilen Einfluß der konservativen Nationalen Volksbewegung; ihrem neuen Führer Georges Chambers gelang als Nachfolger des im März 1981 verstorbenen Eric Williams relativ mühelos die Bestätigung als Mi-

nisterpräsident. Kurz nach seiner Wahl für weitere 5 Jahre verhängte Tom Adams in Barbados ein Paket von Ausnahemaßnahmen zur Stabilisierung der katastrophalen Wirtschaftslage der Insel.

Bei seinen Bemühungen zur Neugruppierung des regionalen Kräfteverhältnisses durch Einbeziehung lokaler „Ordnungsmächte“, gemäß der von der Santa-Fé-Gruppe vorgeschlagenen Wiederbelebung der Monroe-Doktrin in multilateralisierter Form, sind Washington gewisse Teilerfolge nicht versagt geblieben. Neben Jamaika brach im März 1981 auch Kolumbien die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab und schloß sich so dem antikubanischen Isolierungskurs der USA an. Ermutigt durch US-Vizepräsident George Bush bei dessen Besuch im Oktober 1981 reklamiert Kolumbien seither verstärkt eine „karibische Rolle“ für sich, die sich vornehmlich gegen Nikaragua richtet. In Bezug auf fünf Nikaraguas Ostküste vorgelagerte und von der Regierung in Managua beanspruchte Inseln unterstrich der kolumbianische Präsident Turbay: „Kolumbien kann sich nicht den Luxus leisten, diese maritimen Besitzungen zu vernachlässigen, sondern ist bereit, sich darauf vorzubereiten, seine Rechte sicherzustellen.“ Um seinen Anspruch als karibische Seemacht zu untermauern, erhält Kolumbien 1982 eine US-Militärhilfe von 13,5 Mio Dollar und hat bereits neue Fregatten bei der Bundesrepublik bestellt.¹²

Schließlich darf, wenn von den Pluspunkten der Reagan-Administration die Rede ist, nicht unerwähnt bleiben, daß der Spielraum der beiden Linksparteien in Guyana durch die wachsenden Menschenrechtsverletzungen in der letzten Zeit weiter eingeengt worden ist. Guyanas Burnham-Regime, das vom Santa-Fé-Dokument noch zu den „Linksdiktaturen“ gerechnet wurde, steuert zumindest gegenwärtig einen Kurs, der die progressiven Ansätze des „kooperativen Sozialismus“ mehr und mehr ad absurdum führt.

Gleichwohl sind auf der anderen Seite während des letzten Jahres die antiimperialistischen Potenzen der Region sichtbar geblieben und haben sich teilweise verstärkt Geltung verschafft. Trotz des fortgesetzten militärischen Drucks von seiten der USA, der im August 1981 in einem (in Puerto Rico durchexerzierten) Invasionsplan gegen Grenada, die „kleine Insel mit der großen Revolution“ (Fidel Castro) gipfelte, hat sich der revolutionäre Prozeß auf Grenada vertieft. Vor allem vermochte er ein neues Niveau bei der Organisation der Massen zu erreichen (siehe den Bericht H. Lederers in diesem Heft).

In Surinam mündeten die Klassenkämpfe Ende des Jahres 1981 in die Bildung einer Revolutionären Volksfront, die eine Stärkung der Verbindungen zwischen antiimperialistischen Militärs und den linken Massenorganisationen signalisiert. Auf Dominika und Santa Lucia setzte sich das Ringen um den weiteren politischen Kurs fort, erstarkten die antiimperialistischen Massenbewegungen, wenngleich ihnen ein



Eckdaten zur Karibik

Ausgewählte Länder des karibischen Beckens

	Bevölkerung in Mio Mitte 1979	Bruttosozialprodukt pro Kopf		Infla- tions- rate in % 1970-79	Alphabeten- quote 1976	Lebens- erwar- tung in Jahren 1979	Wachstum des Bruttoinlands- produkts pro Jahr in % 1960-79
		in Dollar 1979	Jahres- wachstum in % 1960-79				
Haiti	4,9	260	0,3	10,9	--	53	4,0
Honduras	3,6	530	1,1	8,4	60	58	3,5
Nikaragua	2,6	660	1,6	12,2	90	56	2,6
El Salvador	4,4	670	2,0	10,8	62	63	4,9
Dominik. Rep.	5,3	990	3,4	8,4	67	61	7,5
Kolumbien	26,1	1.010	3,0	21,5	--	63	6,0
Guatemala	6,8	1.020	2,9	10,6	--	59	5,9
Jamaika	2,2	1.260	1,7	17,4	--	71	- 0,9
Panama	1,8	1.400	3,1	7,4	--	70	3,4
Kuba	9,8	1.410	4,4	--	96	72	6,0
Mexiko	65,5	1.640	2,7	18,3	82	66	5,1
Kostarika	2,2	1.820	3,4	15,4	90	70	6,0
Venezuela	14,5	3.120	2,7	10,4	82	67	5,5
Trinidad und Tobago	1,2	3.390	2,4	19,5	95	70	5,2

(Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1981, Washington 1981)

ausgesprochener Durchbruch versagt blieb. Selbst in der eigenen Kolonie der USA, Puerto Rico, beginnt sich der Widerstand zu regen gegen die verheerenden Auswirkungen der Reagan'schen Sozialkürzungen und die fortgesetzte Militarisierung der Insel durch die US-Armee.

Auch die Dominikanische Republik und Haiti blieben von den Veränderungstendenzen im karibischen Becken nicht unberührt. In der dominikanischen Regierungspartei PRD (Dominikanische Revolutionäre Partei), die von ihrer traditionellen Programmatik und ihrer sozialen Basis her eher nationalreformistisch ist, sich in den letzten Jahren aber der Sozialistischen Internationale geöffnet hat, ist ein Konflikt entbrannt, der vor allem an der Position zu El Salvador/Mittelamerika deutlich wird.

Während die Regierung von Präsident Antonio Guzmán die gemeinsame El-Salvador-Erklärung Mexikos und Frankreichs (vom August 1981) zusammen mit Militärdiktaturen vom Schlage Argentinien oder Chiles als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des konfliktgeladenen mittelamerikanischen Staates“ verurteilte, bezeichnete der Generalsekretär der Regierungspartei, J.F. Peña Gómez, den politischen Lösungsvorschlag als realistisch und positiv. Mit der jetzt erfolgten Nominierung von Jorge Blanco gegen den von Guzmán favorisierten jetzigen Vizepräsidenten Jacobo Majluta für die Präsidentschaftswahlen am 16. Mai 1982 hat sich die von J.F.P. Gómez repräsentierte linke Tendenz in der PRD durchgesetzt. Ihr werden bei Meinungsumfragen 41% der Stimmen prognostiziert gegenüber 27% für die (konservative) Reformistische Partei des früheren Präsidenten Joaquín Balguer und 10% für die linkssozialistische Partei der Dominikanischen Befreiung des ehemaligen Präsidenten Juan Bosch.

Das entscheidende Problem scheint gegenwärtig allerdings immer noch zu sein, ob das seit dem Amtsantritt A. Guzmáns 1978 herrschende brüchige Gleichgewicht zwischen den demokratischen Kräften und den putschbereiten Militärs den für die nächste Zeit zu erwartenden verschärften politischen Auseinandersetzungen standzuhalten vermag. Hier könnten sich die Versäumnisse der PRD-Regierung bei der Einlösung seiner Reformversprechen in der Armee bitter rächen.¹³

Der größte Skandal im karibischen Becken bleibt weiterhin die Existenz der Duvalier-Diktatur auf Haiti, wo der Massen-

exodus unvermindert anhält und inzwischen über 1 Mio Menschen teils aus Angst vor Verfolgung, teils um der Armut zu entfliehen, das Land verlassen haben. Auch hier bildet sich jedoch ein Widerstandspotential aus. Und möglicherweise gehen Vergleiche bürgerlicher Kommentatoren nicht fehl, wonach die heutige Krise der Duvalier-Dynastie „Erinnerungen an Somozas Nicaragua Mitte der siebziger Jahre“ wachruft.¹⁴ Unter solchen Umständen können Aktionen wie diejenige einer Gruppe Exilhaitianer, die Anfang Januar 1982 vorübergehend die Tortuga-Insel 8 km vor Haiti besetzte,¹⁵ mehr als nur symbolische Bedeutung haben, wenn sie mit den Bestrebungen einer geeinten Opposition koordiniert sind.

Auch den Sturmangriff Fidel Castros auf die Moncada-Kaserne im Jahr 1953 hielten viele für ein Abenteuer. Er wurde aber der Ausgangspunkt einer Entwicklung, die heute mehr und mehr der ganzen Region ihren Stempel aufdrückt.

Anmerkungen:

- 1) R. Reagan, Frieden und Freiheit für die achtziger Jahre – Ein politisches Konzept für die Vereinigten Staaten, in: Europa-Archiv, Folge 15/1980, S. 472
- 2) Regierungen Grenadas, St. Lucias und Dominikas, Deklaration von St. George's, in: AIB 11-12/1979, S. 23-24
- 3) Committee of Santa Fé, A New Inter-American Policy for the Eighties, in: Cuadernos Semestrales, Mexiko, Nr. 9/1980. Zur Mittelamerika- und Karibik-Strategie der Reagan-Administration siehe auch: A.I. Barrios, Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Vorgarten“, in: AIB-Sonderheft 1/1982, S. 10-13
- 4) Vgl. AIB 1/1982, S. 7-9
- 5) Vgl. AIB 1/1982, S. 58
- 6) Als ausgezeichneten Überblick zur jüngsten Geschichte der Karibik vgl. G. Pierre-Charles, El Caribe a la Hora de Cuba, Havanna 1980
- 7) M. D. Hayes, Security to the South – U.S. Interests in Latin America, in: International Security, Nr. 1/1980, S. 135f.; zur US-Interessenlage in der Region vgl. auch: Lateinamerika-Komitee Duisburg (Hrsg.), US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika, Duisburg o.J.
- 8) Nach: Die Welt, 2.2.1982
- 9) Vgl. IKA – Zeitschrift für Internationalen Kulturaustausch, Nr. 19/1981, S.8
- 10) Nach: Granma. Weekly Review, Havanna, 31.1.1982
- 11) Latin America Regional Reports Caribbean, London, 25.9.1981
- 12) Vgl. ebenda, 15.1.1982
- 13) Latin America Weekly Report, London, 5.2.1982; Horizont, Berlin, Nr. 3/1982
- 14) So Die Welt, 2.2.1982
- 15) Latin America Regional Reports Caribbean, 15.1.1982



US-Marines auf Kriegssübung in der Karibik

Jorge Rodriguez Beruff

Puerto Rico – karibische Militärbastion der USA

Der Puertorikanische Friedensrat (COPSI) sowie die antikoloniale Bewegung Puerto Ricos haben wiederholt die massive Präsenz des nordamerikanischen Militärapparats auf unserer Insel verurteilt, da sie ein Hindernis im Prozeß einer wirklichen Entkolonialisierung darstellt, eine Bedrohung für die Sicherheit, ja sogar für das Überleben des Volkes und ein Damoklesschwert, das über der Unabhängigkeit der Länder der karibischen Region schwebt. Wir haben besonders auf die Gewalttätigkeit hingewiesen, deren Opfer die Bevölkerung von Vieques ist. Dieser Fall ist bereits international bekannt und hat breite Solidarität hervorgerufen.

Wiederbelebung alter Doktrinen

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) haben alle internationalen Forderungen nach Entmilitarisierung Puerto Ricos und Abzug der Atomwaffen ignoriert. Jetzt sind wir mit einer ernstesten Situation konfrontiert.

In den letzten beiden Jahren hat die Militarisierung der kolonialen Gesellschaft Puerto Ricos dramatisch zugenommen und alles deutet auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hin. Außerdem hat sich die Haltung der nordamerikanischen Militärbehörden gegenüber den gerechten Forderungen breiter Bevölkerungsteile (wie im Falle Vieques) spürbar versteift, und es läßt sich eine parallele Zunahme bei den Unterdrückungs- und Geheimdienstaktivitäten beobachten. Dieser Prozeß begann bereits bevor Ronald Reagan Präsident der USA wurde, und zwar aufgrund der Zunahme der Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba,

der Etablierung fortschrittlicher Regierungen in Nicaragua und Grenada und des immer stärker werdenden Volksaufstands in El Salvador und Guatemala. Auf diese Ereignisse haben die USA mit der Schaffung einer „Karibischen Einsatztruppe“ in Cayo Hueso, mit den aggressiven Manövern „Solid Shield 80“ und „Readex 80“, mit einer Erhöhung der Militärhilfe für bestimmte Länder und einer Intensivierung ihrer Kontrolle sowie mit der militärischen Verwendung Puerto Ricos geantwortet.

Die Reagan-Administration hat angekündigt, diese Politik noch weiterzutreiben, und alte imperialistische Doktrinen, wie die Monroe-Doktrin (1823) wiederbelebt. Hiermit ist beabsichtigt, die Militarisierung und den militärischen Interventionismus in der Karibik zu legitimieren.¹

Nach unserer Sicht verbergen sich hinter der antikommunistischen Rhetorik der neuen Regierungsmannschaft, die an die schlimmsten Zeiten des sog. Kalten Krieges erinnert, die wahren Absichten dieser Politik, die die Lösung der inneren Wirtschaftskrise durch Aufrüstung erreichen und dabei die internationale Hegemonie der USA auf Kosten Europas, Japans und der Länder der Dritten Welt wiederherstellen will.

Hinsichtlich der Dritten Welt gibt man jeglichen Anspruch auf die Verteidigung der Menschenrechte auf und kehrt zu einer uneingeschränkten Unterstützung der repressivsten Regimes zurück. Gleichzeitig wird erklärt, daß die „indirekten“ Mechanismen (politische, ideologische, wirtschaftliche usw.) versagt haben und daß es notwendig ist, den Interventionismus als gültiges Instrument der Außenpolitik wiederzubeleben. So hat z.B. vor kurzem in einem Artikel die

UN-Botschafterin der USA, Jeanne Kirkpatrick, die Empfehlungen der Linowitz-Kommission (Konzeptionspapier von 1977, auf dem J. Carters Lateinamerikapolitik basierte; d. Red.) hart angegriffen, da sie ihrer Meinung nach u.a. darin bestanden, „niemals wieder militärisch zu intervenieren“.²

Wie wir später sehen werden, beweisen die Militärmanöver „Ocean Venture 81“, bei denen Puerto Rico eine wichtige Rolle spielte, diese Revision der Politik gegenüber der Karibik und Lateinamerika. Denn während dieser Manöver wurde gegen zwei karibische Inseln die Invasion geübt.

Die koloniale Lage Puerto Ricos bedeutet, daß die Entscheidungen der Regierung der Metropole, einschließlich der militärischen, nach Gutdünken in der Kolonie durchgesetzt werden. Sie ziehen die Struktur der Gesellschaft in Mitleidenschaft und bestimmen das Schicksal des Volkes, ohne dabei irgendjemanden zu Rate zu ziehen oder die Wünsche und Interessen der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Im Falle Puerto Ricos spiegelt sich die Entscheidung über die Ausweitung des Militärapparats der Metropole in einer zunehmenden Militarisierung der kolonialen Gesellschaft wider. Gleichzeitig betonen die Interventionspläne, die verlogen als Mini-Marshall-Plan präsentiert werden, die Rolle Puerto Ricos als militärisches Anhängsel und Mittelsmann der USA in der Region, und sie könnten unser Land in Aggressionen gegen Brudervölker verwickeln, wie das bereits 1965 gegen die Dominikanische Republik geschehen ist.

In diesem Zusammenhang kann die Arroganz der UN-Botschafterin J. Kirkpatrick nicht überraschen, die vor kurzem dem Beratenden Ausschuß für hispanische Angelegenheiten beim US-Außenministerium erklärte, daß Puerto Rico weder eine inländische noch eine internationale Streitfrage ist, sondern eine geopolitische, militärstrategische Bastion, die nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen sein kann.³

Auf der anderen Seite hat sich bei dem Gouverneur Puerto Ricos, Carlos Romero Barceló, seit den letzten Wahlen Ende 1980 eine spürbare Wandlung vollzogen. Er spricht nicht mehr nur von „gleichen Rechten“ oder von der Notwendigkeit, eine „Staatsbürgerschaft erster Klasse“ zu erlangen – klassische Schlagworte der Annexionisten –, sondern von der „strategischen Bedeutung Puerto Ricos in der Karibik“ und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer „Sonderbehandlung“ für die Insel bei der neuen Wirtschaftspolitik R. Reagans.

Außerdem hat Romero Barceló ganz plötzlich eine karibische Berufung entdeckt, und es liegt ihm sehr daran, anderen Ländern der Region zu „helfen“. Bei einigen Erklärungen, die er im Februar 1981 gegenüber der Tageszeitung El Nuevo Día abgab, ließ er den eigentlichen Zweck dieser Hilfe durchblicken:

„Puerto Rico wird genau wie jeder andere Staat (der USA; d. Red.) seinen Teil zur Gesamtanstrengung der Nation beitragen, welche Maßnahme auch immer bei welchem Land

getroffen wird, und bei welcher Situation auch immer in der ganzen Welt.“⁴

Als ob er die Bedeutung dieser Erklärungen noch weiter aufhellen wollte, reiste er anschließend gleich in die Panama-Kanalzone, um dort eine „umfassende Orientierung über die politische und militärische Lage in der Karibik“ zu bekommen, die ihm – wie könnte es anders sein – von den nordamerikanischen Militärs angeboten worden war. Auf dieser Reise ließ sich Romero Barceló lediglich von zwei Beamten begleiten: von General Orlando Llenza, Kommandant der Nationalgarde, und Juan Enrique López, Direktor der Zivilverteidigung.⁵ Im April 1981 wurde darüber informiert, daß eine Sanitär-Einheit der Puertorikanischen Nationalgarde in Panama ausgebildet wurde, und die Gerüchte über einen möglichen Einsatz dieses Korps in El Salvador wollten nicht verstummen.⁶

Als nächsten Schritt in seiner „großen Strategie“ der „Hilfe“ für die Karibik unternahm Romero Barceló eine private Reise nach Paris, wo er sich mit Beamten der Regierung Giscard d'Estaing traf, um die Beziehungen zwischen Puerto Rico und Martinique und Guadeloupe weiter auszubauen. Sein erklärtes Ziel war es dabei, den „kubanischen Expansionsdrang in der Karibik aufzuhalten“.⁷ Schließlich besuchten Ende Juli 1981 drei nordamerikanische Staatsbeamte unmittelbar nach dem Treffen der Außenminister der USA, Mexikos, Kanadas und Venezuelas in Nassau, bei dem es um den Mini-Marshall-Plan ging, Puerto Rico und kamen dort mit Romero Barceló zusammen. Unter ihnen befand sich der Botschafter Robert Ryan. Nach der Zusammenkunft veröffentlichten sie ein Kommuniqué, in dem „die wichtige Rolle, die Puerto Rico bei der Formulierung der neuen Karibik-Politik spielt, hervorgehoben wird“.⁸

Parallel zu diesen Reisen und Erklärungen auf höchster Ebene wurden kontinuierlich auch auf der Ebene des nordamerikanischen Militärapparats in Puerto Rico Änderungen vorgenommen sowie konkrete Pläne formuliert, die Anlaß zu tiefster Besorgnis sein sollten.

Scharfe Bomben auf Vieques

Anstatt auf die gerechten Forderungen der Bevölkerung von der puertorikanischen Insel Vieques einzugehen, hat die Kriegsmarine der USA eine absolut unnachgiebige Haltung eingenommen und ihre Einnischung in die Innenpolitik verstärkt. Noch schwerwiegender ist, daß die Kriegsmarine der USA die Absicht verfolgt, ihre Anlagen auszubauen und ihre Aktivitäten in Puerto Rico auszuweiten.

Im Gegensatz zu Culebra, wo die Marine dem Druck des puertorikanischen Volkes nachgeben und die Insel verlassen mußte, ist sie im Fall Vieques nicht bereit, auch nur das geringste Zugeständnis zu machen und auch nur einen cm Boden an seine rechtmäßigen Besitzer zurückzugeben. In voller Komplizenschaft mit der puertorikanischen Regierung führt sich die Kriegsmarine in Vieques und im restlichen Puerto Rico auf, als würde es sich um ihren privaten Feudalbesitz handeln.

Der Kriegsmarine ist es gelungen, Gouverneur Romero Barceló kurz vor den letzten Wahlen dazu zu überreden, seine halbherzige Opposition gegen die Nutzung der Insel Vieques wegen der „sowjetischen Gefahr in Afghanistan“ aufzugeben. Während der Wahlen mischte sich die Marine in unverschämtester Weise in den Wahlkampf in Vieques ein. Sie unterstützte den Oppositionskandidaten mit Tausenden von Dollars, während die Regierungspartei ihren eigenen Kandidaten, den Bürgermeister Radamés Tirado, aufgestellt hatte, der als den Interessen der Militärs feindlich gesonnen eingeschätzt wurde.

Das Ergebnis ist, daß die Kriegsmarine jetzt mittels eines



treu ergebenden Agenten praktisch die politische Gewalt in Vieques ausübt. Es erübrigt sich noch hinzuzufügen, daß sie auch die Schlußfolgerungen eines Unterausschusses des US-Kongresses unter Vorsitz des Abgeordneten Ronald Dellums ignoriert hat. Dieser Ausschuß hatte empfohlen, daß man andere Alternativen suchen sollte.

Im Juli 1981 hat Admiral Jerry O. Tuttle zum Zeitpunkt eines Manövers in Vieques erklärt: „Ich kann mir kaum vorstellen, daß die Militärs sie (die Insel Puerto Rico; d. Red.) aufgeben oder das auch nur anbieten. Sie ist das Übungsgelände östlich vom Mississippi, auf dem wir scharfe Bomben abwerfen können, und scharfe Bomben sind wesentlich, absolut wesentlich, um in einen Kampf einzugreifen... Es ist äußerst wichtig, daß die Piloten darauf vorbereitet sind, von einem Flugzeugträger mit einer schweren Last scharfer Bomben abzuheben, sie über dem Ziel abzuwerfen, und anschließend auf das Schiff zurückzukehren...“⁹

Dabei interessiert überhaupt nicht, daß in diesem Zielgebiet Tausende von „Eingeborenen“ leben — dadurch werden die Übungen nur noch realistischer. Kurz vor diesen Erklärungen hatte sich ein ernster Zwischenfall ereignet (er wurde in der Washington Post beschrieben), als ein Kriegsschiff eine mit gefährlichem Sprengstoff geladene Harpoon-Rakete abschob, die in der Nähe der Nachbarinsel St. Croix herunterging.

Ein Aktionszentrum der US-Kriegsmarine

Admiral Ralph R. Hedges, der vor kurzem den berüchtigten Admiral Arthur Knozen ablöste, erklärte im September 1981, daß die Marine-Einrichtungen auf Puerto Rico eine „Angelegenheit 2. Klasse“ seien.¹⁰ Diese Einrichtungen „2. Klasse“ schließen heute den Marinestützpunkt Roosevelt Roads mit einer Fläche von 36.000 cuerdas (etwa 230 qkm) ein, sowie ein Übungsgelände für amphibische Landmanöver und Bombardements (Vieques), das Testgebiet für Waffen der Atlantikflotte (Atlantic Fleet Weapons Range), ein Übungsgebiet für Unterwasserkrieg (Underwater Range), Kommunikationszentren im puertorikanischen Regenwaldgebiet El-Yunque, auf St. Thomas und St. Corix, einen UKW-Sendeturm in Aguada, eine Kommunikationsbasis bei Ponce (Fort Allen) und ein Zentrum für elektronische Spionage bei San Juan (Sabana Seca Communications Center). Die Marine ist also gut versorgt, aber Hedges will noch mehr, er möchte Puerto Rico zur „Angelegenheit 1. Klasse“ machen. Mit diesem Ziel forderte er noch mehr Spionage- und Kommunikationseinrichtungen und verlangte, das Befehlssystem auf Computer umzustellen. Gleichzeitig enthüllte er, daß die Vereinigten Staaten in den letzten zwei Jahren ihre Marine-Aktivitäten von der Ostküste in die Karibik verlegt hätten.¹¹

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß 1982 die größte Kurzwellen-Sendeanlage der ganzen Karibik, die derzeit noch in Panama steht, nach Fort Allen bei Ponce verlagert werden soll.¹² Diese Entscheidung beleuchtet, warum Fort Allen gegenwärtig als Konzentrationslager für Flüchtlinge aus Haiti und Kuba dient: So wird es dem Pentagon ermöglicht, diese Einrichtung, die 1980 an die Regierung Puerto Ricos übergeben werden sollte, weiterhin zu behalten, ohne dafür die wahren Gründe offenlegen zu müssen.

Weiterhin ist enthüllt worden, daß Puerto Rico den ersten Platz in der Liste der möglichen neuen Standorte für die zu trauriger Berühmtheit gelangte Escuela de las Americas (US-Schule zur Aufständischen-Bekämpfung) einnimmt, die sich gegenwärtig in der Panama-Kanalzone befindet.¹³

Es ist eine Ironie des Schicksals, daß der Erfolg, den das Volk Panamas nach seinem jahrzehntelangen Kampf gegen die Anwesenheit des nordamerikanischen Militärs auf sei-

nem Territorium erzielt hat (siehe AIB 7-8/1981, S. 52-55), zu einer noch intensiveren Ausbeutung unseres Landes für militärische Zwecke führte. Die ganze Welt und insbesondere die Länder Lateinamerikas und der Karibik dürfen dieser Ungerechtigkeit nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Wenn wir von der zunehmenden Militarisierung Puerto Ricos sprechen, dann meinen wir nicht nur die physische Ausweitung der militärischen Einrichtungen und Aktivitäten jeglicher Art auf unserer Insel. Wir möchten auch die Massenwerbung von Puertorikanern hauptsächlich durch das Heer der USA erwähnen.

Obwohl es seit einigen Jahren keine Wehrpflicht mehr gibt, ist diese durch eine andere Art unfreiwilliger Rekrutierung ersetzt worden, die wir „ökonomische Zwangsrekrutierung“ nennen könnten und die sich bei der gegenwärtig hohen Arbeitslosenrate in Puerto Rico als besonders wirkungsvoll erwiesen hat.

Gegenwärtig gibt es mehr als 10.000 Puertorikaner im Heer der Metropole. Wenn es früher die Alternative Heer oder Gefängnis gab, so ist daraus für die Jugendlichen aus den am meisten ausgebeuteten und am Rand der Gesellschaft stehenden Schichten heute die Wahl zwischen Heer oder Verzweiflung geworden. Deshalb wird Puerto Rico von den nordamerikanischen Rekrutierungsstellen als eine Art „irdisches Paradies“ betrachtet. Puerto Rico war das einzige Gebiet, wo sie ihre Quoten übertreffen und es sich leisten konnten, „Wartelisten“ zu führen.

Während infolge der Steuersenkungen der Regierung Ronald Reagans die nordamerikanischen Investitionen auf der Insel wahrscheinlich noch weiter zurückgehen und damit das Problem der Arbeitslosigkeit noch drückender werden wird, verschärfen die Kürzungen der Zuwendungen aus Bundesmitteln an Einzelpersonen (wie das Programm der Lebensmittelgutscheine) die Armut breiter Kreise, die entweder überhaupt nicht oder unterbeschäftigt sind bzw. wenig verdienen.

Ergebnis dieses wirtschaftlichen Drucks wird sein, daß Puerto Rico einen überproportional hohen Anteil zur Verstärkung des Streitkräftepotentials um 250.000 Mann, die die nordamerikanische Regierung angekündigt hat, beisteuern wird.

Ebenso wird die Reduzierung der Stipendien und die Erhöhung der Studiengebühren an den Universitäten eine wachsende Zahl von Studenten dazu zwingen, sich in das „Programm für die Ausbildung von Reserve-Offizieren“ (ROTC) — als einzige Möglichkeit zur Finanzierung ihres Studiums — einzuschreiben. Die Expansion des ROTC, die



Militärbasis der USA auf Puerto Rico



schon seit einigen Jahren stattfindet, wird zu einem stärkeren Einfluß des Militärapparats der Metropole an den Hochschulen und Universitäten führen.

In den letzten Jahren haben die USA die Stärke der Nationalgarde, die das Hauptinstrument für die Unterdrückung im Innern ist, fast verdoppelt, von etwa 7.000 Mann Anfang der 70er Jahre auf 12.400 Soldaten 1980.

Gegen Ende der Amtszeit J. Carters wurde begonnen, die Rolle dieser Truppe neu zu definieren. Das ließ darauf schließen, daß die USA sie auch außerhalb der Insel in der karibischen Region einsetzen könnten. Im Sommer 1979 verließ Präsident Carter einigen Einheiten der Nationalgarde „Bundeskompetenzen“ und schickte sie in die Dominikanische Republik, wo sie an Rettungsarbeiten nach dem Durchzug eines Orkans teilnehmen sollten. Diese Maßnahme wurde von breiten politischen Kreisen jenes Landes als eine Form der militärischen Einmischung angeklagt, deren Ziel es gewesen sei, die Nationalgarde an Einsätze in der Dominikanischen Republik zu gewöhnen.

Anfang 1981 wurde bekannt gegeben, daß die Nationalgarde ein umfangreiches Kontingent der Sicherheitskräfte von Barbados ausgebildet hatte. Im April 1981 wurde veröffentlicht, daß die Nationalgarde auch uruguayische Offiziere ausbildete, während eine Einheit von 100 Mann des medizinischen Personals unter seltsamen Umständen nach Panama geschickt wurde.¹⁴

Diese neue internationale Rolle der Nationalgarde wurde durch das Manöver „Ocean Venture 81“ vom Spätsommer 1981 bestätigt. An diesem Manöver nahm die Nationalgarde zusammen mit den regulären Streitkräften der USA, Großbritanniens und Hollands teil. Im Rahmen von „Ocean Venture 81“ wurde in der Karibik eine großangelegte Invasion Kubas und einer anderen Insel (als Amber-Insel bezeichnet; gemeint war Grenada) geprobt. Im abschließenden Teil sollte eine direkte Aggression gegen die Sowjetunion in Szene gesetzt werden.¹⁵

Wie wichtig die neue Rolle der Nationalgarde Puerto Ricos für das Pentagon ist, wurde daran deutlich, daß die Zusammenkunft der Kommandanten aller Nationalgarde-Einheiten der USA im Mai 1981 in Puerto Rico stattfand. Auf dieser Versammlung wurde General Orlando Llenza aus Puerto Rico zum Präsidenten der Vereinigung der Nationalgarden gewählt. Das ist umso überraschender, als einige Monate zuvor fast die gesamte Luftflotte Llenzas von einem Untergrundkommando, das ohne auch nur einen Schuß abzufeuern in den Stützpunkt eindringen konnte, zerstört worden und ein Sachschaden von 45 Mio Dollar entstanden war. Selten hat man sich so bemüht, einen Militär für solch krasse Versagen auch noch zu belohnen.

Die aggressiven militärischen Vorbereitungen der USA in

Puerto Rico sollten die ganze Welt beunruhigen, und besonders die Völker der Karibik, die direkt bedroht sind. Unserer Meinung nach sind nicht nur Länder wie Kuba oder Grenada mögliche Ziele einer Invasion, die von unserem Boden aus durchgeführt und koordiniert wird. Man sollte nicht vergessen, daß Puerto Rico 1965 dazu eingesetzt wurde, die Revolution in der Dominikanischen Republik niederzuschlagen, die keinen sozialistischen Charakter trug.

Anmerkungen:

- 1) Siehe: R. Fontaine/C. Giovanni Jr./A. Kruger, *Castro's Specter*, in: *The Washington Quarterly*, Washington, 1980, passim
- 2) J. Kirkpatrick, *U.S. Security and Latin America*, in: *Commentary*, New York, Januar 1981, S.29
- 3) Diálogo con Juan Mari Brás, in: *Pensamiento Crítico*, Juni/Juli 1981, S.6
- 4) *El Nuevo Día*, San Juan, 28.2.1981
- 5) *San Juan Star*, San Juan, 8.3.1981
- 6) *San Juan Star*, 12.4.1981; *Claridad*, San Juan, 17.-23.4.1981
- 7) *San Juan Star*, 11.3.1981
- 8) *San Juan Star*, 21.7.1981
- 9) *El Mundo*, San Juan, 23.7.1981
- 10) Ebenda
- 11) K. Lowe, *Carib Defense 2nd Class*, Navy's Regional Chief Says, in: *San Juan Star*, 3.8.1981
- 12) Dies wurde kürzlich durch einen Beamten des Verteidigungsministeriums bei einer Sitzung des Kongresses enthüllt und durch den *Congressional Record* bestätigt.
- 13) *El Nuevo Día*, 20.7.1981
- 14) *El Nuevo Día*, 11.4.1981
- 15) R. Roundtree, *Largest Maritime 'Games' since WWII*, *Ocean Venture 81*, in: *San Juan Star*, 2.8.1981
- 16) *Claridad*, 15.-21.5.1981



Beiträge des AIB-Sonderhefts 1/1982:

W. Bröner: Ein Jahr Reagan – eine Zwischenbilanz ● A. I. Barrios/H. Denk: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen „Hinterhof“ ● R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik – mit Reagan in den Abgrund? ● Der CIA und die US-Angriffsziele Kuba, Libyen und Südliches Afrika ● Umfrage bei Befreiungsbewegungen, Friedens- und Solidaritätsbündnissen: Frieden und Befreiungskampf – ein Gegensatz? ● Aktions- und Materialspiegel mit Literaturüberblick

Preis 2,- DM, Umfang 32 Seiten

Bitte Bestellkarte in der Heftmitte (Einhefter) benutzen!

Vor genau drei Jahren, am 13. März 1979, machte die südkaribische Insel Grenada mit dem siegreichen Aufstand der revolutionären New Jewel Bewegung von sich reden. Ein Prozeß grundlegender Veränderungen kam in Gang, der durch einen ungemeinen Mobilisierungsgrad den Besucher in Erstaunen versetzt. So auch AIB-Mitherausgeber Herbert Lederer, der zum Jahresende 1981 die Insel bereiste und einige Eindrücke zu Papier brachte. Maurice Bishop, Vorsitzender der New Jewel Bewegung (NJM, gegr. 1973 und seit 1979 Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale) und Premierminister der Revolutionsregierung, zog kürzlich in einem Gespräch mit Grace Dana eine Zwischenbilanz dieser ersten Volksrevolution in der englischsprachigen Karibik. Aus diesem Gespräch, das in vollem Umfang im Juli/August 1981 in *Granma Weekly Review* und dem *Free West Indian* publiziert wurde, haben wir zwei Themenkomplexe ausgewählt, die von besonderer Brisanz sind: die US-Destabilisierungsversuche gegen Grenada sowie die Aufgabenstellung und Kernprobleme des revolutionären Veränderungsprozesses.

Herbert Lederer

Die Aktivierung eines ganzen Volkes

November, Dezember 1981 – Monate der Kongresse auf Grenada. Die Nationale Frauenorganisation (NWO), die Landarbeitergewerkschaft (AGWU), die Jugendorganisation der New Jewel Bewegung (NYO) hatten ihre ersten Kongresse.¹ Zur 3. Gewerkschaftskonferenz der Solidarität mit den karibischen Arbeitern, die diesmal auf Grenada stattfand, waren Gewerkschaftsdelegierte aus 25 Ländern der Region vertreten. Zur 1. Internationalen Solidaritätskonferenz mit Grenada, an der ich teilnahm, fanden sich 107 Delegierte aus 40 Nationen ein.

Die Kongresse der nationalen Organisationen wie auch der zügige Aufbau der Miliz weisen auf die Fortschritte der Revolutionären Volksregierung unter Premierminister Mau-

rice Bishop und der New Jewel Bewegung (NJM) hin, die sie bei der Mobilisierung der Bevölkerung, ihrer gesellschaftlichen und politischen Aktivierung und Organisation, den entscheidenden Voraussetzungen für die Verteidigung und Weiterentwicklung der Revolution, macht.

Die beiden internationalen Kongresse bewiesen gerade in einer Zeit der offenen, aggressiven Bedrohung Grenadas durch die Reagan-Administration, wie wenig es dieser gelungen ist, Grenada von ihren Nachbarn, von ihren Freunden, von all denen zu isolieren, die sich einen Rest von US-unabhängiger politischer Entscheidungsfreiheit bewahrt haben.

Waren die nationalen Kongresse und die Massenveranstaltungen, so der Schüler und Studenten, so zum „Bloody Sunday“ („Blutiger Sonntag“, 19.6.1980, an dem auf einer NJM-Massenkundgebung eine Zeitbombe explodierte und 3 Tote und 100 Verletzte forderte; d. Red.) und andere Zeichen des Enthusiasmus, mit dem das Volk von Grenada hinter seiner revolutionären Avantgarde steht, so die internationalen, gerade der, den ich miterlebt habe, eines des großen Respekts, der Hoffnung, der Solidarität, die das nicht-imperialistische Ausland dem Volk, der Revolution und der NJM entgegenbringt.

Es fällt nicht leicht, einige Eindrücke meines Aufenthalts so zu formulieren, daß die Begeisterung, von der jeder beim unmittelbaren Erleben des revolutionären Prozesses und seiner Träger angesteckt wird, nicht durchbricht und zur bestimmenden Linie eines solchen Artikels wird. Zu vieles geschieht ganz einfach zur Zeit in Grenada, wovon – ich will das einmal so subjektiv ausdrücken – jeder Revolutionär, jeder Antimperialist träumt, woran er teilnehmen und wobei er nicht nur ferner Beobachter sein möchte.

Enge Beziehung Volk und NJM

Die besonderen Bedingungen Grenadas – kleiner Inselstaat, 110.000 Einwohner, relativ geringer Analphabetismus – lassen dabei die Realisierung von dem zu, was unter anderen, auch revolutionären Umständen zunächst wirklich nur als Traum formuliert werden kann: die greifbare und spürbare Beteiligung aller (minus ein paar Konterrevolutionäre) am revolutionären Prozeß, das unmittelbare und nicht auf nächste Generationen zu verschiebende Angehen des Aufbaus einer unmittelbaren, einer Graswurzeldemokratie, bei



Versammlung eines grenadinischen Arbeiterrates

deren Entwicklung sich sehr schnell herausstellt, daß der Lernprozeß der Massen gleichzeitig den ständigen ihrer Führungen bedingt.

Und so erlebt auch der Beobachter die Beziehungen zwischen Volk und NJM. Zunächst besticht, daß die NJM – und das zeigt bereits der Überraschungserfolg ihrer völlig unblutigen Revolution – über eine klare, langfristige Konzeption des gesellschaftlichen Projekts, seiner Umsetzung und auch der nächsten Schritte verfügt. Das schließt nicht zuletzt den ökonomischen Bereich ein. Gerade diese Planmäßigkeit läßt – bei aller Originalität – erkennen, daß die Führung der NJM aus Revolutionären besteht, die jahrelang in Westeuropa bzw. in Großbritannien die bürgerlichen demokratischen Gesellschaftsmodelle, einschließlich des Westminster-Parlamentarismus, studiert haben, die sich gleichzeitig aber auch ein umfassendes Bild von den Staaten und Gesellschaftsordnungen gemacht haben, wo versucht worden ist, den Sozialismus in Realität umzusetzen. Und es handelt sich um Revolutionäre, welche die dem Sozialismus zugrundeliegenden Theorien, einschließlich der für Grenada so bedeutsamen rätedemokratischen, studiert und für sich nutzbar gemacht haben. Bei allem, das kann schon heute gesagt werden, wird so die Revolution in Grenada neue Momente der globalen Revolutionspraxis hervorbringen und diese damit bereichern.

Dabei ist bereits jetzt schon ein demokratisches Niveau erreicht worden, das seinesgleichen sucht. Dem Ernst und der Bescheidenheit der NJM und ihrer Führer entsprechend stellt es keine Übertreibung dar, wenn die Grenadiner heute von sich sagen, in einer Woche mehr demokratische Entscheidungen zu treffen als ein Europäer in einer Wahlperiode.

Eine für den Besucher überall sichtbare Rolle spielen dabei die Frauen und ihre Organisation. Zumindest eine Erklärung für den Aktivismus der Frauen gab mir eine ältere Arbeiterfrau. Für sie müßte der Tag 48 Stunden haben, um all das für die Revolution tun zu können, was sie möchte, um all das nachzuholen, was sie in ihrem langen Leben versäumt, worum sie betrogen worden sei. Da jede gesellschaftliche Gruppe gerade dort gefragt ist und gefordert wird, spielen die Frauen und ihre Organisation z.B. die Hauptrolle bei der Verwirklichung der Regierungsmaßnahme, jedes einzelne vorgefundene, gültige Gesetz auf frauenfeindliche und -diskriminierende Elemente hin zu überprüfen und diese dann auszumerzen.

Die Permanenz von Kritik und Selbstkritik

Bernhard Coard, Finanzminister, stellvertretender Premierminister und hervorragender Theoretiker, beschrieb auf der Internationalen Konferenz in diesem Zusammenhang die drei Säulen der Revolution so:

1. Mobilisierung und Organisierung des ganzen Volkes mit dem Ziel, eine genuine Volksdemokratie mit dem Volk im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns zu schaffen.
2. Ausgehend von den Erfahrungen Chiles alles für die Verteidigung der Revolution zu tun, da eine Revolution bei aller Unterstützung die sie habe, die sich aber nicht verteidigen könne, keine Revolution sei: Bewaffnung des ganzen Volkes, durch Einbeziehung in die Miliz.
3. Lösung der ökonomischen Probleme, von denen es genug auf Grenada gibt (Arbeitslosigkeit, fehlende Agroindustrie, Abhängigkeit von Weltmarktpreisen bei den Hauptprodukten, Tourismus-Boycott).

Bei der Analyse gerade ihrer Schwierigkeiten fallen die Genauigkeit und Ehrlichkeit auf, mit der diese dargestellt und der Elan, mit dem deren Lösung angegangen wird.



Grenadas jüngster Freiwilligenlehrer, Lyndon Adams of l'Esterre, r. Premierminister M. Bishop

Die Einladung an die Teilnehmer der Internationalen Konferenz – ebenso wie die Tatsache, daß in Workshops offen und hart diskutiert und nicht etwa eine Propagandashow abgezogen wurde –, sie, die NJM und das Volk von Grenada zu beraten, in einen Dialog einzutreten vor allem mit denen, die glauben, daß sie auf einem falschen Weg seien, war somit alles andere als Koketterie. Sie war die nach außen, an die Völker gerichtete Form der Herausforderung von Kritik, die zum Maßstab ihres Verhaltens dem eigenen Volk gegenüber bereits zur Selbstverständlichkeit geworden war.

Permanenter Kontakt von Führung und Massen, vermittelt über die Massenorganisation und unmittelbar, Kritik und Selbstkritik. Daß dies nicht fromme Sprüche der Avantgarde sind, sondern tagtägliche Praxis, davon konnten wir internationalen Gäste uns ein beeindruckendes Bild machen. Das schlug sich dann auch in unserer am 25. November 1981 einstimmig angenommenen Abschlußresolution nieder, in der es u.a. heißt:

„Wir sind Zeugen der Teilnahme und Unterstützung der Massen des Volkes von Grenada für die Programme der Revolution unter der mutigen, vertrauenswürdigen und begeisterten Führung von Maurice Bishop und der New Jewel Bewegung.“

Wir haben erkannt und gewürdigt, daß obwohl Grenada ein unterentwickeltes Land ist, das von der korrumpierten Gairy-Diktatur verunstaltet wurde; daß trotz der Propaganda und ökonomischen Destabilisierung seitens des US-Imperialismus die Revolution Grenadas nach nur zwei Jahren und 8 Monaten in der Lage war zu bewerkstelligen die freie Erziehung für das ganze Volk auf allen Ebenen, die freie und verbesserte medizinische und Gesundheitsfürsorge, die Schaffung von 2.500 Arbeitsplätzen und die Errichtung einer bedeutenden Agroindustrie. Sie ist erfolgreich im Kampf um die Eliminierung des Analphabetentums. Sie hat eine moderne Fischereiindustrie errichtet. Sie hat fest und klar die Arbeiterrechte und die Rechte der Gewerkschaften ausgeweitet. Sie hat den Frauen neue Würde durch gleichen Lohn für

THE NEW DEMOCRACY IN GRENADA



Die neue Demokratie in Grenada

In einer 1981 von der Revolutionären Volksregierung in Grenada publizierten Broschüre mit dem Titel „is freedom we making'. The New Democracy in Grenada" werden die verschiedenen Felder grenadinischer Volksdemokratie beschrieben. Neben der Darstellung von Arbeiterräten, der Frauenbewegung usw. finden sich darin Stimmen aus dem Volk und Definitionen zur revolutionären Demokratie. Hier Ausschnitte:

Die „Demokratie“ der westlichen Welt trägt den Stempel dieses (durch die Amerikanisierung in der Karibik schnell verbreiteten) Individualismus: Der Bürger nimmt am politischen Prozeß teil, indem er in seine privaten Pantoffeln schlüpft, still seine Stimme abgibt und dann wieder nach Hause geht, um seinen eigenen Geschäften nachzugehen.

Es handelt sich um eine völlig andere Art von politischem Prozeß, wenn dieser auf menschlichem Zusammenwirken besteht, welches die Erziehung der Bürger zur Macht der Vereinigung wagt... Bei einer Bevölkerung von 110.000 Menschen gibt es schätzungsweise 400 über das ganze Land verteilt operierende Gruppen. Und die Stärke und Bandbreite dieser Organisationen wächst kontinuierlich. Es wurde errechnet, daß bereits jeder fünfte Grenadiner einer Organisation angehört.

Das Volk Grenadas ist organisiert in Farmer-Vereinigungen, Gewerkschaften, Brigaden der Gemeinschaftsarbeit, dem Nationalen Studentenrat, der Bewegung der Pioniere, der Nationalen Jugendorganisation, der Nationalen Frauenorganisation, Unterstützungsgruppen der New Jewel Bewegung (NJM), der Volksmiliz, Kooperativen; Religions-, Sport- und Kulturgruppen, und einer Menge von aus dem Boden sprießenden Aktionsgruppen, die sich mit den Problemen besonderer Gemeinschaften befassen: die Vereinigung der Revolutionären Landjugend (HURY), die Dienstags-Grasaktionsbewegung, der Entwicklungsrat der St. Pauls Gemeinschaft, und andere „Gemeinschaftsverbesserungs“- oder „Bürgeraktions“-Gruppen.

Die heutige Organisation der Volksmacht ist hervorgegangen aus dem Rahmenwerk, das schon vor der Revolution von der New Jewel Bewegung entwickelt wurde (als Untergrundnetz; d. Red.). Die NJM fährt damit fort, sowohl die mobilisierende Energie als auch die organisierende Initiative beizutragen, aber was in Grenada heute zum Vorschein kommt, hat nichts zu tun mit von Oben aufgesetzten Strukturen. Wir haben das Privileg, heute Teil der Herausbildung einer Volksverfassung zu sein, einer Verfassung, welche erst zu Papier gebracht werden wird, wenn sie sich als dessen wert erwiesen hat, erst wenn die Grenadiner davon überzeugt sind, daß dies der bestmögliche Weg zur Sicherstellung ihrer vollen demokratischen Rechte ist.

gleiche Arbeit und durch vollbezahlten Mutterschaftsurlaub für alle berufstätigen Frauen gegeben. Sie hat Kooperativen hauptsächlich für arbeitslose Jugendliche und Frauen entwickelt. Und sie hat neue Vergünstigungen für Bauern geschaffen.

Die grenadinische Revolution hat die Inflation durch das National Marketing Board mittels Senkung der Preise für die lebenswichtigen Güter bekämpft, und unter anderem — alle Dinge zu erwähnen ginge zu weit — baut sie einen neuen internationalen Flughafen, der die Entwicklung aller Sektoren der grenadinischen Gesellschaft vorantreiben wird.

Wir haben die vielen Aggressionsdrohungen, die verschiedenen Militärmanöver, die in der Region und in der Welt stattfanden, das gefährliche Anheizen des Wettrüstens durch die kriegslüsterne Reagan-Administration festgestellt... Wir verpflichten uns, Grenada gegen alle Drohungen und Aggressionen zu verteidigen, und sind fest entschlossen, in unseren jeweiligen Ländern Freundschaftsgesellschaften und Solidaritätskomitees aufzubauen um die Wirklichkeit aufzuzeigen und unsere kämpferische Unterstützung für die grenadische Revolution auszudrücken."

„Die Revolution ist unteilbar“

Die Teilnehmer des Internationalen Solidaritätskongresses haben ebenso wie der US-Imperialismus begriffen, wie ernst die Revolution auf dieser kleinen Insel zu nehmen ist. Seine bedrohlichen Aktivitäten² unterstreichen die Richtigkeit der Worte von Premierminister Maurice Bishop in der Abschlußrede auf dem Kongreß: „Es gibt nur eine Revolution und die ist unteilbar. Es gibt keine großen und keine kleinen Revolutionen. Alle Revolutionen sind Revolutionen und müssen unterstützt werden.“

Damit wollte M. Bishop nicht die Bedeutung der Revolution seines Volkes hervorheben, er wollte davon ausgehend die Notwendigkeit der Unterstützung des Volkes von Namibia betonen auch und gerade durch sein Volk, das mit Schwierigkeiten selbst genug zu kämpfen hat. Obwohl Grenada arm sei, keine Bodenschätze habe, würde es mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), mit anderen Revolutionären und noch nicht befreiten Völkern teilen, was es habe. Eine Lektion für die, die glauben, proletarischen Internationalismus in der Mottenkiste zu haben.

So erlebten wir, internationale Gäste aus den Ländern des Sozialismus, aus kapitalistischen Metropolen, aus Ländern der Dritten Welt, vor allem aus den Nachbarstaaten der Karibik, das Volk von Grenada, die New Jewel Bewegung, bei all ihren bewunderungswürdigen innenpolitischen Leistungen, als außenpolitisch konsequente Antiimperialisten und Internationalisten, die nunmehr als ihre Geschichte bestimmende Kraft den revolutionären Prozeß aller Völker zu ihrer Sache machen.

„Forward ever! Backward never!“ („Immer vorwärts! Niemals zurück!“) Dies ist die Losung der Revolution in Grenada — und nicht nur der dortigen.

Anmerkungen der Redaktion:

1) Zum Jahreswechsel 1981/82 war die Bewegung der jungen Pioniere mit über 8.000 Mitgliedern die stärkste Massenorganisation, gefolgt von der Jugendorganisation NYO, die im Jahr 1981 ihre Mitgliedszahl von 1.500 auf 8.000 zu erhöhen vermochte. Die Frauenorganisation NWO steigerte im gleichen Zeitraum ihre Mitgliedschaft von 2.000 auf 5.000. Die Ende 1981 gegründete Vereinigung Produzierender Farmer (PFU) zählt 1.000 Mitglieder. Die größte Gewerkschaft des Landes, die Generalunion der Bankbeschäftigten und Arbeiter (BGWU), hat mit ihren 3.000 Mitgliedern rund 80% der Arbeiter organisiert.

Daten nach: Free West Indian, St. George's, 1.1.1982

2) Zur aktuellen US-Strategie in der Karibik siehe die Beiträge von A.I. Barrios in AIB 1/1982, S. 10/24 ff. und von R. Falk in diesem Heft



Tausende gingen am 20. Juni 1980, einen Tag nach dem Bombenanschlag des „Bloody Sunday“, auf die Straße

Maurice Bishop

Unsere Revolution wird sich nicht unterwerfen

In der Vergangenheit haben die Vereinigten Staaten diese Region als ihren Hinterhof angesehen. Die herrschenden Kreise der USA haben stets die Meinung vertreten, daß ihre multinationalen Konzerne das Recht hätten, uneingeschränkt und ungestraft die Ressourcen dieser Region, ja der ganzen Welt auszubeuten. Sie haben sich stets das Recht angemaßt, zu entscheiden, welchen wirtschaftlichen Entwicklungsweg Länder wie das unsrige einschlagen sollten. Ja, sie wähten sich sogar im Recht, wenn sie versuchten, unsere Unterentwicklung zu verewigen.

Wenn wir einmal einen Blick in die Vergangenheit werfen, so ist zumindest ein Beweis dafür die Monroe-Doktrin von 1823, die verschiedenen Regierungen in den Vereinigten Staaten das Recht einräumte, sich nach ihrem Gutdünken in Lateinamerika einzumischen. Wie Sie wissen, wurden im Rahmen dieser Doktrin faktisch alle Länder dieser Region zu dem einen oder anderen Zeitpunkt Opfer dieser Doktrin. So wurde z.B. den Mexikanern Ende der 30er und Anfang der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts der größte Teil ihres nationalen Territoriums gestohlen. Die ihnen entrisenen 2.100.000 qkm stellen eine größere Fläche dar, als das Territorium des heutigen Mexiko umfaßt.

Die Amerikaner haben also im Laufe der Jahre eine Politik der Annexion, Invasion und später auch der Destabilisierung und des diplomatischen Druckes praktiziert. Ich glaube

auch, daß wir die Tatsache erwähnen sollten, daß ein Land wie das unsrige – das eine besondere Haltung einnimmt, eine Position der Nichtpaktgebundenheit vertritt, das auf Prinzipien begründete Beziehungen zu verschiedenen Ländern unterhält, das ausgezeichnete Beziehungen zu Ländern wie Kuba und Nikaragua pflegt, das den Imperialismus nicht als unbesiegbar betrachtet, das sich weigert, irgend jemandes Hinterhof zu sein, das fest von seinem Recht überzeugt ist, seine Entwicklung nach eigenen Plänen zu gestalten, ohne Druck und Einmischung von außen – daß ein Land wie unseres, das es sich zur Ehre anrechnet, als erstes Land der englischsprachigen Länder der Karibik die Revolution durchgeführt zu haben, natürlich eine Zielscheibe für wütende Angriffe und besonderen Druck ist.

Es ist richtig, daß wir seit den Tagen der Revolution Probleme mit den Amerikanern haben. Von den in dieser Region vertretenen Westmächten waren sie die letzten, die unsere Regierung anerkannten, obwohl sie wußten, daß die Revolution eine gewaltige Unterstützung – fast des gesamten Volkes – genoß und das gesamte Land sich in unserer Hand befand, und obwohl wir feste Zusagen gaben (die alle eingehalten wurden), daß wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen und die Rechte aller Personen, die nicht Staatsbürger von Grenada sind, wie auch aller unserer Bürger in unserem Lande wahren und ihre Sicherheit garan-

tieren werden.

Während der ersten Wochen nach der Revolution versuchte dann ihr Botschafter Ortiz als Gegenleistung für eine Zusage von 5.000 Dollar „Hilfe“ uns vorzuschreiben, wie unsere Politik aussehen sollte. Und er hatte sogar die Stirn, uns vor der Herstellung „enger Beziehungen“ mit Kuba zu warnen. Natürlich erklärten wir ihm, daß wir nicht käuflich seien und daß unsere Innen- und Außenpolitik unsere souveräne Angelegenheit sei, über die wir mit keinem Außenstehenden verhandeln und die wir uns erst recht nicht diktieren lassen würden.

Noch vor Ablauf der ersten drei Monate entdeckten wir, daß der CIA einen aus drei Teilen bestehenden „Pyramidenplan“ ausgearbeitet hatte, der die Destabilisierung des Propagandaapparates, Wirtschaftssabotage und Mordpläne terroristischer konterrevolutionärer Banden mit dem Ziel, die Revolution zurückzurollen, vorsah. Dies wurde deutlich, nachdem die Zeitschrift Newsweek die Welt informiert hatte, daß der Nationale Sicherheitsrat eine Blockade unseres Landes erwog.

Und ich muß betonen, daß wir erlebt haben, wie alle Aspekte des „Pyramidenplanes“ des CIA in den vergangenen zwei Jahren ausprobiert wurden, manche sogar erfolgreich. Einige der konterrevolutionären Elemente, die an dem Anschlag im Oktober 1979 beteiligt waren, gestanden, daß man ihnen die Unterstützung von Söldnern zugesagt hatte, die vom Territorium der USA per Schiff eintreffen sollten.

Obwohl wir all ihren gesetzlichen Formalitäten nachgekommen sind, weigerten sich die Amerikaner ebenfalls, Eric Gairy (von 1951-1979, mit zwei kurzen Unterbrechungen, grenadinischer Premierminister; d. Red.) an Grenada auszuliefern, damit er u.a. wegen Mordes und versuchten Mordes vor Gericht gestellt werden kann.¹ Bei seinen erfolglosen Versuchen, die Macht in Grenada zurückzuerobern, bedient sich Gairy von San Diego bzw. Brooklyn aus nach wie vor des Territoriums und der Medien der USA.

Die Amerikaner weigerten sich ebenfalls, unseren ständigen Vertreter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als Botschafter in Washington zu akkreditieren und wiesen ihren Botschafter in Grenada, dessen Amtszeit abgelaufen war, an, sich im Januar 1980 nicht nach St. George's zu begeben, als wir ihn zu offiziellen Gesprächen über die Wiederaufnahme eines Dialogs eingeladen hatten.

US-„Pyramidenplan“ gegen Grenada

Vor kurzem ergab eine Umfrage bei Reisebüros im Gebiet von Washington/Maryland und in New York, daß über 90% der etwa 40 Reisebüros, von denen Reiseinformationen über Grenada eingeholt wurden, die Auskunft gaben, daß Grenada ein „unsicheres“ Reiseziel sei. Die meisten sagten, diese völlig aus der Luft gegriffene Einschätzung sei ihnen vom Außenministerium übermittelt worden.

Nachdem der Wirbelsturm Allen im Jahr 1980 unserer Bananenernte schweren Schaden zugefügt hatte, wurde einem Antrag auf Unterstützung bei der Schadensbehebung, den die Windward Islands Banana Association – der Grenada, St. Vincent, St. Lucia und Dominika angehören – gestellt hatte, nur unter der Voraussetzung des Ausschlusses von Grenada stattgegeben. Seit damals gab es noch mehrere Beispiele für den Versuch der USA, die Gewährung von Entwicklungshilfe von verschiedenen internationalen Behörden wie dem Internationalen Währungsfonds und verschiedenen Ländern, darunter der EG, an die wir uns um Unterstützung beim Bau unseres internationalen Flughafens gewandt hatten, zu unterbinden.²

Jetzt haben die herrschenden Kreise der USA die Zahl der ungesetzlichen Spionageflüge über unser Land erhöht, ihre

Schmäh- und Lügenpropaganda verstärkt, und wer weiß, welche weiteren Pläne gegenwärtig gerade ausgeheckt werden oder soeben gebilligt worden sind. Die Gemeinheit und Niederträchtigkeit der mächtigen USA scheinen grenzenlos zu sein. Bei ihren Versuchen, die friedliche und fortschrittliche Entwicklung eines kleinen, armen, um seine Unabhängigkeit ringenden Landes wie Grenada aufzuhalten, schrecken die mächtigen USA vor nichts zurück. Während des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen (im Jahr 1980; d. Red.) erklärten sie, daß sie beabsichtigen, uns eine Lehre zu erteilen.

Wir werden jedoch dafür sorgen, daß unsere Revolution fortbesteht und jeden Tag stärker wird.



Auch viele Frauen gehören der Volksmiliz an

Ich glaube, wir müssen uns auch darüber im klaren sein, daß diese Zeit aus verschiedenen Gründen die gefährlichste Periode der jüngsten Vergangenheit ist. Die Regierung Reagan hat einige neue und höchst gefährliche Konzepte vorgelegt, insbesondere über die „Verkettung von Ereignissen“ und den „internationalen Terrorismus“.

Unsere größten Schwierigkeiten sind wirtschaftlicher Art. Und wir sind jetzt darangegangen, sicherzustellen, daß wir so bald wie möglich etwas dagegen tun, und die produktiven Kapazitäten der Wirtschaft zu entwickeln. In diesem Punkt gibt es auf Dauer gewaltige Probleme – mit dem Arbeitskräftemangel, fehlender Technik, dem Mangel an Kapital und Fachleuten.

Gleichzeitig sind Erzeugerländer wie das unsrige mit dem ständigen Problem der sehr niedrigen Preise für unsere landwirtschaftlichen Erzeugnisse konfrontiert. 1979 erzielten wir aus dem Verkauf von Muskatnüssen, Kakao und Bana-

nen 21 Mio Dollar; 1980 erbrachte der Verkauf der gleichen Menge nur 17 Mio Dollar, d.h. 4 Mio Dollar weniger, was in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß innerhalb weniger Monate der Kakaopreis pro t von etwa 4.400 Dollar auf 2.400 Dollar gefallen war. Natürlich konnten wir kaum etwas dagegen tun. Langfristig gesehen sind die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und die Suche neuer Handelspartner sowie die Diversifizierung unseres Handels Bestandteil unseres Kampfes.

Wir müssen uns in jedem Jahr auch mit der importierten Inflation auseinandersetzen. In einem Land wie dem unseren, mit einer kleinen, offenen, abhängigen Wirtschaft ist das natürlich ein großes Problem. 1979 gaben wir annähernd 43 Mio Dollar für den Import von Fertigerzeugnissen aus, die wir aus den imperialistischen Ländern bezogen. 1980 mußten wir bereits 50 Mio Dollar für die gleiche Warenmenge aufwenden. Dieses Beispiel verdeutlicht, daß wir in jedem Jahr für unsere Erzeugnisse weniger erhalten, gleichzeitig jedoch für ihre Waren in jedem Jahr mehr bezahlen müssen. Das ist ein schwerwiegendes Problem.

Größtes Problemkind ist die Wirtschaft

Zu allem Überfluß erklärten uns in letzter Zeit drei mächtige transnationale Konzerne den offenen Wirtschaftskrieg. Sie versuchten, unser Land in die Knie zu zwingen, indem sie die Stromversorgung sperrten, wollten unser Volk also buchstäblich in die Finsternis stürzen. Natürlich hofften sie, daß das so entstehende Chaos die Bürger unseres Landes veranlassen würde, ihre Überzeugung, daß sie die Revolution weiterführen werden, und ihr Vertrauen in die Regierung und deren Bemühungen um die Lösung der dringendsten Probleme unseres Landes zu verlieren.

Nachdem die Commonwealth Development Corporation of England (CDC) mehr als 20 Jahre lang Gewinne aus unserem Volk gepreßt, die Stromgebühren derart in die Höhe getrieben hatte, daß selbst die Regierung dieser Entwicklung hilflos gegenüberstand, und die Energieversorgung immer mehr vernachlässigt hatte, was in den letzten Monaten zu häufigen Stromausfällen führte, erhielt sie plötzlich keine weiteren Brennstoffkredite von der ESSO und keine weiteren Bargeldkredite von der Barclays Bank mehr. Dann, am Nachmittag des 21. Mai 1981 stellten diese drei Transnationalen der Regierung Grenadas ein Ultimatum: Sie solle die von der CDC angehäuften riesigen Schuldenlast übernehmen oder die Generatoren würden im ganzen Land um 20 Uhr abgeschaltet.

Sie wußten jedoch nicht, daß wir seit Wochen über ihr Komplott zur Erpressung unseres Landes informiert waren, daß wir sogar über die Versuche, die Verschiffung von Ersatzteillieferungen für die Generatoren zu verhindern, im Bilde waren.

Konfrontiert mit diesem klassischen Beispiel der ökonomischen Aggression übernahm unsere Regierung die Aktienmehrheit in der Elektrizitätsgesellschaft, so daß sie sie jetzt kontrolliert. Sie ernannte zwei neue Vorstandsmitglieder und einen neuen Direktor und sprach mit den Arbeitern, die versprachen, weitere Sabotageakte zu verhindern. Doch die Generatoren sind in äußerst schlechtem Zustand. Es wird also eine zeitlang dauern bis wir die 21 Jahre währende Ausbeutung unseres Volkes auf diesem essentiellen Gebiet überwinden können, und es werden umfangreiche Investitionen in unsere Wirtschaftsressourcen erforderlich sein.

Desweiteren möchte ich darauf eingehen, wie wir den Aufbau unseres Landes in Angriff nehmen. In den letzten zwei Jahren haben wir uns beim Aufbau der nationalen Wirtschaft und beim Vorantreiben der Revolution auf drei Säulen gestützt. Diese sind: Erstens ist es notwendig, dem Volk

durch die Stärkung der Wirtschaft, durch die möglichst schnelle Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten unseres Volkes und der Produktivkräfte unseres Landes größeren Wohlstand zu sichern.

Zweitens wäre die weitere Einbeziehung unseres Volkes in und seine Mobilisierung und Organisation für die demokratische Mitbestimmung bei der Leitung des Landes und des Ausbaus der Revolution auf freiwilliger Basis zu nennen. In dieser Beziehung sind beträchtliche Erfolge zu verzeichnen. Der dritte Aspekt ist die Erhöhung der Verteidigungskraft zum Schutze der Revolution. Wir sind fest davon überzeugt, daß keine Revolution das Recht hat, sich als solche zu bezeichnen, wenn sie nicht die Fähigkeit besitzt, sich zu verteidigen bzw. diesbezügliche Anstrengungen zu unternehmen.

Aus diesem Grunde wurde die Armee Gairys aufgelöst und eine neue Armee, die Revolutionäre Volksarmee (am 20. Juni 1980; d. Red.), geschaffen. Aus diesem Grunde haben wir auch die Revolutionäre Volksmiliz aufgestellt, damit das Volk unseres Landes an der Verteidigung seiner Errungenschaften sowie der künftigen Pläne mitwirken kann.

Wenn es uns gelingt, die Wirtschaft anzukurbeln und so die notwendigen Mittel zur Erhöhung des Wohlstandes für unsere Bürger aufzubringen, und wenn wir uns dabei auf diese drei Säulen stützen, wird es unseres Erachtens möglich sein, alle Schwierigkeiten, mit denen wir konfrontiert sind, zu überwinden. Eine unserer nationalen Losungen lautet: „Ein organisiertes, bewußtes, geeintes, produktives und wachsameres Volk ist unbesiegbar.“

Und wir warnen diejenigen Mächte, die unseren Fortschritt rückgängig machen wollen: Solange es diese Regierung, unsere Partei und unser stolzes Volk gibt, solange es die Revolution gibt, werden wir uns weder unterwerfen noch zu Fall bringen lassen, sondern stets entschlossen für unsere Sache eintreten.

(Quelle: Free West Indian, St. George's, 15.8.1981; Ausschnitte)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Zum Gairy-Regime, dem Aufschwung des Volkswiderstandes in den 70er Jahren und zur bewaffneten Volkserhebung 1979 siehe die Einschätzung des NJM-Politbüromitglieds Vincent Noel, Die grenadinische Revolution – ein siegreiches Beispiel mehr, in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 33-35, hier S. 33/34
- 2) Internationale Hilfe für das grenadinische Flughafenprojekt leisten Kuba (u.a. auch mit 250 von insgesamt 550 Facharbeitern), *Libyen, Syrien, Algerien, der Irak und Venezuela.

Aufruf der Solidaritätskomitees in der BRD und West-Berlin zu Zentralamerika zum

KONGRESS GEGEN DIE INTERVENTION IN ZENTRALAMERIKA

vom 18. bis 21. März 1982 in Münster/Westf.

„In den USA wird wieder öffentlich über militärische Eingriffe zur „Befriedung“ revolutionärer Bewegungen und Staaten in Zentralamerika diskutiert. Die in solchen Oberlegungen enthaltenen Drohungen sind bisheriger Höhepunkt im Umgang der Reagan-Administration mit dem Zentralamerikanischen Raum und der Karibik. Die Intervention ist bereits Realität.“

Die Solidaritätsbewegung zu Zentralamerika bietet mit dem Kongress gegen die Intervention in Zentralamerika die Möglichkeit zu einem Schritt in diese Richtung. Vorträge, Podiums-Diskussionen sowie Arbeitsgruppen sollen u.a. zu folgenden Themen stattfinden:

- Globalstrategie der USA
- US-Intervention in Zentralamerika
- Politik der sozialistischen Internationalen und der BRD-Regierung in Zentralamerika
- Rüstungsexport / Arbeitsplatzsicherung
- Frieden und Befreiungskampf

Das Arbeitsprogramm wird durch ein ansprechendes Kulturprogramm ergänzt. Kommt zahlreich. Alle



brauchen Euch. Veranstalter sind die Informationsstellen El Salvador/Guatemala und Nicaragua. Teilnahmekarten können zum Preis von 18 DM bestellt werden. Im Preis sind der ca. 200-seitige Kongress-Reader und der Eintritt für die Kultur-Veranstaltungen enthalten. Informationen und Anmeldung bei: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika, Herdingstr. 14, 4400 Münster.

Peter Garcia

Demokratie von Generals Gnaden

Provinz Huila, am Magdalena-Fluß. Es ist früh am Morgen. Obwohl das gleißende Sonnenlicht schon in die Augen sticht, ist die Hitze noch erträglich.

„Da liegt wieder einer“, sagt der Fischer, und deutet auf den leblosen Körper im Uferschlamm. Arme und Gesicht weisen deutliche Folterspuren auf. „Hier holen sie fast jeden Tag eine Leiche raus. Manchmal mehrere: Im Dezember waren es über 40. Den Rechtsanwalt César Charry Rivas haben sie auch aus dem Fluß gefischt. Die ganzen Eingeweide waren raus und er hatte Steine im Bauch. Wahrscheinlich, damit er nicht mehr auftauchen sollte.“

Zur Polizei will keiner der Fischer, um den grausigen Fund zu melden. Das gibt nur Ärger und außerdem... Dort sitzen ja die Mörder. Dort und in der Kaserne von Neiva, der in der Nähe liegenden Provinzhauptstadt. Die Mordopfer sind immer Vertreter der Opposition, Menschen, die sich für die Interessen des Volkes einsetzen.

US-Präsident Reagan zählt Kolumbien zu den demokratischen Ländern der Hemisphäre. Im März und Mai dieses Jahres werden dort Wahlen abgehalten. Aber alle Fäden der Macht laufen bei den Militärs zusammen.

Am 7.8.1981 gab der Oberkommandierende des Heeres, General Landazábal, zu Ehren seiner Marionette, des Präsidenten Turbay, ein Essen im Militärclub. Anschließend wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem wörtlich stand: „Die Regierungsspitze und die Streitkräfte haben ein Bündnis geschlossen, um gegen die Aufständischen zu kämpfen.“ Seit wann schließen Streitkräfte Bündnisse mit der eigenen Regierung?

Putschdrohung General Leyvas

Der 30. Oktober 1981 in der Großstadt Cali. Makellos gekleidete Herren im Frack oder dunklen Anzug defilieren zusammen mit Uniformierten in einen Saal. Die örtlichen Bankiers hatten zu einem Empfang für die Militärs eingeladen. Prominentester Gast: der Verteidigungsminister, General und wirklicher Staatschef Kolumbiens, Camacho Leyva; selbst in bürgerlichen Zeitungen als Inspirator eines möglichen Militärputsches bezeichnet. Bislang beschwören die Militärs in der Öffentlichkeit immer wieder ihre Verfassungstreue. Nicht so auf diesem Empfang. C. Leyvas Redebeitrag gipfelte in der Drohung: „... Wenn der Wahlkampf ... nicht mehr mit gewöhnlichen Mitteln geführt wird und Situationen verbaler und physischer Gewalt entstehen, und wenn wir schließlich das Vertrauen in die Prinzipien der christlichen Zivilisation verlieren, ... kann es keine Neutralität geben und niemand kann einfacher Zuschauer bleiben...“ Zur sog. „Putschistengruppe“ in den Streitkräften gehören außer dem Verteidigungsminister auch der Oberkommandierende des Heeres, Landazábal Reyes, und sein Stellvertreter, Lema Henao. Beide sind in Südkorea von US-Ausbildern trainiert worden. Landazábal hat als „Gehirn“ der Putschistengruppe mehrere Bücher geschrieben. 1980 erschien sein Buch „Die Unterwanderung und der soziale Konflikt“. Unter anderem schreibt er in diesem Werk: „Die Militärdik-

tatur ... trat auf die Weltbühne nicht so sehr als ein Streben der Militärs, sondern als eine Notwendigkeit, die im sozialen Gefüge des Staates so empfunden wird, und sie veranlaßte, seine legitime Verteidigung zu garantieren.“

Am 22.9.1981 klagten Oppositionsabgeordnete in der Vollversammlung des Parlaments die Militärführung an, einen Putsch zu planen. Seit Januar 1981 seien 1063 Mitglieder von Oppositionsparteien verhaftet, 242 gefoltert, 53 verschleppt, 142 ermordet, 60 schwer verletzt worden, und 15 haben in Botschaften um politisches Asyl nachgesucht.

Hausdurchsuchungen ohne Gerichtsbeschluss kann man schon nicht mehr zählen. Die Armee verhindert, annulliert und dirigiert auf kommunaler Ebene Wahlen, wie es ihr gerade paßt. Gewählte Ratsmitglieder werden abgesetzt und verfolgt. Oft werden nicht genehmen Kandidaten schon vor der Wahl mit Repressalien bedroht. Öffentliche Versammlungen werden aufgelöst. In den letzten 11 Jahren gab es in Kolumbien lediglich 13 Monate ohne Ausnahmezustand.

Morde auf offener Straße

Wie ernst die Gefahr eines Militärputsches in Kolumbien ist, und welchen Stellenwert dieses Land in der Lateinamerikapolitik der Vereinigten Staaten hat, wird aus folgender Tatsache klar: Als Empfänger von US-Militärhilfe steht Kolumbien heute in Lateinamerika an zweiter Stelle hinter El Salvador!

Während das Militär in den Städten noch nicht so offen als Unterdrückungsinstrument in Erscheinung tritt, kann man die Verhältnisse auf dem Land ohne Übertreibung als Militärdiktatur bezeichnen. Ein Menschenleben hat für die Militärs keinerlei Bedeutung.

So in Santander de Quilichao: Der Maurer Eliécer Bermúdez Mina geht in der Stadtmitte an einer Militärpatrouille vorbei. Plötzlich wird er von den Soldaten gepackt, die ihn brutal herumstoßen und durchsuchen. Er besteht darauf, daß man ihm den Grund für diese Behandlung bekanntgibt. Da wird er auf offener Straße vor den Augen anderer Passanten kaltblütig erschossen.

Ein paar Tage später die Beisetzung. Auf dem Friedhof erscheinen ungebete Gäste in Uniform, die die Anwesenden mit Zurufen provozieren. Als bei einer kurzen Grabrede auf die Ursache des Todes eingegangen wird, schießen die Soldaten auf die Trauergäste. Bilanz dieses neuerlichen Verbrechens: 5 Schwerverletzte und ein weiteres Todesopfer, Frau Ana Deyba Aponza.

Die Militärwillkür macht auch vor Kindern nicht halt. Am 25.10.1981 werfen Soldaten in Puerto Guevara Handgranaten in die geöffneten Fenster des Hauses von Irene Colorado. Diese Frau ist den Militärs schon lange ein Dorn im Auge, weil sie in der Oppositionsbewegung aktiv ist. Der Zeitpunkt der kriminellen Handlung: etwa 21.30 Uhr. Im Haus sind verschiedene Nachbarinnen mit ihren Kindern anwesend. Von Panik getrieben rennen sie auf die Straße. In diesem Moment werden mehrere Garben aus einer Maschinepistole gefeuert.

Eine Nachbarin und ihre beiden Kinder im Alter von 8 und 10 Jahren, sowie ein anderes Nachbarkind im Alter von 13 Jahren, bleiben tot in ihrem Blut liegen. Irene Colorado und weitere Kinder zwischen 9 und 14 Jahren kommen mit Verletzungen davon. Am nächsten Morgen werden in der Ortschaft 27 Einwohner von der Soldateska festgenommen. Drei von ihnen sind bis heute vermißt.

In Kolumbien fehlen überall Schulen. Besonders auf dem Land sind die Zustände oft trostlos. Viele Bauern wissen nicht, wo ihre Kinder Unterricht erhalten sollen. Um Probleme dieser Art zu lösen, haben sich in Kolumbien vielerorts demokratische Selbsthilfe-Organisationen gebildet, die „acciones comunales“. In Cimitarra hatte sich eine dieser acciones comunales entschlossen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen, und eine Schule zu bauen. Lobenswert? Nicht für die Herrschenden Kolumbiens, denn in den acciones comunales sind die Vertreter der demokratischen Oppositionsparteien die tragende Kraft.

6 Bauern sind am 18. August 1981 mit der Arbeit an der Schule beschäftigt. Doch wo eben noch scherzhafte Gespräche zu hören waren, ertönen auf einmal Militärkommandos. Soldaten unter Führung des Oberstleutnants Carlos M. Guevara Aristizábal umstellen den Bauplatz. Mit entschärfter Waffe in der Hand brüllt der Offizier die Bauern an: „Ihr seid verhaftet, Ihr Schweine, ab geht's!“

Jairo Blandón, einer der Bauern, erhält eine „Sonderbehandlung“, weil er angeblich Sympathisant der Guerilleros ist. Sie bringen ihn in den Wald, wo er sich ausziehen muß. Dann wird er an den Armen aufgehängt und blutig geprügelt. In der Zwischenzeit hat einer der Schergen ein Wespennest ausfindig gemacht, das er zur Folterstätte bringt. Voller Wut über die Störung stechen die Wespen auf den Wehrlosen ein. Etwas später lassen sie Jairo Blandón herunter und werfen ihn in Dornenbüsche. Zwei seiner Folterer stellen sich mit ihrem ganzen Körpergewicht noch auf ihn.

Nachdem auch auf diese Weise kein Geständnis herauszulocken war, legt ihm einer die Pistole an den Kopf. „Damit

Du nicht singst“, sagt er, und drückt ab. Wie durch ein Wunder drang die Kugel nicht ins Gehirn, und der Bauer blieb am Leben. Sein Gesicht wird allerdings für immer fürchterlich entstellt bleiben.

Der Arm der Militärkommandeure auf dem Land reicht bis in die Städte. Aus der Region Yacopí hatte sich eine Bauerndelegation nach Bogotá auf den Weg gemacht, um die Regierung über die Verfolgung und Unterdrückung durch das Militär zu informieren. Die Delegation stand unter der Leitung des gewählten (und von den Militärs abgesetzten!) Ratsmitglieds Ismael Aguilar. Anfang November 1981 wurde Ismael Aguilar in Bogotá verhaftet und in das Gefängnis „El Barne“ bei Tunja verschleppt. Dort sitzt er in Einzelhaft und ist mehrmals gefoltert worden. Die Namen der Folterknechte sind bekannt: Teniente Rodriguez und Sargento Oliveros.

Tausende Opfer der Kapuzenmänner...

Da es in den Städten heute immer noch Politik der Militärs ist, nicht zu offen aufzutreten, bedient man sich hier anderer Taktiken. Zuerst trat die Todesschwadron auf den Plan, deren Mitglieder Polizei- und Militärangehörige sind. Fünf Richter der Stadt Pereira sahen sich im September 1981 gezwungen, den Zustand der Gesetzlosigkeit in ihrer Stadt in einem Brief an das Parlament anzuklagen: „Eine Analyse aller Morde seit Dezember 1979 bis heute hat ergeben, daß allein hier in Pereira 650 Menschen von (der Todesschwadron) umgebracht worden sind.“

Bogotá am 14.8.1981. Mitternacht hat längst geschlagen. Unbemerkt dringen mehrere Personen in den Gerichtshof Paluquemao ein. Man merkt, sie kennen sich genau aus. Amtszimmer werden durchstöbert, aber nur von einem Teil der Richter. Da um diese Zeit bei Abwesenheit der Richter keine Wertgegenstände zu finden sind, lassen sie ein paar billige Aschenbecher mitgehen, gewissermaßen als Tarnung. Denn was neben den Aschenbechern verschwand: alle Akten über die Todesschwadron.



Wenn es sein muß, werden Gesetzesdiener auch umgebracht, sofern sie der Todesschwadron zu hartnäckig nachspüren: im Mai 1981 die Richterin Esperanza Restrepo López, im Juni 1981 der Richter Rodrigo Bastida Sánchez. Bis August 1981 waren es insgesamt 6 Angehörige dieses Berufsstands. Am 10.10.1981 holen morgens um 6.00 Uhr mit Kapuzen verhüllte Männer den Bauernführer Jorge Uldarico Linares aus Yacopí, 37 Jahre, aus dem Bett. Sie zerschlagen die gesamte Wohnungseinrichtung, rauben sein Geld und alle Wertgegenstände und schleifen ihn anschließend auf die Straße. Dort legen sie ihn vor den entsetzten Augen seiner Frau und seiner 5 Kinder mit ein paar Schüssen um. Nachbarn, vorsichtig durch die Fenster spähend, sind Zeugen. Angeblich soll Uldarico die Guerilla-Organisation FARC unterstützt haben. Alle Männer trugen Uniformen.

Am 7.10.1981 dringen 6 „encapuchados“ (Kapuzenmänner, wie sie in Kolumbien genannt werden) in das Gelände der Universität del Valle ein, und sprengen das Auto des Rektors in die Luft. Ziel der Provokation: eine erneute Schließung der Universität, um Studentenproteste abzuwürgen. Das Ganze flog dadurch auf, daß erstens ein Universitätsangestellter alles beobachtet hatte, und zweitens eine Radio-station zu früh die Meldung losließ, daß es auf dem Gelände der Universität zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Militär und Studenten gekommen sei, mit vielen Verletzten und Festnahmen, worauf man die Universität bis auf weiteres erneut geschlossen hätte. Nur: die Studenten waren noch gar nicht erschienen!

Ebenfalls auf das Konto der „encapuchados“ geht der Tod der katholischen Nonne Carmenza Cañaveral, die in der Nähe der Universität von Antioquia, Medellín ermordet wurde. Zufällig hatten Anlieger beobachtet, wie vermummte Figuren das Auto der Nonne mit einer Bombe bewarfen, und dann mit aufheulendem Motor wegfuhr. Die Nonne verbrannte hilflos in ihrem Fahrzeug.

Der Zeitpunkt dieses Verbrechens war indes kein Zufall: Am Tag vorher, am 13.10.1981 hatte das Militär die Universität überfallen und vorübergehend besetzt. Es ist nicht klar, ob man die Nonne mit einer Studentenfürherin verwechselt hatte, oder ob man den Mord den in der Nähe demonstrierenden Studenten anhängen wollte. Die Presse jedenfalls verbreitete die Version von der Täterschaft „linker Terroristen“.

Anfang Juli 1981 organisierten verschiedene Gewerkschaf-



Ermordeter Gewerkschafter Miguel A. Galvis

ten aus dem Bereich der Massenmedien eine Protestdemonstration, da das zuständige Ministerium die gerechten Forderungen der Arbeiter und Angestellten einfach ignorierte. Einer der Organisatoren war Miguel A. Galvis, Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten beim Fernsehen. Die Demonstration wurde an Ort und Stelle von den Militärs verboten, wobei es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Galvis und den verantwortlichen Offizieren kam.

2 Wochen später, am 27.7.1981 morgens. M.A. Galvis hat gerade seine Kinder zum Schulbus gebracht und geht wie üblich noch einmal zu seinem Haus zurück. Da stellen sich ihm Männer in den Weg. Ihre Gesichter sind verhüllt. Sie ziehen ihre Waffen, ohne ein Wort zu sagen. Von mehreren Kugeln getroffen bricht Galvis zusammen und stirbt kurze Zeit später. Mit kolumbianischen Militärs diskutiert man nicht...

Gemeinsamer Präsidentschaftskandidat der Linken

Im Dezember 1981 verwandelt sich die Todesschwadron in eine ebenso gnadenlose neue Mordorganisation: die MAS (Tod den Entführern). Dieser Name wurde in einem Flugblatt der Presse mitgeteilt und gleichzeitig verkündet, daß in Zukunft die nächsten Anverwandten dafür zu büßen hätten, wenn irgend jemand bei den Guerilleros mitmacht. Außerdem wurde die Presse noch darüber informiert, daß die MAS-Leute über Hunderte von Mio Pesos verfügen, die angeblich von der Mafia gestiftet worden seien.

Es ist sicher nicht auszuschließen, daß hier die Herren der „ehrenwerten Gesellschaft“ mit den noch ehrenwerteren Herren von Banken und Großgrundbesitz an einem Strang ziehen. Auf jeden Fall dürfte der Löwenanteil des Geldes von Leuten kommen, die sich normalerweise einer weißen Weste rühmen: von den Bankiers, Großindustriellen und Großgrundbesitzern, die sich in der Vereinigung „Mano Negra“ (Schwarze Hand) zusammengeschlossen haben. Das erklärte Ziel dieser Organisation: „die Bekämpfung des Kommunismus und der Unterwanderung“ in Kolumbien.

In den letzten Monaten haben sich Militärterror und Unterdrückung intensiviert. Nicht ohne Grund sind die Herren der Geschicke Kolumbiens angesichts der bevorstehenden Wahlen nervöser als sonst: Es gibt diesmal einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der Opposition (siehe AIB 10/1980 und 5-8/1981; d. Red.), den sowohl konsequent demokratische Kräfte des Bürgertums als auch die KP Kolumbiens unterstützen. Der Kandidat, Prof. Gerardo Molina, gehört der Bewegung Firmes an, deren prominentester Vertreter der Schriftsteller Gabriel García Márquez ist.

Die etablierten Parteien, Liberale und Konservative, stehen ratlos vor der ernsten Krisensituation in ihrem Land. 25% der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt. Nach jüngsten Berichten der UNO ist Kolumbien eines der Länder mit dem niedrigsten Eiweißverbrauch der Welt (z.B. noch 15% unter dem von Uganda). Die Hoffnung für Liberale und Konservative, trotz der Unzufriedenheit des größten Teils der Bevölkerung ohne Putsch an der Macht zu bleiben, liegt darin, daß auch 1982 die Wähler wieder massenhaft den Urnen fernbleiben. Beim letzten Mal hatten fast 3/4 aller Kolumbianer resigniert auf eine Wahlbeteiligung verzichtet. Allerdings ist man in Kolumbien vor Überraschungen nicht sicher. Um der reaktionären Militärführung einen möglichen Vorwand für einen Putsch zu nehmen, hat die Guerillaorganisation FARC im November 1981 ihre Bereitschaft zu einem Waffenstillstand bis nach den Wahlen erklärt. Zur Warnung für putschfreudige Militärs wurde gleich hinzugefügt, daß die FARC bereits in 17 Kolonnen organisiert ist und daß bis Ende des Jahres eine Verstärkung auf insgesamt 30 Kolonnen geplant ist.

El Salvador

Am 1. Februar d.J. hat US-Präsident Reagan der salvadorianischen Junta, zusätzlich zur für 1982 bewilligten Militär- und Wirtschaftshilfe von 167 Mio Dollar, eine militärische „Sicherheitsnothilfe“ von 55 Mio Dollar gewährt. Unmittelbar zuvor waren in den USA die ersten von insgesamt 1.600 salvadorianischen Militärs eingetroffen, die dort in Schnellkursen für die Anti-Aufstands-Kampfführung in El Salvador ausgebildet werden sollen. In Washington rechtfertigte man diese neuen Stützungsmaßnahmen damit, daß „in El Salvador die Entscheidungsschlacht für Mittelamerika im Gange“ sei (Unterstaatssekretär Th. Enders) und „substantielle Fortschritte“ beim Schutz der Menschenrechte seitens des militärisch-christdemokratischen Regimes (R. Reagan) feststellbar seien. Und das angesichts der Berge von Leichen, die die Juntatruppen gerade zur Jahreswende zurückließen, darunter in Morazán rund 1.000 ermordete Zivilisten (siehe AIB 2/1982, S.11), nahe San Miguel 150...

Die erneute Ausweitung der US-Militärhilfe für das Schlächterregime El Salvadors ist darin begründet, daß die jüngsten Offensiven der Juntatruppen offenbar scheiterten und die Guerilla der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) ihre Positionen stetig ausbauen konnte. Das veranschaulicht die hier dokumentierte Lageskizze von Joaquin Villalobos, Mitglied des FMLN-Generalkommandos. Und das erhärtete die spektakuläre FMLN-Kommandoaktion vom 26.1.1982 auf dem Militärflughafen Ilopango (nahe der Hauptstadt), bei der etwa die Hälfte der salvadorianischen Kampfflugzeuge und -Hubschrauber am Boden zerstört wurden.

Die fünf Oberkommandierenden der FMLN appellierten in einem Brief an R. Reagan vom Januar d.J., eine Verhandlungslösung „ohne Vorbedingungen seitens irgendeiner der Parteien“ zu akzeptieren. Falls er es mit seiner zum Jahresende 1981 geäußerten Besorgnis „über jene, die unter der Unterdrückung leiden“, wirklich ernst meine, dann könne er eine politische Lösung in El Salvador – welche die UNO im Dezember 1981 befürwortete – nicht einfach ausschlagen. Am 2. Februar d.J. aber erklärte A. Haig für die Reagan-Administration in Washington ihr kategorisches Nein zum Verhandlungsangebot der FMLN. Die US-Regierung setzt weiter auf eine militärische Lösung in El Salvador, der sie mit der bevorstehenden Wahlfarce vom 28. März 1982 zu einer Verfassungsgebenden Versammlung ein „demokratisches Mäntelchen“ umhängen möchte.



Gespräch mit Joaquin Villalobos

Morazán – ein Reifall für die Juntatruppen

FRAGE: Vor kurzem hat das salvadorianische Heer eine seiner längsten und am besten vorbereiteten Offensiven beendet, die diesmal gegen die Provinz Morazán gerichtet war. Welche Bedeutung hat diese Offensive in der Strategie der Junta?

J. VILLALOBOS: Der Ausgangspunkt ist folgender: Das Regierungsheer hat mit seiner ersten Strategie, die etwa von Januar bis Juli/August 1981 gegolten hat, eine vernichtende Niederlage eingesteckt.

Ihr Plan war es, die Guerilla möglichst schnell zu schlagen oder doch wenigstens entscheidend zu schwächen, um ein geeignetes Klima für die Wahlen zu schaffen. Dies sollte etwa im vergangenen Oktober erreicht sein. Doch statt die Guerilla zu vernichten, trat der umgekehrte Fall ein: Die FMLN konnte ihre Stellung verbessern. Daraufhin entsandte das Pentagon 6 seiner besten Strategen, die den Plan der Aufstandsbekämpfung überarbeiten sollten. Das war im September und Oktober 1981. Die neue Strategie sah vor, das Heer besser auf die Zusammenstöße mit der FMLN abzustimmen und es zu vergrößern.

FRAGE: Das heißt, das salvadorianische Heer hat keine qualitativen Probleme, sondern ist lediglich zu klein?

J. VILLALOBOS: Sowohl als auch. Das Hauptproblem für die Junta besteht darin, daß die FMLN den Vorteil hat, von der Bevölkerung unterstützt zu werden. Das ist keine Rhetorik, sondern Tatsache und drückt sich in der Existenz von 9 verschiedenen Kräftekonzentrationen aus, die die FMLN über das ganze Land verteilt hat.

Das macht es dem Heer unmöglich, zur selben Zeit mehrere Angriffe gegen verschiedene Stützpunkte zu starten. Dazu ist es zu klein.

FRAGE: Wodurch drückt sich das aus?

J. VILLALOBOS: Noch im August (1981; d. Red.) gab es eine Offensive, die 20 Tage dauerte und die die Vernichtung der Guerilla zum Ziel hatte. Inzwischen dauern die Offensiven nur noch eine Woche und ihr Hauptziel ist es, unsere Logistik zu schwächen.

FRAGE: Sie wollen damit sagen, daß dies auch die Logik der Offensive in Morazán war? Es drehte sich nicht um die Vernichtung der Guerilla?

J. VILLALOBOS: Moment, Moment... Morazán ist ein Sonderfall, denn dort ist Radio Venceremos stationiert. Von September an begannen die Streitkräfte eine Serie von Offensiven, die allesamt nur sehr kurz dauerten, gegen die verschiedenen Fronten. Die Idee war, zu zermürben und nicht, zu vernichten. Denn für einen Vernichtungsschlag auf diesem Gelände braucht man sehr viel mehr, als 4.000 oder 5.000 Soldaten.

Das zentrale Ziel bei der Offensive gegen Morazán war Radio Venceremos und man wollte durch die Angriffe gegen die anderen Provinzen Morazán die Unterstützung von diesen Fronten entziehen.

FRAGE: Bedeutet das, daß die Streitkräfte eine klare Vorstellung von der strategischen Bedeutung von Morazán haben?

J. VILLALOBOS: Genau. Die Militärs messen den kontrol-

Unser Ziel 1981/82: Tausend neue Abonnenten!

Mitte 1981 steckten wir uns das Ziel, binnen eines Jahres 1.000 neue Abonnenten für das AIB zu gewinnen. Nach Ablauf eines halben Jahres ist es Zeit für eine Zwischenbilanz dieser Aktion.

Anfang Januar 1982 überschritt nun die Zahl der Neuabonnenten die 400er-Grenze – ein Halbzeitergebnis, mit dem wir natürlich nicht ganz zufrieden sein können, das aber auch kein Anlaß zum Defätismus zu sein braucht. Wir meinen: Mit verstärkten Anstrengungen, vor allem mit der Unterstützung unserer Leser, können wir das 1.000er-Ziel bis Mitte dieses Jahres schaffen! Wir stellen deshalb Lesern, die etwas fürs AIB tun wollen, das unten links abgebildete Werbeflugblatt kostenlos zur Verfügung. Wir möchten insbesondere anregen, dieses Material bei Veranstaltungen der Friedens- und Solidaritätsbewegung massenhaft zu verteilen. Auch Probeexemplare stellen wir auf Anfrage kostenlos zur Verfügung.

Appell an unsere Leser: Helft mit – werbt neue AIB-Abonnenten!

Wir wissen: Ohne die tatkräftige Mithilfe unserer Leser werden wir dieses hochgesteckte Ziel nicht erreichen können. Denn wir verfügen weder über einen umfangreichen Werbeetat noch über einen Stamm finanzkräftiger Inserenten. Auch einen kostspieligen Vertrieb über die kommerziellen Kiosketze könnten wir uns nicht leisten, ohne den Verkaufspreis drastisch zu erhöhen. Deshalb unser Appell: Helft mit! Verbreitet das AIB in Eurem Bekanntenkreis! Bringt das AIB bei Aktionen im Freiverkauf unter die Leute! Werbt neue Abonnenten für das AIB!

Es lohnt sich, neue AIB-Abonnenten zu werben

Gleichzeitig läuft unsere Aktion „Abonnenten werben Abonnenten“ weiter, und zwar mit erheblich erweitertem Buch- und Schallplattenangebot. Das heißt: Jedem AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, stellen wir kostenlos eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl zur Verfügung. Er muß nur selbst AIB-Abonnent sein; und der neue Abonnent muß das Abo bezahlen oder einfach die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt haben.



Unser Angebot: Gratishefte für Neuabonnenten!

Ab sofort erhält jeder, der das AIB für mindestens ein Jahr abonniert, unser Sonderheft 1/1981 „Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf“ zur Berliner Konferenz gratis. Damit spart er 4 DM! Das Sonderheft gibt anhand von Originalbeiträgen einen zusammenhängenden Überblick über die Positionen nationaler Befreiungsbewegungen und revolutionärer Parteien in Entwicklungsländern.

Für einen Abonnenten:

Ernesto Cardenal
Die Stunde Null
2. Auflage, 400 Seiten, Peter Hammer 1981

Autorenkollektiv
AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden
Band 1 oder 2
372 bzw. 297 Seiten
Pahl-Rugenstein Verlag 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan
Die Türkei – Republik unter Wölfen
240 Seiten, Lamuv Verlag 1981



Eduardo Galeano
Die offenen Adern Lateinamerikas.
Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten,
Peter Hammer Verlag 1981

Plácido Erdozaín
San Romero de America.
Das Volk hat dich heilig gesprochen.
Die Geschichte des Bischofs von San Salvador
122 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981



- Ich bestelle... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1982 zu Reagan (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- Ich bestelle... Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/1981 zu Südafrika (Preis 2,- DM zuzügl. Porto)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz (Preis 4,- DM)
- ...Exemplar(e) AIB-Sonderheft 2/80 zur Türkei (2,-)
- Ich abonniere das AIB ab Nr.... bis auf Widerruf*
- Ich bestelle AIB Nr....
- Ich möchte Probeexemplare und Register (Jahr:...)

Vorname, Name

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 53390000).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr. BLZ

*Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost: Europa 35,- DM, übrige Länder 50,- DM; Förderabos (50,- DM oder mehr): ...DM. Kündigungen frühestens nach 1 Jahr, Kündigungsfrist 2 Monate



Für zwei Abonnenten:

Autorenkollektiv

Länder der Erde.

Politisch-ökonomisches Handbuch

7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein
1981

Peter Krieg

Der Mensch stirbt nicht am Brot allein

Lesebuch zum Film „Septemberweizen“

192 Seiten, Großformat, Peter Hammer
1981

Lutz Görner spricht Nâzim Hikmet

Ich liebe mein Land

30-cm-LP, Verlag Pläne 1981

Quilapayun

UMBRAL

30-cm-LP, Verlag Pläne

Bitte mit
Postkartensporto
freimachen

Ich habe als neuen AIB-Abonnenten erworben:

Name:
Adresse:
Mein Name:
Meine Adresse:
Mein Prämienvunsch:

- Der neue Abonnent hat die umseitige Abbuchungsvollmacht ausgefüllt.
 Der neue Abonnent überweist den Abobetrag selbstständig auf eines der AIB-Weltkreis-Verlags-Konten (Prämienzusendung erfolgt nach der Überweisung).

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

Name

Adresse

An

AIB – Weltkreis-Verlag

Liebigstr. 46

3550 Marburg

James Madhlope Phillips/Bremer Chor Die
Zeitgenossen,
Bongi Makeba, Jabula
Konzert für Soweto
30-cm-Doppel-LP
UN-Centre against Apartheid/Pläne 1981

Ernesto Cardenal
Unser Land mit den Menschen
die wir lieben
Gedichte. Mit Bildern aus
Solentiname und dem neuen Nicaragua
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

Hannes Stütz/Dieter Süverkrüp
Kuba, Vom Zuckerrohr zur Zukunft
144 Seiten, reich illustriert
Weltkreis 1978

Miriam Makeba



Rettet das Leben der „Sasol 3“ und der „Pretoria 3“!

Ich protestiere gegen die Todesurteile, die gegen die Freiheitskämpfer des African National Congress (ANC), Anthony Tsotsobe, David Moise, Johannes Shabangu, Naphtali Manana, Johnson Lubisi und Petrus Mashigo vom südafrikanischen Rassistenregime verhängt worden sind.

Ich fordere, sie als Kriegsgefangene entsprechend der Genfer Konvention zu behandeln! Stop den Justizmorden an südafrikanischen Kriegsgefangenen! Freiheit für Nelson Mandela und alle anderen politischen Gefangenen!

Ich fordere die Bundesregierung auf, in diesem Sinne in Pretoria zu intervenieren!

Unterschrift



**ASK-Postkartenaktion
zu Südafrika**

ASK-Postkartenaktion zu Südafrika

Stoppt die Apartheidmorde!

Unbeeindruckt von den weltweiten Protesten, die sich gegen die Todesurteile für drei Kämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), N. Lubisi, N. Manana und P. Mashigo vom November 1980 gewandt hatten, fällte ein Rassistengericht im November 1981 erneut drei Todesurteile gegen Freiheitskämpfer. David Moise, Johannes Shabangu und Anthony Tsotsobe waren angeklagt des „Hochverrats“ und verschiedener Punkte des „Terrorismus-Gesetzes“. Zur Last gelegt wurden ihnen die Mitgliedschaft im ANC und die angebliche Beteiligung an drei Anschlägen des ANC: auf die SASOL-Kohleverflüssigungsanlage im Juni 1980 sowie auf die Booyens-Polizeistation und eine Bahnhofsanlage. Unter Foltern erpreßte Aussagen wurden vom Rassistentribunal als gerichtsverwertbar zugelassen – das Urteil stand von vornherein fest. Alle sechs Verurteilten sind akut bedroht.

Die Völkergemeinschaft bezeichnete bereits 1973 das Apartheid-System als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Kampf gegen dieses System mit allen Mitteln ist gerecht! Die Bundesregierung hingegen weigert sich bis heute, hieraus eindeutige Konsequenzen zu ziehen. Auf ein Anfrage hin, was sie im Falle der zum Tode Verurteilten zu tun gedenke, antwortete das Auswärtige Amt, man werde die Situation in Südafrika „weiterhin beobachten“. Solche Lauheit hatte schon einmal dazu geführt, daß die Bundesregierung erst in letzter Minute gegen die Vollstreckung von Todesurteilen gegen ANC-Kämpfer in Pretoria intervenierte – zu spät.

Die Bundesregierung muß gezwungen werden, bei der südafrikanischen Regierung dahingehend vorstellig zu werden, daß diese den gefangenen Freiheitskämpfern, die vom Tode bedroht sind, den Kriegsgefangenenstatus gemäß der Genfer Konvention von 1977 zuerkennt! Alle AIB-Leser sind deshalb aufgerufen, die untere Postkarte an Bundeskanzler Schmidt zu schicken!

Bitte
freimachen

Postkarte

**Bundeskanzler
Helmut Schmidt
Bundeskanzleramt**

5300 Bonn

Absender:

.....
.....
.....
.....

Jan Metzger/Martin Orth/Chr. Sterzing
**Das ist unser Land – Westbank und
 Gazastreifen unter israelischer Besatzung**
 320 Seiten, Lamuv 1980

Hermann Kohn
 El Salvador/Nicaragua.
Aufstand im US-Hinterhof
 191 Seiten, Weltkreis Verlag 1981

Peter Schütt
 Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.
 Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?
 264 Seiten, Weltkreis 1981

Ernesto Cardenal
 In Kuba. Bericht von einer Reise
 388 Seiten, Peter Hammer 1980

Wolfram Bröner
 Afghanistan.
 Revolution und Konterrevolution
 290 Seiten, Verlag Marxistische Blätter 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)
 Befreiungsbewegungen in Afrika.
 Politische Programme, Grundsätze und
 Ziele von 1945 bis zur Gegenwart
 532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

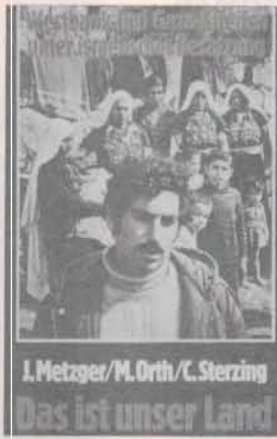
Sergio Ramirez
 Vom Vergnügen des Präsidenten.
 Erzählungen aus Nicaragua
 141 Seiten, Peter Hammer 1981

ASF (Hrsg.)
 Keine neuen Atomwaffen in der Bundesrepublik.
 Aktionshandbuch 3
 192 Seiten, Lamuv 1982

Frederik Vahle
 Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt
 240 Seiten, Lamuv 1981

Karl-Klaus Rabe (Hrsg.)
 Vier Minuten vor Mitternacht.
 Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn
 160 Seiten, Lamuv 1981

Antonio Skármeta
 Der Aufstand
 218 Seiten, Peter Hammer 1981



Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer
 Namibia. Kolonialzeit, Widerstand und
 Befreiungskampf heute
 219 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler
 Südafrika.
 Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf
 160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Lore Schultz-Wild
 Die zweite Befreiung.
 Alphabetisierung in Nicaragua
 Mit einem Vorwort von Fernando Cardenal
 204 Seiten, Jugenddienst-Verlag 1981

Sergio Ramirez
 Viva Sandino! Leben und Tod des
 ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
 157 Seiten, Peter Hammer 1981

MALIBONGWE.
 Freiheitsgedichte südafrikanischer Frauen
 176 Seiten, Weltkreis 1980

Michael Opperskalski
 Gott ändert nichts...
 Iran gestern und heute
 236 Seiten, Weltkreis 1980

Brigitta Benzing/Kahsai Wolde-Giorgis
 Das neue Äthiopien.
 Vom Kaiserreich zur Revolution
 196 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Prosper Kivouyou
 Angola. Vom Königreich Kongo zur
 Volksrepublik
 272 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Ein Vierteljahrhundert mit Allende.
 Erinnerungen seines Privatsekretärs
 429 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Giesenfeld
 Vietnam – Laos – Kampuchea
 240 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Günter Amendt
 Das Sexbuch
 249 Seiten, Weltkreis 1979

ASF/AGDF (Hrsg.)
 Bonn 10.10.81
 Friedensdemonstration für Abrüstung
 und Entspannung in Europa – Reden, Fotos...
 224 Seiten, Lamuv 1981



Fortsetzung von S. 21

lierten Zonen im Grenzgebiet eine strategische Bedeutung zu: Chalatenango, Cabañas und Morazán. Und Morazán hat wegen der Existenz von Radio Venceremos noch einmal eine besondere Bedeutung.

FRAGE: Radio Venceremos hat zwei Wochen lang nicht gesendet. Gelang seine Zerstörung?

J. VILLALOBOS: Nein. Die Erklärungen des Oberst Garcia haben sich als Lügen herausgestellt.

FRAGE: Warum haben sie dann die Sendungen für eine Zeit ausgesetzt?

J. VILLALOBOS: Das hat mit der Taktik des Heeres zu tun, die es in Morazán angewendet hat und mit unserer Taktik, womit wir die Operation der Militärs zum Scheitern verurteilten.

Die Analyse der Militärs ging davon aus, daß die FMLN in Morazán feste Positionen habe, die sie auch in einem Stellungskrieg verteidigen würde. Also planten sie, mit schnell beweglichen Truppen und starker Feuerkraft die Guerilla-Positionen zu überfallen und so in das Zentrum zu gelangen, wo sie den Sender vermuteten. Es ist ihnen zwar gelungen, in unser Zentrum vorzustoßen, aber wir waren nicht mehr da.

FRAGE: Warum glauben Sie, war das ihr Plan?

J. VILLALOBOS: Sie wissen, daß wir in Morazán eine komplette Struktur aufgebaut haben. Wir haben dort den Sender, Kliniken, Schulen, Produktionsanlagen, all das, was wir Volksmacht nennen.

Sie wissen, daß wir dort etwas zu verteidigen haben. Und sie haben die Erfahrungen von den vorangegangenen Offensiven, bei denen sie gescheitert sind. Deswegen der neue Plan. Allerdings ging diese Operation auch schief, denn wir haben ebenfalls die Taktik gewechselt: Es blieb uns genügend Zeit, den Sender abzubauen und in Sicherheit zu bringen und wir griffen dann in kleinen Einheiten die Regierungstruppen an, um sie aufzuhalten und zu zerstreuen.

In diesem Zusammenhang muß man die vorübergehende Einstellung unserer Sendungen sehen. Es war einfach eine Frage der Mobilität und des Schutzes.

FRAGE: Sie haben gesagt, daß man die Operation gegen Morazán im Zusammenhang der Gesamtstrategie der Junta betrachten muß. Wie sähe in diesem Sinne eine Bilanz aus?

J. VILLALOBOS: Die Niederlage des Heeres in Morazán bedeutet eine Niederlage ihres gesamten Planes. Das strategische Ziel der Militärs war es, die FMLN in ihren Rückzugsgebieten zu schlagen und den Radiosender zu vernichten. Das ist ihnen nicht gelungen.

Die Tatsache, daß in demselben Moment der Morazán-Operation die revolutionäre Bewegung die militärische Initiative ergriffen hat und Aktionen auf nationaler Ebene begann, ist bezeichnend genug.

Die Initiative haben nicht die Militärs

FRAGE: Sie beziehen sich jetzt auf die Gegenoffensive in San Miguel und Usulután?

J. VILLALOBOS: Nicht nur. Es gab auch bedeutende Aktionen an der Westfront, wo wir 11 Hochspannungsmaste gesprengt haben und verschiedene Sabotagen durchführten. Auf den wichtigen Straßen legten wir dem Feind 4 Hinterhalte. Das hat es zuvor nicht gegeben, denn diese Zone galt immer als Bastion der Militärs.

Auch die Guerilla in Cabañas beteiligte sich an der Gegenoffensive. Alle Fronten des Landes trugen dazu bei, daß Morazán ein Reinfeld für das Heer wurde.

FRAGE: Können sie diese Darstellung mit Daten belegen?

J. VILLALOBOS: Natürlich. Die Daten, die wir bislang zusammengetragen haben, sind folgende: In den Städten ha-



Nationalgardisten nach der Rückeroberung der Stadt San Lorenzo

ben wir 30 Kriegswaffen erbeutet, was viel ist, denn das ist militäreigenes Gebiet.

Das Telefonsystem in San Salvador ist zu 50% zerstört. Im ganzen Land sind 40 Hochspannungsmaste gesprengt. In drei Wochen erlitt der Feind 150 Verluste, unter ihnen 2 tote Offiziere.

FRAGE: Kann man sagen, daß die militärische Initiative auf Seiten der Aufständischen liegt?

J. VILLALOBOS: Ja, das ist richtig.

FRAGE: Aber es gab auch eine defensive Phase?

J. VILLALOBOS: Ja, vor der Junta-Offensive erschienen wir völlig in der Defensive. Das war auch so beabsichtigt. Aber seit Juli-August (1981; d. Red.) ist die Initiative bei uns.

Eine Weile sah es so aus, als sei sie von den Militärs zurückerobert worden, aber spätestens seit ihres Versuchs einer Offensive in Morazán ist deutlich geworden, daß dem nicht so ist. Wir haben unsere Fähigkeit vorgeführt, die Aktivitäten aller Fronten zu koordinieren, und sind damit in ein neues Stadium des Krieges getreten.

FRAGE: Das alles bezieht sich aber nur auf das Land. In den Städten sieht es doch anders aus?

J. VILLALOBOS: Auch diesbezüglich hat die FMLN einen bedeutsamen Fortschritt gemacht, der sich in verstärkten städtischen Aktivitäten ausdrückt. Genau zu dem Zeitpunkt, zu welchem der Feind unsere völlige Vernichtung geplant



FMLN-Guerilleras beim Appell

hatte, haben wir die Kämpfe in den strategisch wichtigen Städten San Salvador, Santa Ana, San Miguel und Usulután aufgenommen.

FRAGE: Haben diese städtischen Aktionen eher den Charakter eines Aufstands, oder handelt es sich um genau geplante Militärkommandos?

J. VILLALOBOS: Es sind eher militärische Aktionen. Aber ihr Ziel ist es, den Aufstand vorzubereiten und unsere Einheiten zu schulen. Denn wir müssen lernen, unsere Kriegsmethoden den städtischen Bedingungen anzupassen.

FRAGE: Kann man sagen, daß die FMLN durch die Entwicklung des Krieges auf dem Lande den Kontakt zur Bevölkerung in den Städten verloren hat und nun dabei ist, ihn wiederherzustellen?

J. VILLALOBOS: Die Frage berührt einen wichtigen strategischen Punkt. Der Schlüssel einer jeden revolutionären Bewegung ist die Frage der Unterstützung durch die Bevölkerung. Ohne die Hilfe der Bevölkerung gibt es kein strategisches Rückzugsfeld und ohne Rückzugsgebiet gibt es kein Wachstum der militärischen Kräfte.

Das Problem zwischen Januar und Juli (1981; d. Red.) ist gewesen, die politische Unterstützung des Volkes in einen militärischen Faktor umzumünzen. Das Problem des Regierungsheeres besteht darin, daß die revolutionäre Bewegung eine geschickte Militärstrategie entwickelt hat. Aber der

wichtigste Faktor ist der der Bevölkerungsunterstützung. Das ist auch ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal von den Guerillabewegungen der 60er Jahre in Bolivien, Argentinien und Venezuela, wo es nie mehr als 3 oder 4 Fronten gab, wohingegen es in dem kleinen Land El Salvador 9 kontrollierte Gebiete gibt. Die Erklärung dafür liegt nicht in der Topographie oder in der Art der Bewaffnung, sondern in dem möglichen revolutionären Potential und in der Unterstützung seitens der Bevölkerung.

FRAGE: Das heißt, daß sich ein großer Teil der Massenbewegung seit Januar (1981; d. Red.) in militärische und logistische Strukturen verwandelt hat?

Wahlen sind kein Ausweg

J. VILLALOBOS: Es gibt eine Veränderung in der Form des Kampfes. Etwa von Oktober 1979 bis Ende 1980 drückte sich die revolutionäre Bewegung durch traditionelle Formen aus. In den Volkskämpfen gab es keine Unterbrechung, doch einen spürbaren Rückgang in den Städten. Dadurch, daß eine klare militärische Konfrontation entstand, konnten die Gebiete, in denen der Feind sitzt, besser kontrolliert werden und die Bevölkerung hatte weniger Ausdrucksmöglichkeiten.

Ein Jahr danach beginnt die FMLN, erneut in den direkten Kontakt mit der städtischen Bevölkerung zu treten.

FRAGE: Heißt das, daß die Bewegung der städtischen Bevölkerung nicht notwendigerweise ihre traditionellen Organisationen wiederaufbauen muß?

J. VILLALOBOS: Der Feind hat Bedingungen geschaffen, die Demonstrationen beispielsweise nicht mehr erlauben. Wenn wir von der Phase des Aufstands sprechen, meinen wir nicht, daß man zur Zeit der Demonstrationen zurückkehren müsse. Wir müssen es der städtischen Bevölkerung ermöglichen, an den militärischen Aktionen teilzunehmen.

FRAGE: Aber Sie haben gesagt, daß der Aufstand in der Stadt noch nicht auf der Tagesordnung steht...

J. VILLALOBOS: Das ist richtig, aber selbst der Feind anerkennt, daß beispielsweise im Fall von Usulután die Bevölkerung den hungrigen Guerilleros, die die Stadt über 15 Stunden lang besetzt hatten, zu Essen gegeben hat. Im Fall von San Salvador spricht er davon, daß die Bevölkerung beim Bau von Barrikaden mitgeholfen hat.

Dies sind die neuen Formen und die Bevölkerung beginnt die direkte Präsenz in ihrer Region zu spüren, und dies gibt ihr Vertrauen in den Sieg. (...)

FRAGE: Das zur Zeit am meisten diskutierte politische Thema sind die Wahlen in El Salvador. Über ihre politisch-diplomatische Kommission hat die FMLN/FDR erklärt: „Die revolutionären Kräfte werden die Farce der Wahl politisch und militärisch zu Fall bringen.“ Daraus ergeben sich einige Fragen. Warum werden die Wahlen seitens der FMLN/FDR als Farce betrachtet?

J. VILLALOBOS: Unter den aktuellen Bedingungen ist es einfach nicht möglich, den „Ausweg durch Wahlen“, wie er verschiedentlich genannt wurde, als wahrhaftige politische Lösung anzusehen. Es handelt sich um nichts anderes als um ein Deckmäntelchen für die militärische Lösung.

Der Friede wird durch die Wahlen nicht kommen. Die FMLN/FDR akzeptiert die Bedingungen, unter denen die Wahlen durchgeführt werden, nicht. Und ohne die Beteiligung des entscheidenden Faktors FMLN wird der Friede nicht einkehren. In einem Kommuniqué haben wir erklärt: Wir werden vor, während und nach den Wahlen weiterkämpfen. (...)

(Quelle: SALPRESS. Boletín Semanal, Mexiko-Stadt, Nr. 9/20.12.1981-2.1.1981 und Nr. 10/3.-9.1.1982)

Zahlreiche Aktionen der guatemaltekischen Guerilla ließen zur Jahreswende 1981/82 vor allem das Guerillaheer der Armen (EGP) in das Blickfeld rücken. So besetzten Einheiten der EGP für mehrere Stunden die 33 km südlich der Hauptstadt gelegene Ortschaft Palín. Auch gelang es der EGP ihren Mitkämpfer Emeterio Toj Medrano, Gründungsmitglied der 1978 entstandenen Bauerngewerkschaft CUC aus den Kerkern der Lucas-Diktatur zu befreien. Fünf Radiostationen, die gleichzeitig von den oppositionellen Kräften besetzt wurden, strahlten den nachstehenden Bericht E.T. Medranos über seine Verschleppung und seine Erfahrung in Haft aus.

Die Schilderungen des Bauernführers kennzeichnen das politische Klima Guatemalas am Vorabend der für den 7. März d.J. anberaumten Präsidentschaftswahlen. Mit den unter dem Druck Washingtons angesetzten Wahlen soll das diskreditierte Lucas-Regime durch eine Regierung abgelöst werden, die sich seitens der Reagan-Administration und der einheimischen Oligarchie als „demokratisch legitimiert“ vorzeigen ließe. Als Kandidat der regimeträgenden Kräfte und Favorit gilt der frühere Verteidigungsminister, Brigadegeneral Anibál Guevara. Die ausgesperrten Linkskräfte Guatemalas klagen die Wahlen als Farce an.

Erklärung von Emeterio Toj Medrano

Der Feind ist nicht unbesiegbar



Kämpfer des Guerillaheeres der Armen (EGP), das Mitte Februar d. J. mit den anderen revolutionären Organisationen ORPA, FAR und PGT ein gemeinsames militärisches Oberkommando bildete

„Ich, Emeterio Toj Medrano, Mitglied des Guerillaheeres der Armen (EGP), informiere mein geliebtes und unbezwingbares Volk von Guatemala, alle, Indianer und Ladinos, darüber, daß meine Flucht am 26. November 81 um 5 Uhr nachmittags mit Hilfe meiner Compañeros (Genossen; d. Red.) vom EGP gelang. Ich konnte aus dem Gefängnis Justo Rufino Barrios, Guatemala-Stadt, fliehen ..., da wir die Zeit ausnutzen konnten, in der die Armee die völkermörderische Offensive gegen die indianischen Dörfer im Westen des Landes führte, eine Offensive, für die sie alle verfügbaren Truppen mobilisieren. So blieb nur eine kleine Abordnung Soldaten in dem Gefängnis...“

E. Toj Medrano beschreibt ausführlich wie er auf bestialischste Weise geschlagen und gefoltert wurde. Man brachte ihn in verschiedene Militärlager z.B. nach Huehuetenango, wo er u.a. 13 Tage ohne Essen, Trinken und unter Schlafentzug festgehalten wurde. Neben der physischen Folter drohte man ihm ständig mit der Ermordung seiner Frau und seiner fünf jüngsten Kinder, außerdem mit der Bombardierung all

der Dörfer, in denen er gearbeitet hatte. Man injizierte ihm Drogen und führte ihn einem psychologisch geschulten Folterspezialisten der Luftwaffe in der Hauptstadt vor, ohne daß er, wie bisher, nähere Informationen über den Widerstand verriet.

Anfang August brachten ihn Typen vom G-2 (Spezialtruppe der Armee) und Nationalpolizisten nach El Quiché, wo er direkt Leute denunzieren sollte. Am 4. August wurde er Zeuge eines Mordes an mehreren Menschen auf einem Gefangenentransport. Aus dem Militärlager, wo er gefangen gehalten wurde, zogen die Soldaten in Zivil los, um die Bevölkerung zu terrorisieren und zu ermorden. Die Militärs verlangten von Toj Medrano, sich von den revolutionären Organisationen zu distanzieren und sie stellten ihn einigen US-Senatoren als Deserteur der EGP vor.

Am 22. Oktober wurde dann die berühmte Pressekonferenz mit Pseudojournalisten und vorgefertigten Fragen und Antworten abgehalten.

„Am 5. November brachten sie mich nach Santiago Atitlán, wo man die Gruppe 'Asociación de la Radio Atitlán' und andere Leute aus der Region unter vorgehaltenen Maschinengewehren dazu zwang, zuzugeben, daß die Evangelisierungs- und Bildungsarbeit des Radiosenders subversiv sei. Im Militärlager in Santiago Atitlán werfen sie die Gefangenen in große Erdlöcher, wo sie sie langsam ermorden...

Am Mittwoch, einen Tag vor meiner Flucht mußte ich, von einem Hubschrauber aus, die Bevölkerung einiger Kantone von Chichicastenango dazu auffordern, sich beim Militärstützpunkt von Chupol zu melden, wo sie eine Falle bereithielten, um die Bevölkerung zu massakrieren. Sie zwangen mich außerdem, eine Aufnahme für das Radio Triunfadora von Chimaltenango zu machen. Wie immer in so einem Fall gaben sie mir den Inhalt meiner Rede vorher schriftlich.

Das Volk weiß es bereits, aber es lohnt sich, noch einmal zu betonen, daß die Leute, die zu den Versammlungen der Armee der Reichen gehen, unter Maschinengewehren dazu gezwungen worden sind; wer nicht hingehet, wird von der Armee entführt. Die Soldaten kleiden sich dabei in Zivil, um die Leute zu verwirren. Sie handeln vornehmlich in der Nacht. Die Opfer findet man später verstümmelt und verbrannt an Straßen und Wegen...

Die Hauptverantwortlichen des Völkermordes, den die Armee in diesen Momenten in Chimaltenango und Quiché begeht, sind: An erster Stelle General Benedicto Lucas García, Chef des Generalstabs, der persönlich ganze Familien in Chitol von seinem blau-weißen Hubschrauber aus erschossen hat, natürlich nur aus großer Höhe auf die ungeschützte Zivilbevölkerung. Zu Lande traut man sich nicht, denn sie haben große Angst vor den Fallen, die unsere Bevölkerung im revolutionären Kampf schaffen.

Fallen für die Soldateska

Als nächster ist zu nennen: Coronel Lima, Chef der S-2, Militärstützpunkt Chupol. Er befiehlt das Militär, das sich in Chupol und Umgebung befindet und von dem der Terror ausgeht, von dem planmäßig die ärmlichen Häuser der Bevölkerung abgebrannt werden, damit die Journalisten Fotos machen können und um später der Guerilla dafür die Schuld zu geben. Die mörderische Armee raubt den Leuten die Ernte, ... das schwöre ich, denn ich habe es mit eigenen Augen gesehen.

Fast alle höheren und niederen Offiziere der G-2 sind die Führer des Völkermordes, der sich im Augenblick in Chimaltenango und El Quiché ereignet. Die oberste Kommandozentrale für die Ausrottungsoperationen in der Region befindet sich in der Alamenda von Chimaltenango...

Ich bin Zeuge und kann meinem Volk und der Welt beschwören, daß die kriminelle Armee der Brüder Lucas García kleine Kinder raubt, von den Müttern entreißt, um damit die Väter und jungen Männer in die Militärlager zu zwingen. In der Kommandozentrale in la Alamenda habe ich mit eigenen Augen eine Gruppe dieser unglücklichen Kinder gesehen...

Es genügt zu sagen, wie ich von den Soldaten des Hauptquartiers hörte, daß allein bei einer Gelegenheit die Armee 19 Gefallene hatte, davon ein Offizier. Sie fielen in einer der Fallen, von denen es tausende gibt. Diese Fallen, die an Häusereingängen als auch auf den Feldern angelegt werden, bestehen aus riesigen Löchern mit riesigen angespitzten Pfählen in der Tiefe, deren Öffnungen mit Lianen und Erde bedeckt sind; d. Red.). Wenn sie solche Angst vor den einfachen Fallen (der Bauern) haben, braucht man gar nicht erst von den Guerilla-Angriffen sprechen. Das Militär ist verzweifelt angesichts des festen und bestimmten Willens des

Stärkezuwachs der Guerilla

Ein baldiges Ende der Guerillaaktivitäten kündigten die Militärs in Guatemala an, nachdem sie im November 1981 unter Leitung des Präsidentenbruders General Benedicto Lucas García einen der bisher größten Antiguerillaeinsätze durchgeführt hatten. Panzerfahrzeuge, Hubschrauber und mehrere Tausend Soldaten durchkämmten die Gebiete Huehuetenango, Sololá, El Quiché und Chimaltenango.

An Qualität gewann die Guerillabekämpfung in den letzten Monaten besonders durch die Unterstützung argentinischer Militärberater. Hierzu zählt auch die Entführung und Gehirnwäsche des Jesuitenpaters und Guerilla-Mitgliedes Luis Eduardo Pellecer, nach dessen Denunziation das Informationsnetz der Revolutionären Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA) und der Volksfront des 31. Januar (FP-31) auf mittlerer Ebene in der Hauptstadt fast zerstört wurde.

Trotz dieser Erschwernisse konnten die vier Guerillaorganisationen, die seit dem Zustandekommen ihrer revolutionären Koordination Ende 1980 verstärkt gemeinsame Aktivitäten unternehmen, ihre Basis weiter ausbauen (zur guatemaltekischen Guerilla siehe AIB 4/1981). Im Herbst 1981 führten sie in Guatemala-Stadt eine Reihe gemeinsamer Propagandaaktionen und Anschläge auf Polizeistationen, Regierungsgebäude und Banken durch. Überdies starteten sie Offensiven in den drei Provinzstädten Sololá, Mazatenango und Escuintla.

Zum Jahresanfang 1982 nahm die Guerilla in der Provinz Quiché die Stadt Cunén und die Ortschaft Palin, nahe der Hauptstadt, ein. Die meisten dieser Aktionen werden vom Guerillaheer der Armen (EGP) unternommen. Regierungsergütete, die nach einem Gefecht bei San Marcos von einer Zerschlagung der ORPA sprachen, wurden wenige Tage später widerlegt, als die ORPA die Stadt Ostuncalco, nahe der zweitgrößten Stadt und dem Hauptmilitärlager des Landes, Quetzaltenango, mehrere Stunden lang besetzt hielt. Auch kontrolliert die Guerilla in vielen Provinzen das Straßennetz. Armeekonvois wurden angegriffen und als Zivilfahrzeuge getarnte Militärtransporte zerstört.

Die Stärke der Guerilla führt unter den Regierungstruppen zu einer wachsenden Demoralisierung. Ein Teil des Militärs bevorzugt, direkten Konfrontationen aus dem Wege zu gehen und in den Städten zu bleiben. Der einflußreichere Flügel spricht sich für den Weg der „verbrannten Erde“ aus. Dies beweisen die immer grausamer werdenden Antiguerillaeinsätze und die Pläne, Zivilisten in Baja Verapaz in Zusammenarbeit mit den Militärs zu bewaffnen, um die indianische Bevölkerung an einer Unterstützung der Guerillaorganisationen zu hindern.

Desweiteren plant das Lucas-Regime eine verstärkte Bombardierung aufstandsverdächtiger Gebiete sowie die Rekrutierung pensionierter Offiziere, die vor allem in den 60er Jahren Erfahrung im Antiguerillakampf gesammelt haben.

Volkes, das die Kämpfer der Guerilla unterstützt...

Der Feind ist nicht unbesiegbar, und als ein Beweis unter vielen anderen haben wir meine eigene Flucht...

Ich rufe das arme und unterdrückte Volk von Guatemala auf, sich weiter dem von Tag zu Tag wachsenden revolutionären Kampf anzuschließen. Ich mache diesen Aufruf, damit wir jeden Tag mehr und aktiver an diesem unserem Krieg teilnehmen, um uns so dem Tag des Sieges zu nähern... Die verfälschten Wahlen werden nur unsere Probleme erschweren und bedeuten nichts anderes als eine Verlängerung unseres Leidens...

Wir, die Armen und die Nachfahren der alten Maya, fordern die Solidarität der anderen Völker in unserem gerechten Kampf. Das vergossene Blut von tausenden unserer besten Brüder und der tägliche Wille zu kämpfen und zu siegen, gibt uns das Recht diese Solidarität zu fordern. Wir sind sicher, daß sie in der Form erwidert wird, wie wir sie benötigen.

Schließlich bekräftige ich noch einmal meine revolutionäre Verpflichtung vor meinem Volk, vor unseren Nachbarvölkern, die ebenfalls für ihre Befreiung kämpfen und vor allen anderen Völkern der Welt... "Hasta la victoria siempre! Venceremos!!!"

(Quelle: IDES, Westberlin, Nr. 67/15.1.1982)

Hans Mayer

Zwei Jahre Unabhängigkeit – eine Bilanz



Arbeitslose in Harares Innenstadt – auf Jahre ein soziales Problem

Die Statue des weißen Eroberers Cecil Rhodes im Zentrum der gerade umgetauften Hauptstadt Harare (vormals Salisbury) wurde demontiert. David Livingstone gilt nicht mehr als Entdecker der Viktoria-Wasserfälle am Sambesi. Er hat sie nur gesehen, heißt es heute im offiziellen Sprachgebrauch.

Schenkt man andererseits einzelnen Reiseberichten Glauben, so kniet das schwarze Hausmädchen noch immer allabendlich vor der weißen „Herrin“ nieder, bevor es die Villa in den Vororten Harares verläßt.¹ Hinter den Kulissen hätte sich demnach wenig verändert.

Als die erste unabhängige schwarze Regierung Zimbabwes nach einem blutigen und langandauernden Befreiungskampf im April 1980 ihr Amt antrat², dachte sie an Versöhnung und nationale Einheit. Unter diesem Leitmotiv wollte Premierminister Robert Mugabe den Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes in Angriff nehmen.

Die Versöhnungsstrategie hat dem Land den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt eröffnet und zu einem beträchtlichen Wirtschaftswachstum geführt. Der Preis war hoch.

An den Privilegien der Weißen, an ihrer Monopolstellung in der Wirtschaft Zimbabwes durfte nicht gerüttelt werden. Bezahlen mußten die landlosen Bauern, die Arbeitslosen, die Einkommensschwachen. Auf dem Hintergrund der eskalierenden Destabilisierungsversuche von Vertretern und Freunden des alten rhodesischen Regimes unter Ian Smith stellen sich die sozialen Probleme heute folglich dringender als noch vor einigen Monaten.

Es konnte daher kaum überraschen, daß Premierminister Mugabe wenige Tage vor Weihnachten 1981 von der Politik der nationalen Versöhnung erst einmal Abschied nahm. Für ihn sei es nicht länger annehmbar, daß die Weißen weiterhin das Monopol über die Wirtschaft des Landes innehaben³. Sind damit die Weichen für eine sozialistische Entwicklung Zimbabwes gestellt? Wo steht Zimbabwe heute, zwei Jahre nach der Unabhängigkeit?

Zimbabwe lag am Tag der Unabhängigkeit (18.4.1980) wirtschaftlich am Boden. Der 14 Jahre dauernde Buschkrieg hatte nicht nur menschliches Leid hinterlassen. Ein Großteil der Infrastruktur war ruiniert, Häuser, Schulen und Straßen zerbombt. Die Kriegsschulden des Smith-Regimes und der über Jahre defizitäre Haushalt drücken heute noch auf die Staatskasse. Die Wirtschaftskraft des Landes hatte praktisch seit Mitte der 70er Jahre nur noch abgenommen.

Binnen weniger Monate leistete die neue Regierung jedoch Erstaunliches. Über 6.000 km Straße wurden repariert; zahlreiche Schulen und Krankenstationen instandgesetzt. Dämme, Brücken und veterinärmedizinische Einrichtungen konnten wiederhergerichtet werden.

Die Hoffnungen der schwarzen Bevölkerung auf eine unmittelbare Verbesserung ihrer Lebensumstände wurden nicht enttäuscht. Das Gesundheitswesen ist heute ebenso kostenlos wie der Besuch der Grundschulen. Zweimal wurden die staatlich fixierten Minimallöhne angehoben. Steuerenkungen verbilligten die Grundnahrungsmittel, so daß sich auch in dieser Hinsicht der Lebensstandard für viele sichtlich verbesserte.

Der steigende private Konsum der Bevölkerungsmassen und

erhöhte Regierungsausgaben verursachten einen Nachkriegsboom, wie ihn die Wirtschaft Zimbabwes zuletzt 1974 erlebt hatte. Mit dazu beigetragen hatten die Aufhebung der Sanktionen und die relativ günstigen Weltmarktpreise, die den Außenhandel überproportional ansteigen ließen. Allerdings konnte das seit Jahren rückläufige Pro-Kopf-Einkommen wegen des anhaltend hohen Bevölkerungswachstums von 3,6% nicht gänzlich wettgemacht werden.⁴

Gleichwohl konnten die Euphorie des Sieges und der wirtschaftliche Aufschwung der ersten 12 Monate die grundsätzlichen ökonomischen Strukturprobleme Zimbabwes kaum lösen. Die weißen Eroberer hatten den afrikanischen Bauern immerhin 50% ihres Bodens, noch dazu die fruchtbarsten Flächen, einfach entrissen. Viele sind heute landlos oder fristen ihr Dasein auf schlechten und abgewirtschafteten Böden. Die, die abwanderten, erwartete oftmals die Arbeitslosigkeit.

Der Spielraum Robert Mugabes zur Lösung dieser Probleme war von Beginn an äußerst begrenzt. Die geopolitische Lage zu Südafrika und die Hoffnungen auf die notwendige Hilfe zum Wiederaufbau aus den westlichen Ländern geboten einen vorsichtigen wirtschaftlichen Kurs. Einen Aderlaß von weißen Fachkräften, wie dereinst in Angola und Moçambique, wollte man bewußt vermeiden.

Hypotheken des Lancaster-House-Abkommens

Als größte Hypothek erwies sich jedoch das Abkommen von Lancaster House. Dort wurden im Dezember 1979 zwischen der Patriotischen Front, Großbritannien und den Repräsentanten des damaligen Muzorewa-Regimes die Modalitäten für ein unabhängiges Zimbabwe festgelegt.

Als besonders verhängnisvoll erweist sich heute die verfassungsmäßige Garantie des Privateigentums. Die weißen Siedler wurden damit vor der Enteignung bewahrt. Um den landlosen Afrikanern Boden zur Verfügung stellen zu können, bleibt der Regierung nur der Kauf, je zur Hälfte finanziert von Zimbabwe und der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien. Die bis Ende 1981 aufgekauften 1,1 Mio Hektar (ha) reichten für ca. 18.000 Familien.⁵ Unter günstigen Bedingungen könnten in den nächsten Jahren weitere 17.000 Familien neu angesiedelt werden. Was aber geschieht mit den restlichen 185.000 Familien, rund 1 Mio Menschen, die weder in den ehemaligen Tribal Trust Lands (den der schwarzen Mehrheit unter dem Kolonialregime zudiktierten „Stammesgebieten“) bleiben können, noch eine Beschäftigung in den überfüllten Industriezentren zu erwarten haben?

„Pamberi ne Gombo“ („Vorwärts mit neuen Landbesetzungen“) ist die Parole der Landlosen. 50.000-60.000 Afrikaner haben sich bislang auf unbebautem privaten Grund und Boden der Weißen niedergelassen. Und die Bewegung greift um sich. In der Hauptstadt sitzt man in der Zwickmühle, denn die Landbesetzer bedrohen auch die Bracheflächen des funktionierenden kapitalistischen Agrarsektors, der für die Deviseneinnahmen des Landes von zentraler Bedeutung ist. So hat die Regierung im Dezember 1981 eine Bestimmung in Kraft gesetzt, die für Besetzungen nach dem 1. Juli 1981 Gefängnisstrafen vorsieht.⁶

Wer aber wendet sich gegen die zahllosen privaten Spekulationskäufe? Die im November des vergangenen Jahres ausgesprochene Drohung R. Mugabes, das Land der Weißen notfalls zu enteignen, blieb bislang ohne Konsequenzen. Das britische Außenministerium sperrt sich unterdessen gegen eine Aufstockung des Fonds für Landkäufe.⁷

Im städtischen proletarischen Milieu scheint die Situation noch explosiver zu sein als auf dem Land. Die niedrigen Realeinkommen und vor allem die hohe Arbeitslosigkeit

brennen den Bewohnern der schwarzen Vororte unter den Nägeln. Vermutlich leben gegenwärtig 70% der schwarzen Arbeiterklasse der Hauptstadt unterhalb der eigentlichen Armutsgrenze. Selbst bei einer optimistischen Schätzung von 85.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr schafft allein die wachsende Zahl von Schulabgängern ein jährliches Defizit von 50.000 Stellen auf dem Arbeitsmarkt.⁸

Folgt man der von der Regierung eingesetzten Riddell-Kommission, so besteht keine Aussicht auf eine Lösung dieser Probleme innerhalb der nächsten Jahre. Um die Bereitstellung der neuen Arbeitsplätze nicht zu gefährden, so die Kommission, müsse auf eine volle Angleichung der Mindestlöhne an die Armutsgrenze zunächst verzichtet werden.⁹

Die Erwartungen der ca. 1 Mio schwarzen Arbeiter und Angestellten auf eine rasche Beseitigung der eklatanten Einkommensunterschiede zwischen Schwarz und Weiß werden sich dann wohl in weiteren Streiks Luft machen. Bereits unmittelbar nach der Unabhängigkeit kam es zu landesweiten Streikaktionen. Die Anhebung der Mindestlöhne im Juni 1980 ließ sie wieder abflauen. Aber im Oktober 1981 gingen die Krankenschwestern und die Lehrer für höhere Löhne auf die Straße. Schließlich waren es die Eisenbahner, die Anfang des Jahres 1982 in den Ausstand traten.

Das harte Vorgehen der Politiker und der Ordnungskräfte bei den Streiks der Lehrer und Krankenschwestern zeigte in drastischer Weise die Verhärtung der innenpolitischen Situation. Die Bilanz des Streiks waren immerhin 900 vorübergehende Festnahmen mit 200 rechtskräftigen Verurteilungen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Die Unzufriedenheit könnte von den Vertretern des alten Regimes um Ian Smith aufgegriffen werden. Daß es unter den Weißen viele gibt, die vorbehaltlos die Ziele Südafrikas unterstützen, ist ein offenes Geheimnis. Die innenpolitische Klimaverschärfung, zu der sie ihren Teil beitrugen, haben sie wieder enger zusammenrücken lassen.

Noch sitzen zahlreiche Repräsentanten des Siedlerregimes in hohen Machtpositionen von Verwaltung und Wirtschaft. Wirtschaftssabotage ist daher gang und gäbe. Insbesondere die Gewinnverschiebungen ins Ausland bringen die Wirtschaft Zimbabwes um wichtige Kapital- und Devisenbestände. Politisch sind sie zwar vor zwei Jahren abgetreten, aber keineswegs freiwillig. Ihr Anspruch auf die Überlegenheit der weißen Rasse ist geblieben.

Das Versöhnungsangebot der schwarzen Mehrheit war nur so lange angenehm, wie es ihre Privilegien nicht in Frage stellte. Putschgerüchte sind heute wieder an der Tagesordnung, und die Hinweise werden von Monat zu Monat konkreter¹⁰, so daß der vor 17 Jahren ausgerufene Ausnahmezustand mehrmals verlängert werden mußte.



Premierminister R. Mugabe (r.) entließ am 17. 2. 1982 J. Nkomo (l.) zusammen mit anderen ZAPU-Ministern aus dem Kabinett

Außenhandel Zimbabwe

August 1980 – April 1981

Land	Exporte (%)	Importe (%)
Südafrika	20,5	26
Großbritannien	9,5	9
BRD	10,4	6,6
USA	3,5	8
andere EG-Länder	13,3	7
Japan	2,6	5,5
Nachbarstaaten (Botswana, Sambia, Zaire, Moçambique, Malawi)	9,0	6,4

(Quelle: Financial Times, 24.9.1981)

Die Sympathie Südafrikas wäre den Smith-Anhängern in jedem Fall sicher. Der Nachbar im Süden Zimbabwe, die letzte rassistische Bastion auf dem afrikanischen Kontinent, hält sich bei seinen Destabilisierungsversuchen ja auch immer weniger zurück. Als geeignetes Instrument gilt die wirtschaftliche Erpressung unter Ausnutzung der historisch engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Im März 1981 zog Südafrika für mehrere Monate seine an Zimbabwe ausgeliehenen Lokomotiven zurück. Im Juli/August wurde just zur Erntezeit die Lieferung von Dieselöl zurückgehalten.¹¹ Erst allmählich gelingt es Zimbabwe, das keinen eigenen Zugang zum Meer hat, seinen Außenhandel auf die moçambiquanischen Häfen Beira und Lobito umzulenken. Die zweite Achillesferse dieser Wirtschaftsbeziehungen ist das 1964 abgeschlossene Handelsabkommen. Nach seiner Aufkündigung zum März d.J. müssen die hauptsächlich nach Südafrika exportierende Textil-, Schuh- und Möbelindustrie, wie auch andere Exporteure mit erheblichen Einbußen durch Zollerhöhungen rechnen. Außerdem wurde im vergangenen August bekanntgegeben, daß Südafrika die Arbeitskontrakte der ca. 40.000 in Südafrika arbeitenden Zimbabweer nicht erneuern wird.

Der Regierung Mugabe kann das zwar im Grundsatz nur Recht sein, es kommt ihr aber zeitlich ungelegen. Die Deviseneinnahmen und arbeitsmarktpolitische Überlegungen sprechen eher für einen mittelfristigen Abbau der Wanderarbeit nach Südafrika. Noch mehr fürchtet man in Harare, daß mit den rückkehrenden Wanderarbeitern Dissidenten eingeschleust werden könnten, die seit langem von Pretoria militärisch ausgebildet werden. Erst im Dezember 1981 ist R. Mugabe knapp einem Mordanschlag auf das Hauptquartier der ZANLA (Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe) entgangen.¹²

Durch seine exponierte geopolitische Lage hat Zimbabwe kaum wirksame Gegenmaßnahmen zur Hand. Die umfangreichen Investitionen Südafrikas in Zimbabwe setzen der wirtschaftlichen Strangulierung zwar gewisse Grenzen, aber langfristig bleibt Zimbabwe nur die wirtschaftliche Abkoppelung.

Zu diesem Zweck haben die Länder in dieser Region 1979 die Konferenz zur Koordination der Entwicklung im Südlichen Afrika ins Leben gerufen. Als vordringliches Problem aller 9 Mitgliedsstaaten wurde die Umstrukturierung des Transportwesens angesehen. Auf ihrer letzten Tagung in Blantyre/Malawi Ende 1981 mußten die Regierungsvertreter allerdings feststellen, daß kaum feste Zusagen der westlichen Länder zur finanziellen Unterstützung dieses Vorhabens vorliegen.¹³

Gleichzeitig wurde erneut deutlich, daß Südafrika gewillt ist, diese Art von Wirtschaftsintegration militärisch zu torpedieren. Die Zerstörung mehrerer Brücken und Funkeinrichtungen

in moçambiquanischen Häfen unmittelbar vor dem Gipfeltreffen war kein Zufall, sondern Absicht.

Natürlich schlägt die Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung durch. Es häufen sich die Anzeichen für eine Zuspitzung der wirtschaftlichen Engpässe. Bis auf die Landwirtschaft, und dabei insbesondere Tabak und Mais, werden alle Wirtschaftszweige ihr Wachstum in den nächsten Monaten verlangsamen oder gar kräftige Einbußen erleiden.

Verantwortlich dafür sind verzögerte Lieferungen, Mangel an Fachkräften, niedrige Weltmarktpreise und seit neuestem auch Importrestriktionen. Letztere waren erforderlich geworden, weil sich die Leistungsbilanz trotz Aufhebung der Sanktionen faktisch kontinuierlich verschlechtert hat. Schuldendienste und steigende Importe für Konsumenten und Industrie führten 1981 zu einem Handelsbilanzdefizit, das durch den privaten Nettokapitalzufluß, der hinter den Erwartungen der Regierung Mugabe zurückgeblieben war, nicht ausgeglichen werden konnte.

Da sich die Schuldenhinterlassenschaft des alten Staates auf nahezu 400 Mio Zimbabwe-Dollar (1 ZD = 3,20 DM) beläuft, erscheint eine Kreditneuaufnahme vor 1986 nicht möglich. Die Devisenreserven werden jedoch in keinem Fall ausreichen, um die veraltete Industrie zu modernisieren; daran dürfte auch der Zufluß von 1,3 Mio ZD aus den westlichen Geberländern nur wenig ändern.

Es erscheint daher absehbar, daß Finanzminister Nkala weitere einschränkende wirtschafts- und geldpolitische Maßnahmen ergreift. Steuererhöhungen und Kürzungen bei Abschreibungen waren bereits im Januar 1981 verhängt worden. Im Juli 1981 wurde dann der Profittransfer beschränkt. Vorschläge zur Investitionsregulierung stehen im Raum, während die Regierung in einzelnen Fällen selbst ausländische Aktienanteile erwarb. Ein staatliches Vermarktungsmopol für Bergbauprodukte ist beschlossen.

Alles in allem sind das Maßnahmen mit einem deutlich nationalistischen Anstrich. Aber, so schreibt die britische Financial Times: „Die Haltung der Partei (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe – ZANU; d. Red.) gegenüber ausländischen Investitionen, eigentlich die gesamte Wirtschaftspolitik, bleibt erstaunlich verschwommen oder einfach im Dunkeln.“¹⁴ Das in ihrem wirtschaftspolitischen Grundsatzdokument „Wachstum mit Gerechtigkeit“ vom Februar 1981 festgehaltene Postulat einer gemischten Ökonomie wird Wachstum und Gerechtigkeit nur schwer in Einklang bringen können. Deshalb steht zu befürchten, daß entweder dem Wachstum oder dem Anspruch auf eine gerechtere Gesellschaft vorzeitig die Puste ausgeht. Ohne eine sozialöko-

Durchschnittseinkommen

der Beschäftigten im sekundären und tertiären Sektor, März 1979
(in ZD monatlich)

Sektor	Europäer, Asiaten, Farbige	Afrikaner
Bergbau	824	66
Verarbeitende Industrie	644	91
Wasser, Elektrizität	702	90
Bauwesen	583	72
Finanzen, Versicherungen, Immobilien	566	174
Verteilung, Restaurants, Hotels	461	82
Transport, Kommunikation	599	122
Öffentliche Verwaltung	705	106
Erziehung	488	149
Gesundheitswesen	405	130
Häusliche Dienste	—	39
Andere Dienste	454	75

(Quelle: Riddel-Report, Salisbury, Juni 1981, S.53)



Zimbabwische Landarbeiterinnen (l.); weißer Hauptfeldwebel mit Rekruten der neuen Armee (r.)

nomische Umgestaltung der Wirtschaft wird sich dieser Widerspruch nicht aufheben lassen.

Freilich gilt es vordringlich die politische Macht abzusichern und zu stabilisieren. Das Verhältnis der Parteien der Patriotic Front, ZANU und ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe) zueinander ist einer der Eckpfeiler der gegenwärtigen relativen Stabilität Zimbabwes.

Allerdings war dieses Verhältnis auch immer von heftigen Auseinandersetzungen und Widersprüchen geprägt. Im Herbst 1980 und im Frühjahr 1981 war es sogar zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Guerilla-Armeen ZANLA und ZIPRA (Revolutionäre Volksarmee von Zimbabwe) gekommen.¹⁵ In den letzten Monaten waren es vor allem die ZANU-Aufrufe zur Schaffung einer Einheitspartei, die den kleineren Partner verunsicherten. Der immer wieder von der ZANU geäußerte Alleinvertretungsanspruch eröffnete der ZAPU andererseits die Möglichkeit, zur Regierung auf Distanz zu gehen und die recht schmale, auf das Ndebele-Stammesgebiet beschränkte Machtbasis zu verbreitern.

Für beide Parteien wird schließlich eine entscheidende Frage sein, ob sie intern und unter den Massen genügend politischen Rückhalt zur Überwindung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Machtstrukturen mobilisieren können.¹⁶ R. Mugabes par-force-Ritt durch die Provinzen im Oktober 1981, also unmittelbar nach dem Sturz Edgar Tekereres als Generalsekretär, diente nicht zuletzt dem Zweck der Rückversicherung bei den Massen. Der Parteiapparat erhielt außerdem strikte Anweisung, stärker als Vermittler zwischen Regierung und Bevölkerung aufzutreten.

Die Erneuerung des politischen Vertrauens tut also Not. Gerade das könnte freilich an der mangelhaften Organisation beider Parteien scheitern. Zwar konnte die ZANU – anders als die ZAPU – während des Befreiungskampfes ansatzweise eine wirksame Partei- und Verwaltungsorganisation auf Ortsebene aufbauen, aber sie litt seit der Machtübernahme doch stark unter Auszehrungserscheinungen. Kader wanderten ab. Organe aus der Zeit des Befreiungskampfes wie die kangaroo courts (Gerichte) wurden abgeschafft und die alten Autoritäten teilweise wieder eingesetzt.¹⁷

Nach der Integration der Guerilleros in die nationale Armee sind auch sie ihrer politischen Funktion vor Ort entzogen. Es sind die Reste der Milizen (Mujibas) und die ZANU-Komitees, die in der Bevölkerung noch verankert sind.

Von ähnlich gravierender Bedeutung für die langsame Umsetzung sozialistischer Zielsetzungen sind die Organisationen der Arbeiterklasse. Bislang sind die politischen Triebkräfte

dieser Organisationen nicht über einen losen Zusammenschluß der zahlreichen, politisch zersplitterten Einzelgewerkschaften in einem Dachverband (Gewerkschaftskongreß von Zimbabwe – ZCTU) hinausgekommen. In den Betrieben entstanden Arbeiterkomitees, über deren Kompetenzen man sich aber bisher nicht einigen konnte.¹⁸

Die fortschrittlichen Kräfte stehen also auf recht schwachen Beinen. Sie sind angesichts der inneren und äußeren Bedrohung auf breite Bündnisse angewiesen. Und so kommt es, daß sich nahezu unbeachtet eine afrikanische Kleinbourgeoisie ausbreiten kann, die schon in den letzten Amtsjahren von Ian Smith rehabilitiert und unter Muzorewa wieder redlich genährt worden war.¹⁹ Auf dem Land leistet ihr die individuelle Verpachtung des Bodens im Rahmen des Siedlungsprogramms Vorschub und im städtischen Bereich die Politik der Zimbabwanisierung. Dabei mischen auch Parteifunktionäre kräftig mit.

Die Problematik einer solchen Entwicklung liegt auf der Hand. Bereits im Februar 1980 schrieb der Commerce, das „Handelsblatt“ der weißen Bourgeoisie, man solle sich mit der entstehenden Klasse schwarzer Unternehmer verbünden, von denen einige rasch Zugang zu denjenigen finden würden, die die Macht übernehmen.²⁰ So gesehen hat die geschickte Taktik eines Robert Mugabe eben auch ihre Schattenseiten.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 1.2.1982
- 2) Siehe dazu: R. Falk, Der Sieg der Patriotic Front, in: AIB 4/1980, S. 20-23
- 3) Vgl. Guardian, London, 24.12.1981
- 4) Vgl. zu den Wirtschaftsdaten: Financial Times (FT), London, 24.9.1981, Zimbabwe-Beilage
- 5) Vgl. New African, London, April 1981; und zu den Problemen der Landverteilung: FT, a.a.O.
- 6) Facts & Reports, Amsterdam, 8.1.1982
- 7) Vgl. Guardian, 2.12.1981
- 8) Daten nach: FT, a.a.O.
- 9) Vgl. African Business, London, September 1981
- 10) Vgl. Times, London, 10.12.1981
- 11) Vgl. Neue Zürcher Zeitung, (NZZ), Zürich, 31.8.1981
- 12) Vgl. FT, 21.12.1981
- 13) Vgl. New African, Januar 1982
- 14) Zit. nach: FT, Zimbabwe-Beilage, a.a.O.
- 15) Vgl. NZZ, 15./16.2.1981
- 16) Zur Einschätzung der Parteien siehe Review of African Political Economy (RAPE), Nottingham, Nr. 18/1981
- 17) Facts & Reports, 20.3.1981
- 18) Zur Arbeiterklasse und ihren Organisationen siehe: Facts & Reports, 21.8.1981 und FT, Zimbabwe-Beilage, a.a.O.
- 19) Vgl. RAPE, Nr. 19/1981
- 20) Vgl. ebenda

Nach dem Abzug der libyschen Truppen, die die Regierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) unter Präsident Goukouni Queddei ins Land geholt hatte, um die Rebellion des ehemaligen Außenministers Hissène Habré niederzuschlagen, ist im Tschad der Bürgerkrieg wieder neu entflammt. Die mit ägyptischen und sudanesischen Waffen bestens ausgerüsteten Streitkräfte des Nordens (FAN) H. Habrés haben die östlichen Gebiete des Landes unter ihre Kontrolle gebracht. Dies wurde dadurch erleichtert, daß die „Interafrikanische Friedenstruppe“ der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die die Ruhe im Land erhalten sollte, nur die Hälfte ihrer geplanten Stärke von 6.500 Mann erreicht hat und sich unter dem Deckmantel der Neutralität weigert, gegen die Truppen Habrés vorzugehen.

Das Ziel Zaires, Nigerias und Senegals, die die „Friedenstruppe“ stellen, sowie des Sudan und der USA, ist es, die GUNT zu Verhandlungen mit H. Habré zu zwingen. Unter diesem Druck hat G. Queddei im Gespräch mit westlichen Diplomaten angedeutet, daß er zu Verhandlungen mit den FAN, aber nicht mit H. Habré, bereit sei. Damit sind die USA, die die militärische Ausrüstung der „Friedenstruppe“ liefern, ihrem Ziel, die nationaldemokratischen Kräfte im Tschad zurückzudrängen, ein Stück näher gekommen. Eine Ausweitung des Konflikts scheint damit vorprogrammiert, denn es ist fraglich, ob die libysche Führung diesem auch gegen sie gerichteten Roll-Back tatenlos zusehen wird. Sie hat bereits dagegen protestiert, daß „amerikanische Elemente“ in der „Friedenstruppe“ tätig sind, und erklärt, daß sie diese „Verletzung der OAU-Resolutionen“ nicht hinnehmen werde.

Fode Amadou

Der Frieden entschwindet

Weder die gefälligen Berichte einer bestimmten afrikanischen oder westlichen Presse über die angeblich „bevorstehende“ Normalisierung der Situation im Tschad, noch die beschwichtigenden Erklärungen des amtierenden Präsidenten der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), Daniel Arap Moi, können die offensichtlichen Tatsachen verbergen. Tatsachen, deren Unvermeidbarkeit wir schon am Tag nach dem Abzug der libyschen Truppen (Mitte November 1981; d. Red.) und der Gründung der sog. interafrikanischen Streitmacht, die den Frieden und die Stabilität, aber auch – und das vor allem – die territoriale Integrität sichern sollte, vorhergesehen hatten. Tatsachen, deren Gefährlichkeit selbst Präsident Goukouni Queddei zu erkennen beginnt: Der schrittweise Verlust einer Unabhängigkeit und einer Souveränität, die nach sovielen Jahren eines zerstörerischen Bürgerkrieges teuer erworben wurden.

OAU-„Friedenstruppe“ – ein trojanisches Pferd?

Sowohl im Vertraulichen, als auch in seinen öffentlichen Erklärungen zögert der Präsident der Regierung der Nationalen Einheit des Tschad (GUNT) nicht mehr, vom Scheitern der Mission der interafrikanischen Streitmacht zu sprechen. Er steht von nun an in offenem Konflikt sowohl mit dem amtierenden OAU-Präsidenten (D.A. Moi, Staatsoberhaupt Kenias; d. Red.) als auch mit dem OAU-Generalsekretär Edem Kodjo.

Zu Anfang wandte sich das Staatsoberhaupt Kenias gegen die Interpretation des Letzteren vom Sinn und der Bedeutung der Aufgabe der interafrikanischen Streitmacht. Doch leider gelang es durch Druckausübung seitens westlicher Großmächte D.A. Moi davon zu überzeugen, daß die Kontingente, die von gewissen afrikanischen Staaten entsandt wurden, untätig bleiben sollten. Und dies, während die Streitkräfte des Nordens (FAN) des tschadischen Verräters Hissène Habré – unterstützt durch die Amerikaner, die Ägypter und die Sudanesen – weiter in das Land eindringen



Senegalesische Soldaten der OAS-Friedenstruppe in N'Djamena

und eine Stadt nach der anderen besetzen, ohne daß irgend etwas gegen sie unternommen wird.

Die afrikanischen Völker, die Zeugen der Tragödie des ehemaligen Belgisch-Kongo waren, können diese nicht vergessen haben. Sie können nicht vergessen haben, wie die von der UNO (im Jahr 1960; d. Red.) entsandten internationalen Streitkräfte, die Patrice Lumumba (erster Premierminister der Republik Kongo; d. Red.) angefordert hatte, um die territoriale Integrität seines Landes sowie den Schutz seiner legalen und von der UNO anerkannten Regierung zu sichern, schließlich mißbraucht wurden. Sie wurden dazu benutzt, die Ermordung des großen Helden der kongolesischen Nation (am 17.1.1961 durch Söldner des Sezessionisten Tschombé; d. Red.) zu ermöglichen und diesen durch die Usurpatoren und Tyrannen, die ihm folgen sollten, zu ersetzen: die Tschombé, Mobutu (Staatschef seit 1965, der 1971 die Umbenennung in Zaire durchsetzte; d. Red.) und ihre Komplizen unter der Führung des CIA.

Weist die gegenwärtige Situation nicht die gleichen unheilvollen Merkmale auf, wie die Ereignisse im Kongo während

der 60er Jahre? Gestern waren es die UNO und Dag Hammarskjöld (damals UN-Generalsekretär; d. Red.). Heute ist es die OAU mit Arap Moi und Kodjo. Die Geschichte wiederholt sich, sagt man oft. Aber zahlreiche afrikanische Beobachter fragen sich, ob man dabei zusehen soll, ohne zu reagieren.

Und ist es nicht diese explosive Situation, die den Präsidenten Goukouni veranlaßt hat, den Rückzug der interafrikanischen Streitkräfte und den Einsatz außerafrikanischer Kräfte zu erwägen? Aber welche? Bedeutet ein solches, obgleich noch vages und vieldeutiges, „außerafrikanisches“ Hilfssuchen, den Ruf nach französischen Streitkräften, der schwere Verstimmungen in der afrikanischen Öffentlichkeit hervorrufen würde, oder nach denen der nichtpaktgebundenen Länder? Riskiert der Präsident der GUNT, indem er mit solchen vagen und vieldeutigen Äußerungen Zweifel aufkommen läßt, nicht die Stärkung des Lagers seiner Gegner? Wie dem auch sei, beschränken wir uns auf die Wiedergabe der uns zur Stunde vorliegenden Informationen.

1. Wie vor kurzem der Gründer der Volksbewegung für die Befreiung des Tschad (MPLT), Aboubakar Mahamat Abdelrahman, erklärte, sind die größten Waffenlieferungen, die das Pentagon in den Tschad liefert, für die zairischen Truppenkontingente innerhalb der interafrikanischen Streitkräfte bestimmt. Mobutu hatte das zur unverzichtbaren Bedingung für die Entsendung seiner 2.000 Mann gemacht und sich dessen anlässlich seiner letzten Reise nach Washington versichert.

Noch bedeutsamer ist die Verpflichtung Mobutus, dafür zu sorgen, daß die zairischen Kontingente, ungeachtet aller Anweisungen des Kommandos der interafrikanischen Truppe, sich verwenden, um den Streitkräften des Nordens (FAN) von Hissène Habré dabei zu helfen, stärker zu werden, sich zu konsolidieren und schrittweise zur wichtigsten militärischen Kraft des Tschad zu werden.

Vormarsch der Truppen Habrés...

2. Mohammed Djiber, Vertreter der FAN in Khartum, erklärte am 21. Dezember (1981; d. Red.), nachdem er sich der wohlwollenden Haltung des amtierenden Präsidenten und des Generalsekretärs der OAU versichert hatte, daß Goukouni eine „unverantwortliche“ Haltung gegenüber Arap Mai und Kodjo einnähme.

Der Mitarbeiter von Hissène Habré ging noch weiter. Der sudanesischen Presse verbarg er nicht, daß die FAN trotz der offiziellen Dementis seitens Ägyptens und des Sudan auf die militante Hilfe zähle, die sie von Kairo und Khartum erhalten. Auf die Frage, ob sie auch auf die Unterstützung seitens einiger Kontingente der interafrikanischen Truppe zählen könnten, antwortete er ohne Zögern: „Aber sicher. Schließlich ist es für niemanden ein Geheimnis, daß es ohne Habré weder Frieden noch Stabilität im Land geben kann.“

3. Die Westlichen Streitkräfte (FAO, 3. Armee; siehe AIB 5/1980, S. 27-28; d. Red.), eine der Gruppierungen im Tschad, zögerten nicht, Hissène Habré ebenfalls zu Hilfe zu eilen: „Wir fordern, eine Gesprächsrunde aller tschadischen Gruppen, einschließlich der Hissène Habrés, einzuberufen, um den Frieden im Land wiederherzustellen“, erklärten sie in einer in Yaoundé herausgegebenen Erklärung.

4. Acyl Ahmat, als Außenminister des Tschad und Chef des Demokratischen Revolutionären Rats (CDR) eine der tonangebenden Personen des Landes, verbirgt seine tiefe Überzeugung nicht, daß die interafrikanische Streitmacht nicht die Rolle spielt, die sie spielen müßte, d.h. die Sicherheit des Tschad zu garantieren. „Alles, was wir wünschen ist, daß man sich in N'Djamena klar ist über den Ernst der Lage und über die Gefahr, die unserer Unabhängigkeit und unserer

territorialen Integrität droht“, erklärte er in seiner Hochburg Ati.

„Glauben Sie, daß das nigerianische Kontingent, das nicht weit von der Landepiste von Ati lagert, eingreift, wenn Sie von den FAN Habrés angegriffen werden“, fragte man ihn. „Fragen Sie sie doch“, antwortete der Führer des CDR mit einem vielsagenden Lächeln. „Wenn niemand eingegriffen hat, um Habré aufzuhalten, warum, meinen Sie, die würden eingreifen, um uns zu helfen? Wenn ich nicht hier wäre, wäre Hissène schon in Ati...“

... nach dem libyschen Abzug

In Wirklichkeit bleiben die Regierungstruppen des Tschad, sechs Wochen nach der Einnahme von Abéché durch die FAN, im Osten des Landes noch immer in der Defensive. Ihre Schwierigkeiten sind umso erheblicher, da die interafrikanische Streitmacht nichts getan hat, um ihnen zu helfen, als ob sie auf ein „Ereignis“ wartet, das sich aber gleichwohl nicht abzeichnet.

Die vor mehr als drei Wochen angekündigte Gegenoffensive der Regierung ist noch im Vorbereitungsstadium und niemand weiß, ob sie ohne wirksame, organisierte und koordinierte militärische Unterstützung die Invasionstruppen Habrés zurückdrängen kann. Im Gegenteil, der Vormarsch der Truppen Habrés hat sich seit dem Rückzug der libyschen Truppen aus diesem Gebiet im Lauf des Novembers (1981; d. Red.) beschleunigt. Außer mehreren Ortschaften an der sudanesischen Grenze kontrollieren die FAN zwei Verwaltungssitze – Abéché und Biltine – und bedrohen direkt den Batha, zu dem Oum Hadjer den westlichen Zugang darstellt. Aber was macht denn die interafrikanische Streitmacht? Warum wurde sie entsandt? Warum wurde sie akzeptiert? Auf welcher Basis, und mit welchem Ziel, wenn nicht mit dieser stupiden Zufriedenheit über den Abzug der libyschen Truppen aus dem Tschad, um ihn in die Hände derjenigen auszuliefern, die ihn in einen Friedhof der Hoffnungen und der Erwartungen eines Volkes verwandeln wollen, das seit mehr als fünf Jahren für einen Frieden kämpft, der jeden Tag ein wenig mehr dahinschwindet?

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 256/4.1.1982, S. 27-28)

Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 51/Februar 1982

Frieden: Gemeinsame Ziele ● AIK: Breite Plattform/Pressemittteilung ● Kaffee: Fedecococagua? ● Kaffeegeschichte Guatemalas ● Flaschenpost: Nestlé-Seminar ● Pharma: Dichtung und Wahrheit ● Gewußt wie: Fr. 54.738,40 ● BUKO: Mitgliedsbeiträge und Spenden/Kritik unerwünscht/Arbeitsgruppe Uran/Antwort des BMZ/Dritte-Welt-Taschenkalender/Arbeitsgruppe Agrobusiness/Hallo DUI ● Material: Bolivien – ein Volk im Widerstand ● Termine, Zeitschriften
Einzelpreis 3,- DM, Abo 36,- bzw. 50,- DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

Brasilien-Nachrichten, Nr. 7-8/1981

Dom Helder Cãmara, 50 Jahre Priester ● Brasilianische Gewerkschafter wegen Streiks verurteilt ● SPD-MdBs zum Urteil ● H. Stallkamp/R. Alta: Geschichte einer permanenten Vertreibung ● Indianer: FUNAI-Chef zurückgetreten ● VW do Brasil contra katholische Kirche? ● Ausweisung von Priestern wegen Einsatz für Recht? ● Neus zu Itaparica ● Einsatz für Kleinbauern unerwünscht ● Neue Bücher und Zeitschriftenschau
Einzelpreis 3,50 DM, Abo 18,- bzw. 25,- DM
Bezug: CON-Vertrieb, Weserdeich 38, 2800 Bremen 1

Solidarität, Nr. 64-65/Januar 1982

Mexiko: Schwarzer Reichtum – grüne Armut ● Die sanfte Repression des PRI ● Eine Mestizo-Familie auf dem Land ● Ciudad de Mexico – die Grausame ● Karibik: Rauher Wind im Reggae-Schlaraffenland ● Was Reggae bewirken kann (und was nicht) ● USA: Let's get Reagan ● RSA: 70 Jahre Afrikanischer Nationalkongress ● Schweiz: ... verdient mehr als die Ölländer ● Dossier Schweiz-Trikont ● Bericht an die SKAAL-Mitgliederversammlung ● Bücher, Inhaltsverzeichnis 1981, Blick über den Zaun
Einzelpreis 2,50 sFr, Abo 20,- sFr
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Ila-info, Nr. 52/Januar 1982

Argentinische Wirtschaftspolitik: „Nur wenn die faulen Organe ausscheiden...“ ● Guatemala: Die Revolution auf dem Land und der FP 3 ● Brasilien: Hohe Gefängnisstrafen für Gewerkschafter ● Ekuador: Widersprüche und Schwierigkeiten einer Demokratie ● My Lai in El Salvador – Mörderisches Schweigen in den Medien ● Ländermächrichten ● Solidaritätsbewegung: Antiinterventionsbewegung ● Polen und die Solidarität ● Gnadengesuch für Brigitte Heinrich ● Leserbrief, Zeitschriftenschau, Materialliste
Einzelpreis 2,50 DM, Abo 25,- bzw. 30,- oder 35,- DM
Bezug: Ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1



Abdul Aziz al-Qadi

Eine breite Front ist im Entstehen (1. Teil)

Der Oman, im November 1981 Mitschauplatz des anglo-amerikanischen Kriegsmanövers „Bright Star“, spielt als Aufmarschbasis für den Zugriff Washingtons am Persischen Golf eine herausragende Rolle. Wie sich dies im einzelnen äußert und welche Folgen es für die innere Entwicklung zeitigt, erläutert Abdul Aziz al-Qadi, Generalsekretär der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO), im Gespräch mit Rodolfo Casals. Der im nächsten Heft folgende 2. Teil des Gesprächs behandelt den aktuellen Stand der omanischen Befreiungsbewegung.

A.A. AL-QADI: Oman befindet sich gegenwärtig in einer ungewöhnlichen Lage, die ihn von anderen Ländern der Region unterscheidet. Die wirkliche politische Kontrolle verbleibt in den Händen des britischen Imperialismus, der sich wegen seiner historischen Beziehungen zum Sultanat (Protektorat Großbritanniens 1891-1917; d. Red.) weiterhin in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischt.

Am 23. Juli 1970 tauschten die Engländer Sultan Said Ben Taimur gegen dessen Sohn Quabous aus und versuchten, dem „Rücktritt“ den Anstrich des Normalen zu verleihen. Entsprechend den Instruktionen seiner Gönner entschied der neue Sultan, die Nationalhymne, die Flagge und die Regierung zu ändern. Und er begann, den Prozeß der Eingliederung Omans in die Arabische Liga und die Vereinten Nationen einzuleiten. Aber natürlich schlug er nicht vor, die Verträge, die Großbritannien die Möglichkeit bieten, Oman militärisch zu „beschützen“, aufzuheben.

FRAGE: Dann entsprechen Anschuldigungen über die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte der Wahrheit?

A.A. AL-QADI: Englische Militärstützpunkte waren in Oman bereits vor 1970 vorhanden, und die Briten benutzen die auf der Insel Masirah gelegenen und andere auch weiterhin.

Der Sultan beschäftigt auch hohe Armeebeamte, die an den Ereignissen jenes Jahres beteiligt waren, weiter, und zur Zeit bekleiden viele von ihnen verantwortliche Positionen. Die höchsten Offiziere der Armee von Oman sind indessen Engländer, so die Spitzen der Luftwaffe, der Flotte und des Heeres. Englische Offiziere sind sogar auf Bataillons-, Kompanie- und Zugebene eingesetzt.

FRAGE: Wie verhält es sich mit militärischen Beratern und Einheiten aus anderen Ländern?

A.A. AL-QADI: Die Briten haben eine Spezialtruppe englischer Soldaten, die in Oman stationiert ist. Bis 1976 belief sich ihre Zahl auf etwa 5.000, die in drei Stützpunkten stationiert waren. Aber in den letzten Jahren, und besonders nach dem Sturz des iranischen Schah, haben die Briten ihre militärische Präsenz in Oman verstärkt, indem sie ihr Truppenkontingent auf 8.000 Mann erhöhten. Dies ist eine Son-

derheit, die dem direkten Kommando des Verteidigungsministeriums unterstellt ist.

Zusätzlich erhöhten die Engländer auch die Zahl der Offiziere und Berater. Jetzt gibt es an Spitzenoffizieren, Beratern und Soldaten insgesamt 13.000 Mann, was beweist, daß die englische Präsenz und Einmischung nicht weniger geworden ist, sondern eher von Tag zu Tag zunimmt.

Daneben gibt es auch ägyptisches und jordanisches Militärpersonal in Oman; aber diese Leute betätigen sich nur als Berater der Truppen von Quabous.

FRAGE: Wozu hat nun die Politik des Sultans, die Souveränität des Landes dem Imperialismus zu opfern, geführt?

A.A. AL-QADI: Offensichtlich hat sich das omanische Regime innerhalb des Landes isoliert, da sich die Massen in zunehmendem Maße der realen Lage bewußt werden.

England und die USA entschlossen sich, das Sultanat wegen der Situation der Region nach dem Sturz des Schah militärisch zu stärken. Sie sahen ihre Interessen in der Region berührt und steigerten ihre Aktivitäten in Oman nicht nur um die Hoffnungen auf Befreiung zu zerstören, sondern auch um das Regime darauf vorzubereiten, eine Sonderrolle gegenüber anderen Ländern in diesem Gebiet zu spielen.

Militärbasen en masse für die USA

FRAGE: Würden Sie sagen, die Tatsache, daß der US-Imperialismus Quabous unter Druck gesetzt hat, ihm die Errichtung militärischer Stützpunkte im Lande zu erlauben, ist Teil dieser Politik?

A.A. AL-QADI: Während der Jahre 1978, 1979 und 1980 schickten die Vereinigten Staaten vier Militärdelegationen, um über die Errichtung von militärischen Stützpunkten in Oman zu verhandeln. Einige dieser Delegationen hielten sich sogar mehrere Monate im Lande auf und besichtigten die Stützpunkte in Salalah, Masirah, Khazar, Zambrit, Beit el-Falaj und Sib.

Ende 1979 einigten sich Oman und die USA im Prinzip auf ein Abkommen über „militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit“. Die PFLO machte diese Verhandlungen publik und verurteilte sie, während das Sultanat sie abzuleugnen versuchte.

Im Jahre 1980 jedoch begannen die USA, offizielle Erklärungen über die Rechte, die Oman ihnen abgetreten hatte, abzugeben. Und am 4. Juni desselben Jahres unterzeichneten sie offiziell das Abkommen, das sie unter dem Namen „Vertrag über militärisch-ökonomische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und Oman“ bekannt machten.

FRAGE: Worin bestand dieses Abkommen?

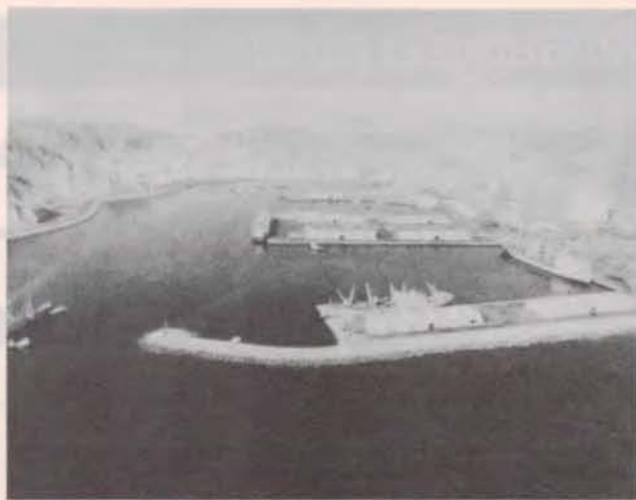
A.A. AL-QADI: Einige der Vertragsbedingungen wurden bekanntgemacht, andere aber geheimgehalten. Unter den Punkten, die bekannt sind, ist einer, der den USA gestattet, omanische Land- und Flottenstützpunkte nach Wunsch zu benutzen, und der ihnen ebenfalls die Möglichkeit der Lagerung von Militärausrüstung und -material sowie des Empfangs von Arzneimittellieferungen bietet.

Die PFLO konnte herausfinden, daß sich unter den Geheimabmachungen eine befindet, die es den USA ermöglichen wird, den Stützpunkt auf Masirah ständig zu benutzen, einen weiteren Stützpunkt für Luft- und Seestreitkräfte in Khazar – in der Straße von Hormuz – zu bauen und ein Spionagezentrum auf der Insel Om Alganan, die auch in der Straße von Hormuz liegt, einzurichten. Außerdem überließ Quabous den USA das Recht der vollständigen Kontrolle über die am Arabischen Golf (arabische Titulierung des Persischen Golfs; d. Red.) gelegene Provinz Musandam.

FRAGE: Man sagt, daß es einige tausend US-Soldaten in Oman geben soll. Kennen Sie die genaue Zahl?

A.A. AL-QADI: Die Zahl der US-Truppen in Oman schwankt, da die Kriegsflotte, die die Amerikaner in dem Gebiet unterhalten, sowohl im Golf von Oman als auch im Arabischen Golf kreuzt. Nach unserer Einschätzung gibt es derzeit etwa 10.000 US-Soldaten, aber sie sind nicht alle gleichzeitig in Oman. Die regulär in Oman stationierten US-Truppen sind in Masirah und in Musandam konzentriert, wo sie die Kontrolle über die Bevölkerung ausüben.

Gemäß dem Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Oman richtet der Yankee-Imperialismus außerdem Nachschubdepots in Masirah, Zambrit und anderen Teilen des Sultanats ein und zahlt Quabous einen Gesamtbetrag von 500 Mio Dollar. Man kann aus der Höhe dieser Ausgaben schließen, daß die USA ihr Möglichstes tun, um aus Oman



Hafen von Kalsut in der omanischen Provinz Dhofar

eine einzige große US-Militärbasis zu machen; diese Schlussfolgerung wird noch untermauert durch die in Masirah und Om Alganan errichteten Stützpunkte und die Anlegerechte, die Quabous den USA in den Häfen von Azit und Salalah gewährt hat.

FRAGE: Könnten unter Berücksichtigung dieser Vorgänge Konflikte zwischen England und den Vereinigten Staaten wegen der Kontrolle über Oman entstehen?

A.A. AL-QADI: Die Regierung Quabous ist noch stark an Großbritannien gebunden, aber es besteht eine wachsende Tendenz zur militärischen Verknüpfung mit den USA. Und die Yankees tun alles, um die Engländer zu verdrängen.

Überdies haben die USA größere Wirtschaftsinteressen in Oman als Großbritannien. US-Firmen besitzen 60% der Banken und anderen Gesellschaften. Den Rest teilen sich Unternehmen, deren Zentralen in England, Frankreich, Südkorea und Australien liegen. So ist die Lage nicht nur beim Öl und in der Fischerei, sondern auch in anderen Sektoren der Volkswirtschaft.

FRAGE: Wie ist die Wirtschaftslage des Landes?

A.A. AL-QADI: Wie Sie wissen, konzentriert sich die Wirtschaft Omans auf ein Produkt. Das Öl, die Haupteinnahmequelle, wird von ausländischen Interessen kontrolliert. Die Abhängigkeit vom Öl ist derartig, daß bei einem Gesamtstaatshaushalt von 520 Mio Rial (1 Rial = 3 Dollar, Stand November 1981; d. Red.) 455 Mio aus dem Verkauf von Rohöl stammen und die übrigen 65 Mio durch die Landwirtschaft und saudiarabische Hilfe zusammenkommen.

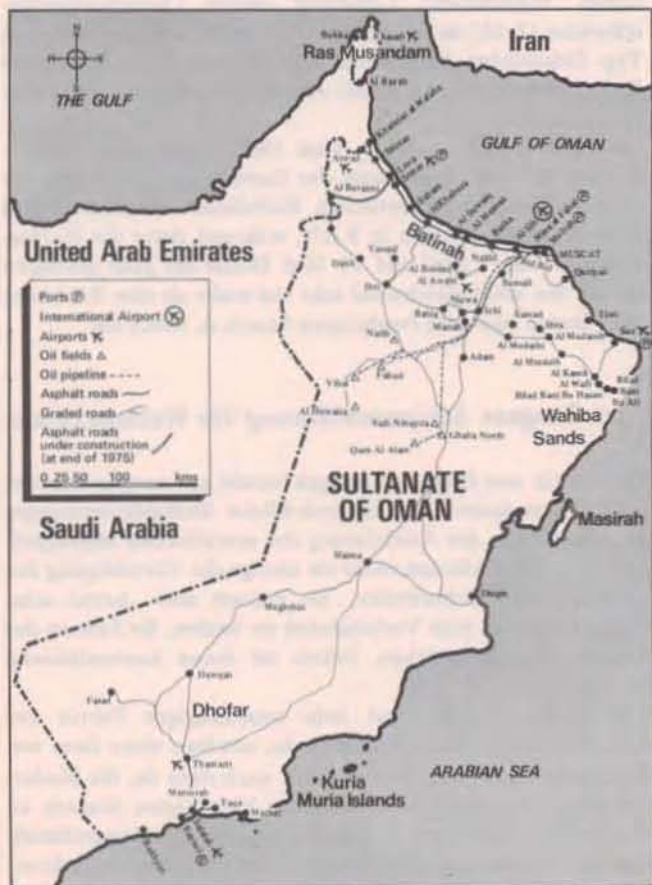
Nachdem Quabous die Macht ergriffen hatte, folgte er dem Rat Großbritanniens und ließ einige Schulen, Krankenhäuser, Elektrizitätswerke, Brunnen usw. bauen, um die Leute glauben zu machen, daß die neue Regierung sich um sie kümmere, und um sie so dazu zu bringen, das Regime zu unterstützen und sich gegen den Befreiungskampf zu stellen. In den letzten Jahren war das Regime jedoch nicht in der Lage, diese „Reformen“ fortzusetzen. Das hat zu erhöhter Arbeitslosigkeit, Auswanderung und Analphabetentum geführt.

Ende 1977 begann die Ölproduktion zu sinken; vor vier Jahren wurden täglich 380.000 Barrel gefördert; derzeit sind es aber nur 300.000 - 310.000. Diese Situation hat sich durch eine zunehmende Erschöpfung unserer ökonomischen Ressourcen, für deren Erhalt nicht gesorgt wird, durch das Ansteigen von Veruntreuungen öffentlicher Gelder und durch den Mangel an Planung verschlimmert.

Trotz der Budget-Hilfe Saudi Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate und Kuweits war 1978 ein Defizit von 50 Mio Rial und 1979 von 80 Mio zu verzeichnen.

Fortsetzung folgt

(Quelle: tricontinental, Havanna, Nr. 77/4/1981, S.10-14)



Michael T. Klare

Waffenexporte – unter Reagan ein Instrument der Außenpolitik

Mit der Erklärung vom 21. Mai 1981, daß der Verkauf von Rüstungsmaterial „ein wesentliches Werkzeug der amerikanischen Außenpolitik“ sei, eröffnet James L. Buckley, Unterstaatssekretär für Militärhilfe, eine neue Ära des Waffenhandels. In seiner Rede vor dem Verband der Raum- und Luftfahrtindustrie in Williamsburg beklagte er die Politik der „Einschränkung der Waffenlieferungen“, die Präsident J. Carter 1977 in die Wege leitete, und erklärte, daß die Reagan-Administration das Verteidigungspotential der Verbündeten der USA – einschließlich derer, die für wiederholte Menschenrechtsverletzungen bekannt sind – stärken will, indem die amerikanischen Kontrollen der Rüstungsexporte gelockert werden sollen.

Von Carters Direktive Nr. 13 ...

Weit davon entfernt, „moralisch tadelnswert“ zu sein, seien die Waffenverkäufe eine wichtige Ergänzung der amerikanischen Rüstungsprogramme und erlaubten es den anderen Ländern, gemeinsam mit den USA die Last der Verteidigung der „freien Welt“ zu teilen. Die neue Administration, so schließt er, habe die Absicht, von der „Theologie“ Präsident Carters zu einer „gesunden Konzeption der Selbstverteidigung“ zu gelangen.¹

Sechs Wochen später bestätigte Präsident Reagan in seiner Erklärung vom 8. August 1981 zum Verkauf konventioneller Waffen diese Ausführungen, die mit der Politik seines Vorgängers brachen. Und diese war bereits vielen Schwankungen unterworfen.

Während seines Wahlkampfes von 1976 hatte James Earl Carter nicht gezögert, den Waffenhandel als „wenig appetitlich“ zu bezeichnen und versprochen, ihn einzuschränken, falls er gewählt würde. Ins Weiße Haus gelangt, gab er beim State Departement (US-Außenministerium; d. Red.) eine Studie über die Programme der Waffenverkäufe ins Ausland in Auftrag. Am Ende einer internen Debatte, die mehrere Monate dauerte, gab das State Departement eine Reihe von Empfehlungen, die nach einigen Änderungen durch den Nationalen Sicherheitsrat zur offiziellen Doktrin wurden. Am 13. Mai 1977 unterzeichnete der Präsident die Direktive Nr. 13, die am 19. Mai 1977 veröffentlicht wurde.

Diese Direktive beruhte auf zwei Prinzipien: Die Weitergabe konventioneller Waffen bedroht die Stabilität aller Weltregionen. Die Vereinigten Staaten als größter Waffenhändler der Welt haben die „besondere Verantwortung“, sich an die Spitze einer Bewegung für die Begrenzung des Waffenhandels zu stellen.² Die Waffenlieferungen dürfen nicht mehr ein alltägliches Instrument der amerikanischen Außenpolitik sein, vielmehr ein außergewöhnliches Mittel, das nur dann anzuwenden ist, wenn bewiesen werden kann, daß Waffentransfers „im Sinne der Erhaltung unserer eigenen Sicherheit“ wirken.

Um diese Politik der „Begrenzung von Waffenverkäufen“

umzusetzen, schlug Präsident Carter spezielle Kontrollmechanismen vor. Aber im Unterschied zu den grundlegenden Prinzipien hatten diese Kontrollen keine ebenso generelle Tragweite.

Dennoch waren diese neuen Regelungen Gegenstand zahlreicher Kritiken namentlich von Seiten der Vertreter der Rüstungsindustrie, die sie für zu einengend hielten. In der ersten Zeit büßten die amerikanischen Industriellen Verträge in den Regionen ein, bei denen die Kontrollen streng gehandhabt wurden (besonders in Lateinamerika); demgegenüber nutzte die Carter-Administration ihre Vollmachten, Verkäufe hochentwickelter Waffensysteme an privilegierte Verbündete wie den Iran (zu Zeiten des Schahs) und Saudi Arabien zu erlauben.

Mit der Zeit wurde sie immer aufmerksamer gegenüber sowjetischen Militäritäten in der Dritten Welt und ließ sich leichter von Pressure-Groups überzeugen, die sich anlässlich wichtiger Geschäfte bildeten. Das Ergebnis war eine Steigerung der Waffenverkäufe, die 1980 den Rekordstand von 15,3 Mrd Dollar erreichten, und die schrittweise Abkehr von den Direktiven des Präsidenten.³

Seit ihrem Amtsantritt bemüht sich die Reagan-Administration, die Sperren für eine bestimmte Anzahl von Transaktionen aufzuheben: Lieferung zweier Überschalljagdgeschwader (F-16) an Südkorea; 1.177 Luft-Luft-Raketen vom Typ Sidewinder AIM-9 und fünf Boeing E-3 AWACS zur Radarüberwachung an Saudi Arabien; ein F-16-Geschwader an Venezuela.

Die neue Politik – seit 8. Juni 1981 regierungsoffiziell – beginnt mit der Aufhebung der Carter'schen Direktive. Sie setzt wieder die wesentlichen Richtlinien der Nixon- und Ford-Administrationen in Kraft, während derer die Waffenverkäufe von 1 Mrd auf 15 Mrd Dollar im Jahr gestiegen waren. Sie stellt gleichwohl sehr viel mehr als eine Rückkehr zum Status quo ante (vorherigen Stand; d. Red.) dar.

...zu Reagans Schleusenöffnung für Waffenexporte

Die Politik von Präsident Reagan beruht auf zwei grundsätzlichen Postulaten: Die hauptsächliche Destabilisierungsfahr besteht in der Ausdehnung der sowjetischen Militärpräsenz. Die USA können nicht als einzige die Verteidigung der „freien Welt“ sicherstellen. Sie müssen also „bereit sein, ihren Freunden und Verbündeten zu helfen, ihr System der Verteidigung zu stärken, indem sie ihnen konventionelle Waffen liefern“.⁴

Die Waffenverkäufe sind kein unabhängiger Faktor der amerikanischen Außenpolitik mehr, sondern eines ihrer wesentlichen Elemente. Und sie sind auch dazu da, die Modernisierung des Militärpotentials der Vereinigten Staaten zu unterstützen. Die von J. Carter geschaffenen Kontrollmaßnahmen ersetzt Präsident Reagan durch folgende Anordnungen:

Grundsatz: Die ausgesetzten Transaktionen werden im ursprünglich geplanten Umfang ohne Rücksicht auf die Gesamthöhe des Waffenexports vorgenommen. Man erwartet so, daß die Verkäufe 1982 einen neuen Rekordstand von 20 Mrd Dollar erreichen.

Entwicklungsstufe: Die Vereinigten Staaten werden bestrebt sein, die Waffenarsenale der weniger entwickelten Länder nicht zu überladen. Man wird die Entscheidung über Lieferungen modernster Waffen nach der Funktion ihres Beitrages für die Stärkung des Potentials „der Abschreckung und Verteidigung“ treffen, ungeachtet der Gefahr, einen neuen lokalen Prozeß des Wettrüstens zu entfesseln.

Modifikationen: Anstatt diese Praktiken zu untersagen, ermutigt die Administration die amerikanischen Industriellen, „Material zu produzieren, das noch besser den Bedürfnissen der nichtindustriellen Ländern angepaßt ist, in Bezug auf Komplexität, Stand der Technisierung und Anschaffungspreis“ (in Wirklichkeit hatte schon die vorhergehende Regierung in diesem Punkt den Rückzug angetreten, als sie die Herstellung eines preiswerten Jagdflugzeuges für das Ausland billigte: des F-X).

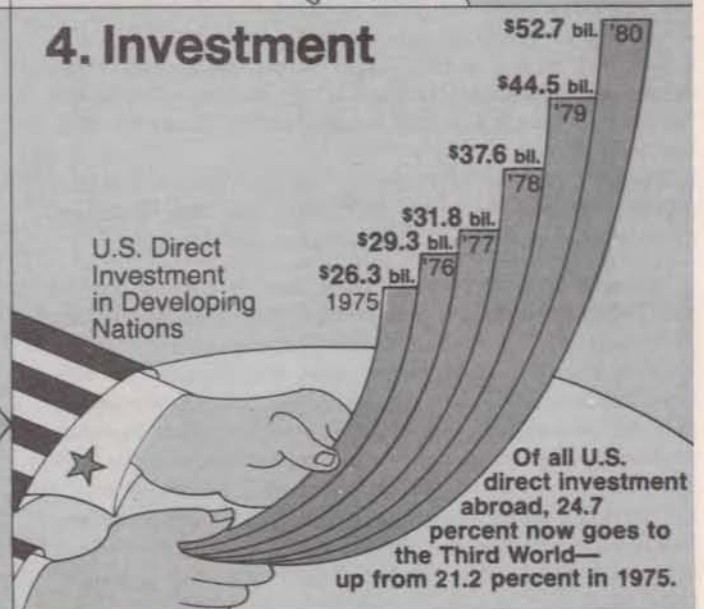
Koproduktion: Die Reagan-Administration hat nichts neues auf diesem Gebiet vorgesehen, aber sie wird sich für besondere Fälle interessieren, die sich ergeben könnten. Sie wird die finanziellen Interessen der amerikanischen Waffenlieferanten und den notwendigen Schutz der Spitzentechnologien berücksichtigen.

Verkaufsförderung: Die im „Brief der Leprakranken“ enthaltenen Empfehlungen vom August 1977 werden aufgehoben. Präsident Reagan empfiehlt dem amerikanischen Personal im Ausland, „die gleiche Ergebenheit und die gleiche Höflichkeit“ gegenüber den Waffenhändlern wie gegenüber den anderen amerikanischen Industriellen, die ihre Produkte exportieren wollen, an den Tag zu legen.

Politisierung des Waffenhandels

Menschenrechte: Wie Präsident Reagan kurze Zeit nach seiner Wahl erklärt hat, „glaubt er nicht, daß die Vereinigten Staaten gewissen Ländern ihre Hilfe verweigern können, weil sie nicht unsere Menschenrechtsvorstellungen vertreten“. Folglich hat die neue Administration den Kongreß ersucht, das Waffenembargo gegen Argentinien aufzuheben und die Lieferung modernster Waffen nach Südkorea zu beschleunigen.

Präsident Reagan geht noch weiter, wenn er neue Elemente in die Gesetzgebung einführt, die seinen Willen unterstreichen, einen relativ freien Waffenhandel zu fördern, besonders die Politisierung des Waffenhandels.





US-Überwachungsflugzeug AWACS in Riad

Die Waffenexporte haben immer eine wesentliche politische Wirklichkeit widerspiegelt: Man verkauft Waffen nur an seine Freunde oder an neutrale Länder, die die eigenen Interessen nicht bedrohen. Für J. Carter stellten die Waffenverkäufe eine „Destabilisierungsdrohung“ dar, und er machte die Exportkontrolle zu einem eigenständigen Ziel der amerikanischen Außenpolitik (ebenso wie seine Politik der Nichtweitergabe von Kerntechnik und -waffen).

R. Reagan unterstreicht im Gegenteil, daß die Waffenlieferungen ein unverzichtbares Werkzeug der Militärpolitik der USA seien: Sie stellen das internationale Gegenstück zur Stärkung des inneren Militärpotentials der Vereinigten Staaten dar. Das ist die Rückkehr zu den Doktrinen, die während des Kalten Krieges gültig waren. Der Verkauf von modernsten Waffen an China ist das spektakulärste Ereignis auf diesem Gebiet, da es die Spannungen mit Moskau eskaliert und ein neues Wettrüsten in Südostasien anheizt.

Die USA haben ebenfalls zugestimmt, für 2 Mrd Dollar modernste Waffen an Pakistan zu liefern, was zu einem Rüstungswettlauf mit Indien führen wird. Und sie beschleunigen die derzeit in Gang befindlichen Lieferungen an Ägypten, den Sudan und andere Länder, die als von Libyen bedroht gelten. Diese Initiativen, behaftet mit dem Risiko von Reaktionen der Sowjetunion und anderen Lieferländern, werden den Waffenhandel mit den Ländern der Dritten Welt anstacheln und gleichfalls die Konfliktrisiken vermehren.

Liberalisierung des Kredits: Präsident Carter hatte versucht, die amerikanische Industrie zu entmutigen, indem er die Kredite für ausländische Käufer begrenzte. Sein Nachfolger hat sich – im Gegensatz dazu – vorgenommen, den verarmten Ländern der Dritten Welt Anleihen zu sehr bevorzugten Zinssätzen zu gewähren. „Im heutigen wirtschaftlichen Klima können es sich gewisse Länder nicht leisten, Waffen zu normalen Bedingungen zu kaufen.“ M. Buckley schätzt, daß Washington diesen Ländern Kredite zu 3% Zinsen für Waffenkäufe gewährt.

In den Genuß dieser Maßnahmen ... kämen, falls der Kongreß zustimmen sollte, Ägypten, die Türkei, Thailand, Kenia und Somalia, ebenso der Sudan, El Salvador und Honduras.⁶

Eindringen in neue Märkte: Diese Absicht zielt besonders auf Lateinamerika, das seit einiger Zeit seine Waffen aus Europa bezog, wo leichter Kredite zu erhalten und die politischen Zwänge weniger streng sind. Um diese Märkte wiederzuerobern, hat R. Reagan die Absicht, die Beschränkungen aufzuheben, die sich auf die Menschenrechte beziehen und beispielsweise an Venezuela neue hochentwickelte Waffen wie die F-16 zu verkaufen. Washington möchte ebenfalls die Verkäufe nach Südasiens, Afrika (besonders Tunesien, Marokko, Kenia und den Sudan) und Südostasien (namentlich an Thailand, Indonesien, Malaysia und die Philippinen) steigern.

Diese Entscheidungen werden die Konkurrenz mit den

Hauptlieferanten dieser Regionen, besonders Frankreich und Großbritannien herausfordern – und auf lange Sicht den Gesamtumfang von Verkäufen modernster Waffen an Länder der Dritten Welt vergrößern. Also eine Intensivierung des Wettrüstens in instabilen Regionen und ein Anwachsen der Konfliktrisiken, verschlimmert noch durch die Weitergabe von Rüstungsgütern modernster Art. Und weiter trägt die Nutzung der schon schwachen wirtschaftlichen Ressourcen für militärische Zwecke dazu bei, den Status der Unterentwicklung und die Verschuldung zahlreicher Länder der Dritten Welt zu erhalten. Sie begünstigt also indirekt die Schwächung der demokratischen Entwicklungen.⁷

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1982)

Anmerkungen:

- 1) J. L. Buckley, Rede vor den Verantwortlichen der Vereinigung der Raum- und Luftfahrtindustrien, Williamsburg (Virginia), 21.5.1981 (Fassung des State Department)
- 2) Erklärung des Präsidenten über die Politik der Waffentransfers, Washington, 19.5.1977 (Pressecommuniqué des Weißen Hauses)
- 3) Siehe: M. R. Gordon, Die Konkurrenz mit der Sowjetunion inspiriert die Waffenhandelspolitik von Reagan, in: National Journal, Washington, 16.5.1981, S. 869-873
- 4) Erklärung des Präsidenten über die Politik des Waffenhandels, Washington, 8.7.1981 (Communiqué des Weißen Hauses, 9.7.1981)
- 5) Zit. nach: Newsweek, New York, 15.12.1980
- 6) Ministerium der Verteidigung, Vorlage des Budgets für den Kongreß: Militärische Hilfsprogramme, Steuerperiode 1982, Washington 1981, S. 14-15. Siehe ebenfalls: D.R. Griffith, Die Reagan-Administration begünstigt Waffenexporte, Aviation Week and Space Technology, 8.6.1981
- 7) Siehe: Stockholm International Peace Research Institute, Le commerce des armes avec le tiers-monde, Stockholm 1971. Ebenso: W. Mallmann, Waffentransfers in die Dritte Welt: Praktiken und Veränderungen in den Siebziger Jahren, Bulletin of Peace Proposals, Stockholm, Nr. 3/1979, S. 301-307

rote-blätter-
Abonnenten sparen.
Sie erhalten die
roten blätter
regelmäßig
und pünktlich.

rote-blätter-
Abonnenten...



- werden mit den neuesten Fakten aus dem realen Sozialismus versorgt.
- erhalten Analysen und Reportagen über die internationale antiimperialistische Bewegung.
- werden über neue interessante Entwicklungen in Politik, Kultur und Gesellschaft informiert.



- werden stets brandaktuell über die Aktionen und Forderungen der Studentenbewegung informiert.
- erhalten Informationen über die Kämpfe und Forderungen der Arbeiter aus erster Hand.



Erhältlich in allen collectiv-Buchhandlungen. Bestellungen an:
rote blätter, Weltkreis-Verlags-GmbH,
Postfach 789, 4600 Dortmund

K. Nkrumah und Ghanas Unabhängigkeit

Seit 1965 folgen im westafrikanischen Ghana die politischen Krisen rasch aufeinander. Die gegenwärtige fällt in einen Zeitraum, in dem sich zwei Daten jähren. Am 6. März 1957, vor 25 Jahren, mußte Großbritannien der Bevölkerung der Kronkolonie Goldküste die Unabhängigkeit zugestehen. Mit dem Freiheitskampf Ghanas ist der Name Dr. Kwame Nkrumahs untrennbar verbunden. Der kommende 27. April 1982 ist sein 10. Todestag.

Kwame Nkrumah wurde am 21. September 1909 geboren. Seine wesentliche Ausbildung fand zwischen 1935 und 1947 an amerikanischen und britischen Universitäten statt, wo er sich bereits politisch unter der afrikanischen Studentenschaft betätigte. Philosophie, Soziologie, Ökonomie und zeitweilig Theologie zählten zu seinen Studienfächern. Auf dem V. Panafrikanischen Kongreß 1945 in Manchester trat K. Nkrumah als Mitautor der bedeutenden „Deklaration an die Kolonialvölker“ hervor, in welcher diese erstmals zum aktiven und organisierten Kampf gegen Imperialismus und Kolonialherrschaft aufgerufen wurden. 1947 kehrte er in seine Heimat zurück.

In der Goldküste dominierte zu jener Zeit ökonomisch der monokulturelle Anbau von Kakao. Daneben waren Hauptexportgüter Gold und Edelhölzer; der Kakao erbrachte jedoch 2/3 der Exporterlöse. Die kolonialdeformierte Wirtschaftsstruktur wies desweiteren folgende typische Merkmale auf: ein regionales wirtschaftliches Gefälle (Konzentration des Kakaoanbaus auf zwei mittlere Provinzen); Gegensätze zwischen einer kleinen Schicht afrikanischer Kleinbauern und reicher Farmbesitzer einerseits und den Massen abhängig Arbeitender andererseits (u.a. Wander- und Saisonarbeiter aus dem armen Norden); schließlich eine Schar von 350.000 Binnenhändlern und Marktfräuen.

Kurz nach seiner Rückkehr wurde K. Nkrumah Generalsekretär des 1947 von Joseph Danquah gegründeten Vereinigten Kongresses der Goldküste (UGCC), doch bald brach er mit deren bürgerlich-konservativen Positionen. Auf einer Massenkundgebung in Accra am 12. Juni 1949 gibt Kwame Nkrumah vor 60.000 Anhängern die Konstituierung einer neuen Partei, der Volkskongreßpartei (CPP), bekannt. Er verkündet ein 6-Punkte-Programm: Nationale Einheit des Landes, Abschaffung aller Formen der Unterdrückung, bessere Arbeitsbedingungen, Befreiung des ganzen Kontinents, Selbstregierung des Volkes und – „Selbstregierung jetzt!“. Die neugeschaffene CPP stützt sich auf die Arbeiter und Bauern, die Jugend und die ehemaligen Soldaten des 2. Weltkrieges. Ihr Anhang wächst rasch, doch gegenläufige Strömungen auf Stammesebene und innerhalb einflussreicher sozialer Gruppen bleiben stark.

Ein Beispiel für ganz Afrika

K. Nkrumahs CPP begann eine Kampagne der „positiven Aktion“: politische Propaganda, Zeitungen, Aufklärungsfeldzüge, notfalls Streiks und Boykotte sollten die Unabhängigkeit erzwingen. Kwame Nkrumah wird 1950 verhaftet, doch die Kolonialmacht muß erstmals allgemeine Wahlen für den Februar 1951 ansetzen. In ihnen siegt die CPP – wenn auch dank des britischen Mehrheitswahlrechts – klar: von 38 Sitzen erhält sie 34. Nkrumah muß freigelassen werden. Als Regierungschef des unabhängigen Ghana – das seinen Namen von einem schon vor einem Jahrtausend existierenden gleichnamigen Königreich herleitet – tritt er am 6. März 1957 an die Spitze des ersten nach 1945 unabhängig gewordenen afrikanischen Staates südlich der Sahara.

K. Nkrumahs politische Philosophie ist geprägt von marxistischen Einflüssen wie von Positionen eines freilich vage definierten afrikanischen Bewußtseins bzw. einer afrikanischen Persönlichkeit. Nach diesen Grundsätzen sollte die Gestaltung Ghanas zu einem befreiten und perspektivisch sozialistischen Land vonstatten gehen. Kwame Nkrumahs große Vision bildete der Panafrikanismus, die Einigung des gesamten befreiten Afrika. Allerdings – und hier traf er sich mit den Auffassungen Amilcar Cabrals – hielt er diese nur für möglich auf der Basis allafrikanischer sozialistischer Verhältnisse. Folgerichtig wurde Kwame Nkrumah zum Hauptinitiator der afrikanischen Einigungsbemühungen.

Innenpolitisch zwangen die Realitäten der neokolonialen Verhältnisse K. Nkrumah schon ab 1958 zu einer Radikalisierung. 1962 wurde auf einem Parteikongreß die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Aufbau einer nichtkapitalistischen Gesellschaft zum Hauptziel erklärt. Eine ehrgeizige Bildungsreform erbrachte eine deutliche Verringerung des Analphabetentums. Ver-



Erste Ansprache Präsident Nkrumahs vor der Nationalversammlung Ghanas

suche, ideologische Schulungsarbeit zumal innerhalb der Partei zu leisten, blieben indessen weniger erfolgreich. Ebenso vermochte auch eine zunehmende Zahl z.B. in der Sowjetunion ausgebildeter Offiziere nicht das dramatische Übergewicht britisch erzogener Armeekader auszugleichen (noch 1960 war z.B. der Oberkommandierende der von der UNO in den Kongo entsandten ghanesischen Truppen ein britischer General).

K. Nkrumahs radikalprogressive Rolle in der Dritten Welt, die Aufnahme enger Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die innenpolitische Radikalisierung trugen ihm den Haß der internationalen Reaktion ein. Diese setzte auf die (verbotene) innere Opposition, so z.B. die Kräfte der alten UGCC-Führung und deren Anhängerschaft, und auf die konservative Armeespitze. Ein ökonomischer Boykott durch die USA und Großbritannien verstärkte den Druck.

Am 24. Februar 1966 putschte die Armeeführung in enger Absprache mit britischen und amerikanischen Geheimdiensten. Der britische Afrikanist D. Rogers vermerkte, daß „die Politik Nkrumahs gewissermaßen ein Rennen (war), um Zeit zu gewinnen, und zum Staatsstreich nahm man gerade deshalb Zuflucht, weil die Gefahr des Erfolges dieser Politik bestand. Der Putsch war keine Reaktion auf ökonomische Mißerfolge. Es handelte sich um einen politischen Akt, der darauf gerichtet war, den ökonomischen Fortschritt aufzuhalten.“

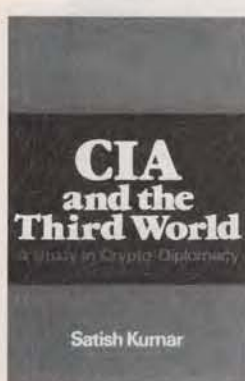
Allerdings erklärt dies den Erfolg des Putsches nicht allein, denn zu seinen Merkwürdigkeiten gehörte, daß er in der Bevölkerung kaum auf nennenswerte Gegenwehr stieß. So bilden die Schwierigkeiten, in einem gerade unabhängigen Land den schwierigen neuen Weg der Überwindung von regionalen und stammesmäßigen Gegensätzen, des Abbaus überkommener ökonomischer Herrschaftsstrukturen zu gehen, den Nährboden für die relative Stärke der reaktionären Kräfte. Hinzu kommen jedoch Schwächen der Politik und Ideologie Kwame Nkrumahs. Sie beginnen bei der Nichtdurchführung einer Umstrukturierung der Armee und ihrer Ersetzung durch Volksmilizen. Zugleich war bei allen Erfolgen auf diesem Gebiet Kwame Nkrumahs Organisationspolitik von konzeptionellen Fehlern gekennzeichnet. Die Organisation der Massen war nicht das Ergebnis einer Definition der historischen Bestimmung der unterdrückten Klassen, sondern folgte eher dem pragmatischen Konzept, mit ihrer Hilfe bestimmte Ziele zu erreichen. Entsprechend inkonsequent blieben die ideologische Arbeit und auch die Gestaltung des Verhältnisses der seit 1957 allein legalen CPP zum Staatsapparat, in dem sich bürokratische Tendenzen und Korruption ausbreiten konnten. Massenorganisationen und Staat existierten nebeneinander her.

Schwächen dieser Art, verbunden mit der Bekämpfung der Opposition, mündeten in undemokratische Maßnahmen, schlugen sich in einer Entmobilisierung der Massen nieder. Kwame Nkrumah zog nach 1966 im Exil selbst weiterreichende Lehren aus diesen Erfahrungen, so u.a. in der 1970 veröffentlichten Schrift „Klassenkampf in Afrika“. Kwame Nkrumah starb im Exil in der Republik Guinea. Einer seiner Nachfolger, General Acheampong, sah sich bereits zu einer Würdigung genötigt: „Ungeachtet seiner Fehler war er ein großer afrikanischer Führer ... Seine Dynamik, seine Liebe zum Volk und sein Enthusiasmus dienen uns als Beispiel.“ J. Ostrowsky

Standardwerke über den CIA

Die „Befreiung“ des CIA von den „unnötigen Fesseln“ vergangener Tage hatte J. Carter wie R. Reagan im Wahlkampf des Jahres 1980 versprochen. R. Reagan erinnerte sich anschließend gern daran. In zahlreichen Ämtern seiner Regierung finden sich Personen, deren Karriere im CIA begann: Frank Carlucci war schon vor 20 Jahren im Kongo dabei, heute ist er stellvertretender Verteidigungsminister; mit George Bush wurde ein ehemaliger CIA-Chef Vizepräsident. Rückbesinnung „auf traditionelle Weisheit und traditionellen Brauch“ kennzeichnet der gegenwärtigen UN-Botschafterin J. Kirkpatrick zufolge Washingtons neue Linie.

Zu welchen Traditionen da zurückgekehrt werden soll, deutet sich in einem Präsidentenerlaß an, nach dem der CIA wieder in den USA spionieren darf. Auf dem Weg in die Vergangenheit werden die Kontrollmöglichkeiten gegenüber den Geheimdiensten eingeschränkt, soll das Clark-Amendment aus dem Jahre 1976 aufgehoben werden und damit der CIA wieder für mehr als nur Informationssammlung gut sein. In deren herrlichsten Zeiten waren das u.a. Morde an Politikern, Putsche und Invasionen.



So nimmt es nicht wunder, daß jetzt, nachdem so „klassische“ Veröffentlichungen wie von J. Marchetti und V. Marks (*The CIA and the Cult of Intelligence*) schon fast vergessen waren, das Interesse am größten Geheimdienst der Welt wieder zunimmt. Davon zeugen u.a. folgende Bucherscheinerungen:

Satish Kumar, *CIA and the Third World. A Study in Crypto-Diplomacy*, Zed-Press, London 1981, 200 Seiten. Demnächst erhältlich über CON, Weserdeich 38, 2800 Bremen, ca. 25-30 DM.

Philip Agee, *CIA Intern. Tagebuch 1956-1974*, Attica-Verlag, Hamburg 1979, 511 Seiten, 29,80 DM.

Warner Poelchau (Hrsg.), *CIA gegen El Salvador. Der Bericht des Ex-Agenten Philip Agee über Praktiken der CIA in Lateinamerika*, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1981, 224 Seiten, 14,80 DM.

S. Kumar, Professor an der Nehru-Universität in Neu-Delhi, stellt zum einen alle großen CIA-Operationen in Asien, Afrika und Lateinamerika vor, wobei er sich auf zahllose über den CIA erschienenen Bücher, Protokolle der Untersuchungsausschüsse des US-Kongresses usw. bezieht. Der Iran, der Kongo, Guatemala, Kuba und Vietnam sind einige der Tatorte von knapp und präzise erläuterten CIA-Verbrechen. Zeitlich beendet der Autor seine Untersuchung leider mit dem durch das Clark-Amendment 1976 erzwungenen Stopp militärischer Unterstützung rechter Gruppen im angolanischen Befreiungskrieg.

Besonderen Raum gibt er den Operationen gegen die Allende-Regierung (1970-73) in Chile. Diese erweisen sich als ein Musterbeispiel für die planvolle Anwendung verschiedenster geheimdienstlicher Techniken in einer bestimmten „Ökologie“, womit die jeweilige politische, wirtschaftliche und soziale Situation eines Landes gemeint ist. Diese „Techno-ökologie“ genannte Regel des situationsbedingten Einsatzes spezieller Mittel ließ die Eskalation steuern. Die Operation Chile konnte mit bekanntem Ergebnis „erfolgreich“ abgeschlossen werden.

Ziel des Buches von S. Kumar ist es, die Aufmerksamkeit der Dritten Welt für derartige Vorgänge zu schärfen. Daher beschränkt er sich auch nicht auf Fallbeispiele. Er ordnet die CIA-Aktivitäten als ein bewußt angewandtes Mittel der US-Außenpolitik ein, das da zur Entfaltung kommt, wo traditionelle Diplomatie ihre Grenzen findet. Überzeugend belegt S. Kumar, warum es seit dem 2. Weltkrieg zu dieser wichtigen Rolle der Geheimdienste und ihrer enormen Aktivität in der Dritten Welt gekommen ist. Die Unmöglichkeit, den Sozialismus – auch militärisch – zurückzudrängen, die aus politischen

Gründen verminderte Fähigkeit, überall militärisch zu intervenieren, ließen geheime Aktivitäten wie die des CIA zum idealen Mittel werden, den Sozialismus besonders in den sich emanzipierenden Ländern der Dritten Welt einzudämmen.

Eigentlich wollte S. Kumar auch über den sowjetischen Geheimdienst KGB schreiben, aber der Mangel an Beweisen zwang ihn zur (im Vorwort bedauerten) Beschränkung auf den CIA. Die vom Autor zuweilen bemühte „Supermachttheorie“ läßt sich an den Geheimdiensten eben nicht beweisen.

Wer sich weniger intensiv mit dem CIA beschäftigen oder auch den geheimdienstlichen Alltag kennenlernen möchte, kann die Agenten-Romane weglegen. Denn seit einiger Zeit gibt es auch auf deutsch das Tagebuch des ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee. Es ist ein Buch zum Schmökern. Und hat man das getan, kann man etliche andere Bücher zur Geschichte Lateinamerikas getrost verstauben lassen. Es ist die Story eines Insiders, der die Geschichte gebogen hat, eines Agenten, der beschreibt wie das geht – cool und sachlich, wie solche Leute nun mal sind.

Ph. Agee begann seine 12jährige Geheimdienst-Karriere unmittelbar nach dem Hochschulabschluß 1956. Wie er lernt der Leser zunächst den Aufbau, die Ziele und die Ausbildung des CIA kennen. Seine erste Mission führte ihn nach Ecuador, wo es u.a. galt, zum Wohle der nationalen Sicherheit der USA einen kubafreundlichen Präsidenten aus dem Amt zu jagen. Hier lernte er Gewerkschaftsinfiltration, Journalistenkauf, Lauschangriffe, Aushaltung von rechten Terrorbanden usw. in der Praxis.

Sein nächster Job an der US-Botschaft in Montevideo/Uruguay war vergleichsweise ruhig – ging es doch lediglich um Niederhaltung der linken Opposition. Vergeblich, denn in dieser Zeit erstarkte mit demokratischen Massenbewegungen die Kommunistische Partei, entstand die später gescheiterte Stadtguerilla („Tupamaros“). Die zufällige Erfahrung, daß der CIA dort Folterspezialisten ausbildet, lösten erste Bedenken aus.

Diese wurden komplettiert, als der Autor in Mexiko unter sportlichem Deckmantel anläßlich der Olympiade 1968 den Aufstand der armen Massen gegen die ungeheure Verschwendung der Spiele miterlebte. Er quittierte den Dienst und begann sein Buch zu schreiben. Der CIA behinderte und bedrohte ihn und seine Familie nicht nur; Ph. Agee wurde nach allen Regeln geheimdienstlicher Kunst gejagt. Er entschloß sich, alle Einzelheiten und Namen zu nennen. Als das englische Original 1975 endlich erschien, war es eine Sensation. Die leicht gekürzte deutsche Übersetzung des Bestsellers kommt eigentlich viel zu spät.

Seitdem hat Ph. Agee durch Veröffentlichung immer wieder die Pläne des CIA durchkreuzt. Jüngstes Beispiel dafür ist der Fall El Salvador. Warner Poelchau hat Ph. Agees Untersuchungen über dortige Aktivitäten herausgegeben. Ein aus angeblich von der Befreiungsbewegung El Salvadors erbeuteten Dokumenten zusammengestelltes „Weißbuch über kommunistische Einmischung“, mit dem die USA ihre eigene Einmischung zu verschleiern und zu entschuldigen suchten, ist in dem vorliegenden Buch vollständig abgedruckt. Der in solchen Dingen erfahrene Exagent Ph. Agee führt dagegen den bisher gründlichsten Beweis, daß es sich um Fälschungen aus der Feder des CIA handelt.

Ferner veröffentlicht er ein ihm zugespieltes Kritik-Papier von Mitarbeitern des CIA, des Pentagons, des Außenministeriums u.a. Behörden, welche die immer offener werdende Intervention der Reagan-Administration in Mittelamerika beklagen. Selbst in diesem scheinbar realistischen und liberalen Papier wird eher eine geheime Intervention angeregt. So soll die einheitliche Führung paramilitärischer rechter Banden in Guatemala, El Salvador und Honduras und ihre Koordination mit den von US-Beratern geleiteten jeweiligen Armeen verbessert werden.

So richtig hellhörig wird allerdings jeder, der von der Operation Phoenix in Vietnam gehört hat, im Kapitel über die Arbeit des Amerikanischen Instituts für die Entwicklung Freier Gewerkschaften (AIFLD), einer CIA-Organisation, in El Salvador. Dort ist jener Professor der Rechte, R. Prostermann, der sich das vietnamesische Massenmord-Programm ausheckte, heute Chefberater eines ähnlichen Programms. Und in einem Prozeß gegen Ph. Agee bestätigte der Generalstaatsanwalt der USA, daß wie in Vietnam CIA-Agenten dabei sind, per „Pazifizierung“ ländlicher Gebiete den Militärs die Opfer weiterer Morde aufzuspüren.

Ein neues Vietnam in El Salvador? Diese für alle Mittelamerika-Interessierten wichtigen Enthüllungen, sind bereits ein Beitrag zum Kampf gegen eine solche Entwicklung.

L. Schmitz

Iraner-Denunziation

Mit Hungerstreiks haben im Dezember 1981 und im Januar 1982 fortschrittliche iranische Studenten in Bochum, Kiel und Frankfurt protestiert. Sie wandten sich damit gegen von den Medien ignorierte und von den Behörden geduldete Denunziations- und Gewaltakte durch Schah-Anhänger, ehemalige SAVAK-Agenten, Maoisten und Anhänger der Volksmodjahedin. Anhänger der Tudeh Partei, der Volksfedayin (Mehrheit) und andere progressive islamische Studenten werden als „Khomeini-Spitzel“ bezeichnet, angegriffen und ihnen wird mit der Unterstützung bestimmter ASten jegliche politische Aktivität an einigen Hochschulen verwehrt.

Einen Höhepunkt hat diese Kampagne mit der Verteilung von anonymen, gleichlautenden Flugblättern in Studentenwohnheimen mehrerer Universitätsstädte erreicht, in denen die Namen und die Organisationszugehörigkeit fortschrittlicher iranischer Heimbewohner aufgelistet sind und zu ihrer Bekämpfung aufgerufen wird.

ASK-Solidaritätskonzert

NEIN ZUR US-INTERVENTION IN MITTELAMERIKA!
HÄNDE WEG VON EL SALVADOR!

28.2., 19.00, Hamburg, Fabrik
2.3., 19.30, Münster, PH-Aula, Scharnhorststr.
3.3., 19.30, Essen, Aula der ehem. TH, H. Dunant-Str.
4.3., 19.00, Duisburg, Aula der G. Bäumer-Schule,
Oststr. 48 (Nähe Hbf.-Ostausgang)
6.3., 19.30, Frankfurt, Volkshaus

Es treten auf:

Quintetto Tiempo (Argentinien)
Banda Tepeuaní (El Salvador)
Bustos-Zeledón (Nikaragua)
Gevaldo Rodríguez (Chile)

Es spricht:

ein Vertreter der FMLN/FDR



Neues Plakat des ASK für Solidaritätsaktionen:
Format DIN A 2 (lang); Preis 1,50 (ab 10 Ex. 1,20)
Best. adr. Antimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M. 1, 0611/234659

Uran aus Namibia?

„Illegaler Export von Uran aus Namibia“ hieß das Thema eines Seminars der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), welches vom 16. - 17. Januar 1982 in Königswinter bei Bonn stattfand. U.a. nahmen drei Vertreter der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und zahlreiche Solidaritätsgruppen teil.

Anlässlich des ersten Treffens der Namibia-Kontaktgruppe in der BRD am 25./26. Januar d.J. in Bonn verabschiedeten die Seminar-Teilnehmer eine Protestresolution an die Regierungen der 5 westlichen Länder (BRD, USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada), in der es heißt:

„Der anhaltende Krieg in Namibia und Südafrika fällt auch in die Verantwortung der westlichen Länder, die dem Apartheidregime volle wirtschaftliche, militärische, nukleare, kulturelle und politische Unterstützung leisten. Sie sind die wichtigsten Verbündeten eines Systems, das von den Vereinten Nationen 1978 als 'Verbrechen gegen die Menschlichkeit' verurteilt wurde.

Die Apartheid-Kriegsmaschinerie wird durch eben die Länder, die die Namibia-Kontaktgruppe bilden, unterhalten und sogar vergrößert. Wir, die Teilnehmer des obigen Seminars, das sich mit dem Raubbau des Urans in Namibia und dessen illegalen Export in die Bundesrepublik beschäftigte, fordern die Regierungen der Länder der Namibia-Kontaktgruppe auf, wirksame Schritte gegen das Apartheidregime und dessen illegale Besetzung Namibias zu unternehmen, durch

1. die Einhaltung des Dekretes Nr. 1 des UNO-Rates für Namibia zum Schutz der namibianischen Bodenschätze;
2. die Ausführung der UNO-Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrates vom September 1978 ohne Änderungen, Zusätze oder Anlagen;
3. die Beendigung der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Apartheidregime;
4. die Anwendung von umfassenden, bindenden Sanktionen gegen Südafrika;
5. Anerkennung und Unterstützung der SWAPO und des African National Congress (South Africa);
6. Unterstützung der südafrikanischen und namibianischen Flüchtlingslager in den Frontstaaten;
7. Druck auf Südafrika zur Freilassung aller politischen Gefangenen;
8. politische und wirtschaftliche Unterstützung von und Zusammenarbeit mit den Frontstaaten im Südlichen Afrika.“

Haiti-Komitee

Um die hiesige Öffentlichkeit über die wirklichen Zustände auf Haiti zu informieren – soziale und ökonomische Mißstände, eine Repression, die mehr als 1/5 der Bevölkerung ins Exil trieb – hat sich jüngst in Köln ein Haiti-Informationsbüro (HIB) gegründet. Neben der Aufklärungsarbeit und dem Sammeln von Materialien zu Haiti will das HIB die auf Haiti entstehende Oppositionsbewegung durch praktische Solidaritätsarbeit hierzulande unterstützen. Näheres bei: HIB, Severinstr. 1, 5000 Köln 1.

Aktueller Buchtip: H. Belafonte

Als „Calypso“-Sänger und Unterhaltungskünstler machte Harry Belafonte seit Jahrzehnten von sich reden, hierzulande in den letzten Jahren auch durch sein couragiertes Auftreten für die Solidarität mit den Völkern Südafrikas, Chiles usw. und für die Friedensbewegung. Am 10.10. 1981 in Bonn und beim 2. Krefelder Forum am 21.11. 1981 in Dortmund war der in den USA lebende Jamaikaner mit von der Partie. Der Hamburger Publizist Günter Amendt hat mit H. Belafonte während dessen letzter Europa-Tournee lange Gespräche geführt, die nun in Buchform nachzulesen sind:

Harry Belafonte

Was mich bewegt

Gespräche mit
Günter Amendt
Konkret
Literatur Verlag



Harry Belafonte, Was mich bewegt. Gespräche mit Günter Amendt, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1982, 200 Seiten, 16,80 DM.

H. Belafonte beschreibt sein früheres Engagement in der amerikanischen Bürgerrechts- und Vietnam-Bewegung, seine Begegnungen mit den Kennedys. Er wendet sich gegen die Diskriminierung der Afroamerikaner und Farbigen in den USA ebenso wie gegen die Unterdrückung und neokoloniale Ausplünderung der Völker Lateinamerikas.

Nachdrücklich warnt der Weltstar vor den Gefahren des Konfrontationskurses der Reagan-Administration: „Es geht nicht um Personen. Je mehr er es schafft, überall in der Welt öffentliche Unterstützung für seine Regierung zu finden, desto länger kann er seine Politik fortführen. Deshalb glaube ich, daß es sehr wichtig für uns ist, Bündnisse zu schließen und fortschrittliche und liberale Kräfte überall in der Welt zu unterstützen... Die Schwarzen in den USA brauchen ein demokratisches Lateinamerika, sie brauchen die Länder in Afrika, die Führer haben, die wirklich für sozialen und politischen Fortschritt sind, die gleiche wirtschaftliche Möglichkeiten für alle Menschen schaffen.“

Kampuchea

Eine seit Monaten betriebene „lockere Koalition“ zwischen den „Roten Khmer“ Pol Pots, den „Weißen Khmer“ Son Sanns und dem Prinzen Sihanouk ist Ende Januar d.J. am Widerstand der Pol-Pot-Bande erst einmal gescheitert. Dieses Unternehmen, das von den USA und der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) vereint gefördert wurde, sollte die Völkermordclique um Pol Pot international akzeptabler machen und zugleich Kanäle für die finanziell-militärische Unterstützung der beiden anderen Gruppen öffnen. Das Vorhaben ist vor allem an der Haltung Chinas gescheitert, weil er eine untergeordnete Rolle seiner Favoriten vorsah. Diese, die Pol-Pot-Gruppierung, hat deshalb neue Verhandlungen zwischen den drei Gruppen vorgeschlagen. Ein weiterer Grund für das Scheitern sind neben dem Mißtrauen zwischen den drei Gruppen, auch die Vorbehalte einiger ASEAN-Staaten gegen die chinesische Politik in Südostasien und gegen ein denkbare Kampuchea unter chinesischer Vorherrschaft. Über Waffenlieferungen an die geplante Koalition konnte deshalb keine Einigkeit erzielt werden.

Dabei ist gerade dieses Schüren der Spannungen in der Region die Ursache für die Präsenz vietnamesischer Truppen in Kampuchea: „Es ist für jeden klar, daß wir uns vollständig zurückziehen werden, wenn China seine Bedrohung Indochinas beendet“, erklärte der vietnamesische Außenminister Nguyen Co Thach.

Korea

Der südkoreanische Präsident Chon Du Hwan hat am 22.1.1982 eine „neue“ Friedensinitiative zur Wiedervereinigung mit Nordkorea gestartet. Mit einem 20-Punkte-Paket hat Seoul endlich eine zusammenfassende Antwort auf den 10-Punkte-Plan Kim Il Sung vom Herbst 1980 gefunden.

Vorgeschlagen wird in dem südkoreanischen Plan, daß eine „beratende Konferenz für die Wiedervereinigung“ eine gesamt-koreanische Verfassung ausarbeiten möge. Der Entwurf soll dann durch ein Referendum im ganzen Lande Gesetz werden. Am Ende stünden freie Wahlen.

Doch eine Verwirklichung aller Vorschläge (u.a. auch die Vollmitgliedschaft beider Staaten in der UNO und Familienzusammenführung) macht Seoul von einer vorherigen Übereinkunft beider Regierungen abhängig, daß beide Seiten „die existierende Ordnung des anderen Teils“ anerkennen und „die von der anderen Seite geschlossenen internationalen Verträge“ respektieren.

Doch in den beiden zuletzt genannten Punkten unterscheiden sich die Interessen radikal. Zum einen will die Regierung in Pjöngjang mit der derzeitigen in Seoul nichts zu tun haben. Aus gutem Grund, verstärkt doch das faschistische Regime im Süden seine Repression. Laut Agentur-Berichten verhaftete die Polizei am 4.2.1982 allein in Seoul 11.679 Menschen. Nordkorea fordert die sofortige Freilassung aller Regimegegner. Zum anderen besteht Pjöngjang auf dem Abzug der rund 40.000 in Südkorea stationierten US-Soldaten und auf der Aufkündigung aller militärischer Verträge.

Bei solcher Verschiedenheit ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Fortschritte nicht zu hoffen.

Indien

Zum 19.1.1982 hatten die acht indischen Gewerkschaftszentralen und mehrere Oppositionsparteien die Industriearbeiterschaft zu einem landesweiten Generalstreik aufgerufen. Vor und während des Streiks ließ die Regierung Indira Gandhis 25.000 Personen verhaften. In mehreren Bundesstaaten eröffnete die Polizei das Feuer auf Streikende und tötete mindestens 10 Menschen.

Der Generalstreik wandte sich gegen das 1981 erlassene „Gesetz über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste“, das Streiks in von der Regierung näher bezeichneten Unternehmen verbietet. Außerdem war er gegen das 1980 verabschiedete „Nationale Sicherheitsgesetz“ gerichtet, welches ohne Angabe von Gründen eine Vorbeugehaft ermöglicht. Desweiteren richtete sich der Generalstreik gegen die derzeitige Verschärfung der sozialen Lage der unterprivilegierten Mehrheit, die sich u.a. in drastischen Sozialkürzungen und in einer Inflation von 20% ausdrückt.

Diese soziale Verschärfung ist direkte Folge der Kapitulation der indischen Regierung vor den Bedingungen des Internationalen Währungsfonds (IMF). Dieser hatte die Vergabe eines 5,8-Mrd-Dollar-Kredits an die Bedingung geknüpft, I. Ghandi müsse die staatlich festgesetzten Preise für Elektrizität, Kohle, Zement, Transporte und Kunstdünger freigeben, die indirekten Steuern erhöhen, sowie jene Subventionen streichen bzw. kürzen, welche Nahrungsmittelpreise stützen und die soziale Wohlfahrt und Arbeitslosenunterstützung abdecken. Die Regierung Gandhi hat diesem Druck durchgängig nachgegeben.

Naher Osten

Nachdem am 20.1.1982 im UN-Sicherheitsrat ein Sanktionsbeschuß gegen Israel wegen dessen Golan-Annexion (siehe AIB 2/1982, S. 4ff.) am Veto der USA gescheitert war, befaßte sich Anfang Februar d.J. eine Sondertagung der UN-Vollversammlung mit dieser Frage. Mit 86:21 Stimmen verabschiedete sie am 5.2.1982 eine Entschließung, in der Israel wegen seiner Weigerung verurteilt wird, die völkerrechtswidrige Annexion des syrischen Golan rückgängig zu machen. Weiter empfiehlt die Resolution allen Staaten, die Beziehungen zu Israel zu suspendieren und jede Rüstungshilfe an den Aggressor einzustellen. Die USA und die EG-Mehrheit, darunter die Bundesrepublik, stimmten gegen die Resolution; Ägypten übte Stimmenthaltung.

Ende Januar d.J. endete auch die zweite Nahost-Visite des US-Außenministers Haig, die

auf eine Reaktivierung der festgefahrenen israelisch-ägyptischen Autonomieverhandlungen über die Perspektive des palästinensischen Westjordan- und Gazagebietes abzielte, ergebnislos. Die ägyptische Regierung Mubarak fordert die Beteiligung der Palästinenser am Verhandlungsprozeß und einen palästinensischen „Verwaltungsrat“ mit echten Befugnissen. Die Regierung Begin möchte hingegen den 1,2 Mio Palästinensern in den besetzten Gebieten allenfalls die Rechte eines Gemeindeparkaments zugestehen.

Bei seiner ersten Auslandsreise, die Präsident Mubarak Anfang Februar d.J. nach Rom, Paris, Washington und Bonn führte, warnte er davor, die Palästinenser weiterhin von Nahost-Verhandlungen auszuschließen. Von R. Reagan forderte er – erfolglos – eine Anhebung der Militärhilfe für Ägypten von 1,3 Mrd Dollar auf 1,7 Mrd Dollar (Summe für Israel). In allen Hauptstädten versicherte H. Mubarak, seine Regierung werde erst einmal am Camp-David-Separatprozeß festhalten.

Ägypten

Zur Jahreswende häuften sich die Anzeichen für Korrekturen von Sadats Politik. Einmal versuchte Präsident Mubarak mit der Opposition ins Gespräch zu kommen, wofür sich sein Spielraum nach dem Abzug der letzten israelischen Truppen von der Sinai-Halbinsel im April 1982 – entsprechend dem Camp-David-Abkommen, dem Hauptkritikpunkt der Opposition – vergrößern dürfte. Zum andern sind seit dem November letzten Jahres ungefähr 100 politische Gefangene freigelassen worden, darunter der Führer der Moslembrüder, Talmassani.

I. Schukri, der Führer der im Parlament vertretenen Sozialistischen Arbeiterpartei, hat Präsident Mubarak aufgefordert, zu einer Politik der „Harmonisierung“ mit der Opposition überzugehen, nachdem er den Vorschlag einer gemeinsamen Aktionsplattform aller Oppositionsparteien abgelehnt hatte. I. Schukri ist von H. Mubarak im übrigen gebeten worden, als Vermittler zur Nationalprogressiven Unionistischen Sammlungsbewegung (RNPU) zu fungieren. Diese zeigte sich jedoch bislang skeptisch reserviert gegenüber einer solchen „Harmonisierung“. Als hierfür notwendige Voraussetzungen sieht sie u.a.: die Rückkehr Ägyptens in die Reihen der arabischen Befreiungsbewegung; eine Politik der Nichtanlehnung an die USA; die bevorzugte Stärkung des staatlichen Wirtschaftssektors; die Aufhebung der Ausnahme Gesetze und die Freilassung aller politischen Gefangenen.



Bonn-Besucher H. Mubarak (r.) bei Bundeskanzler Schmidt

Türkei

Im Januar d.J. wurde im Europaparlament eine Resolution verabschiedet, die Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei, Betätigungsfreiheit für alle demokratischen Organisationen fordert und die die Prozesse gegen 52 DISK-Gewerkschafter verurteilt. Der türkische Militärstaatsanwalt hat angekündigt, daß er die Todesstrafe beantragen werde. Trotz 70 seit dem Putsch in der Haft durch Folter Verstorbener und 30.000 politischen Gefangenen hatten die bundesdeutschen Europaparlamentarier Kai Uwe von Hassel (CDU) und Gerd Lemmer bei einem Besuch in der Türkei nichts Besseres zu tun, als zu erklären, die Resolution des Europäischen Parlaments habe kein Gewicht, da an der Abstimmung zu wenig Parlamentarier teilgenommen hätten.

Südafrika

Winnie Mandela, die Frau des auf der KZ-Insel Robben Island inhaftierten Präsidenten des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) Nelson Mandela, wird für weitere 5 Jahre in der Verbannung leben müssen. 15 Jahre ist die 47jährige schon verbannt; rechnet man die in Gefängnissen verbrachte Zeit hinzu, hat sie in den letzten 20 Jahren nur 11 Monate die eingeschränkten „Freiheiten“ anderer nichtweißer Südafrikaner „genießen“ können.



Sie darf nachts ihren Verbannungsort Brandfort (50 km nordwestlich von Bloemfontein) und an Wochenenden auch ihr Haus nicht verlassen. Es ist ihr verboten zu schreiben, sie kann nie mehr als eine Person empfangen oder besuchen und sie wird ständig von der Polizei überwacht. Das Recht, zweimal monatlich für 45 Minuten ihren Mann zu besuchen, kann sie wegen weiterer Einschränkungen nur selten wahrnehmen. Dieses Leben als „Unperson“ teilt Winnie Mandela mit derzeit über 100 weiteren Verbannten Südafrikaner.

Namibia

Der jüngste Drei-Phasen-Plan der westlichen Kontaktgruppe für die Lösung des Namibia-Konflikts ist bereits in seiner ersten Phase, die eine Einigung der Konfliktparteien über verfassungspolitische Richtlinien bis Ende Januar d.J. vorsah (vgl. AIB 2/1982, S. 16-34), steckengeblieben. Am 25.1. 1982 gab

die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) den Westmächten bekannt, daß sie das von diesen vorgeschlagene Wahlsystem für die Verfassungsgebende Versammlung ablehne, da es gegen den Grundsatz „Ein Mann – Eine Stimme“ verstoße. Nach diesem System sollte die eine Hälfte der Sitze nach dem Direktwahlsystem vergeben werden, die andere Hälfte nach dem Verhältniswahlrecht. Südafrika, das seine Antwort bis zuletzt hinausgezögert hatte, fiel es daraufhin leicht, am 29.1. 1982 seine volle Zustimmung zu dem Regelungsangebot der Kontaktgruppe zu verkünden.

Sudan

Trotz einer Wirtschafts- und Militärhilfe der USA von 215 Mio Dollar im Jahr 1981, trotz der Verlängerung von Bankkrediten ist der Sudan nicht der erhoffte stabile Verbündete geworden. Enorme Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, eingefrorene Löhne u.a.m. (Bedingungen eines weiteren 220 Mio Dollar-Kredites des Internationalen Währungsfonds) führten Anfang Januar d.J. zu aufstandsartigen landesweiten Protestaktionen.

Besonders im unterprivilegierten Süden des Landes, wo unlängst umfangreiche Öllagerungen gefunden wurden, nahmen die Auseinandersetzungen wegen der den Norden bevorzugenden Wirtschaftspolitik besondere Schärfe an. Die durch Auflösung des Regionalparlaments, seiner Regierung und die geplante Zersplitterung in drei Teilregionen beabsichtigte Einschränkung der Autonomie des Südens lieferten weiteren Zündstoff. Wegen angeblicher Bildung einer autonomen Regierung wurden 20 führende Politiker aus dem Südsudan festgenommen.

Den Widerstand in seiner eigenen Sozialistischen Union Sudans (SSU) versuchte Präsident Numeiri Mitte Januar d.J. vergeblich durch Rücktrittsdrohungen einzudämmen. Anfang Februar d.J. feuerte er seinen „Kronprinzen“ Vizepräsident Chalil aus Partei- und Regierungämtern und verfügte die Auflösung des Zentralkomitees und Politbüros der SSU.

Äthiopien

Die Erfolge der äthiopischen Revolution waren schon immer für die westliche Presse Anlaß genug, diese mit Hilfe der Propaganda der eritreischen Sezessionisten zu vertuschen. So berichtet die Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF), die größte der Separatistengruppen, von einer großen Offensive „mit sowjetischer, libyscher und südjemenitischer Unterstützung“. Das äthiopische Staatsoberhaupt Mengistu Haile Mariam hätte angekündigt, „er werde die Rebellion in Eritrea jetzt zerschmettern“. (FAZ, 27.2. 1982)

Richtig ist, daß Oberstleutnant Mengistu am 25.1. 1982 in Asmara ein Programm zum verstärkten wirtschaftlichen Wiederaufbau Eritreas verkündet hat. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß die Kampfhandlungen und Sabotageakte der Separatisten einer Weiterentwicklung ständigen Schaden zufügten. Angesichts der weiteren eritreischen Ablehnung von Verhandlungen zeichnet sich eine neuerliche militärische Zuspitzung in der Provinz ab.

Afrika – BRD

Rainer Offergeld, sozialdemokratischer Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, reiste Ende Januar d.J. durch die afrikanischen Länder Somalia, Kenia und Volksrepublik Kongo. Der Minister sah sich veranlaßt, die Möglichkeiten deutscher Entwicklungshilfe zu erläutern, gehe es doch darum, „die Blockfreiheit der 3. Welt zu stärken“ (FAZ, 30.1.1982). Beispielsweise, so R. Offergeld weiter, müsse die Bonner Entwicklungspolitik gegenüber der VR Kongo darauf abheben, sie aus „ihrer einseitigen Bindung an den Ostblock“ zu lösen.

Daß sich die Bundesregierung dabei nicht als ein „humanitäres Unternehmen“ versteht, steht außer Frage. So lehnt Bonn es weiterhin ab, Staaten, die nicht zu den 30 ärmsten Ländern der Dritten Welt gehören, eine nicht-rückzahlbare Kapitalhilfe zu gewähren.

Weltbank/IMF – Kostarika

Um 37%, von 4,1 auf 2,6 Mrd Dollar, hat die Weltbank im laufenden Haushaltsjahr ihre Kredite gekürzt, die zu Vorzugskonditionen über ihre Filiale IDA vornehmlich an die ärmsten Entwicklungsländer (LLDCs) ausbezahlt werden. Die Kürzungen wurden notwendig, nachdem die USA im Zeichen der Reagan'schen Sparpolitik ihre Weltbankzahlungen von ursprünglich geplanten 1,04 Mrd auf 700 Mio Dollar zusammengestrichen hatten. Betroffen von den Weltbankkürzungen sind nun in erster Linie die klassischen Hungerländer Südasien und die Länder des subsaharischen Afrika, die 43 bzw. 18% weniger Kredite erhalten. Leicht angehoben wurden demgegenüber die Weltbankkredite zu harten Marktkonditionen (13% Zinsen), für die Bank jedoch eher Geschäft denn „Entwicklungshilfe“.

Die Weltbank-Schwester-Organisation Internationaler Währungsfonds (IMF) versucht unterdessen mit Kostarika ein weiteres Land der „Reaganomics“ zu unterwerfen. Das mit 54% Inflation, 4 Mrd Dollar Auslandsschulden, über 10% Arbeitslosigkeit und einer Währungsabwertung von 400% (gegenüber dem US-Dollar) 1981 kurz vor dem ökonomischen Bankrott stehende mittelamerikanische Land verfügt über nur wenig Spielraum gegenüber dem Diktat des IMF. Selbst der konservative Präsident Rodrigo Carazo klagte in einer Fernsehansprache Mitte Januar d.J., von seiten des IMF sei „so grober Druck ausgeübt worden, daß man sich gezwungen sah, die IMF-Repräsentanten zum Verlassen der Republik aufzufordern“. Eng begrenzt sind folglich auch die Realisierungschancen des von Luis Alberto Monge vertretenen Programms der „Rückkehr zum Land“, das die Agrarproduktion für den Export steigern, neue Arbeitsplätze schaffen und die Landflucht stoppen will. L.A. Monge ging als Spitzenkandidat der sozialdemokratisch orientierten Partei der Nationalen Befreiung (PLN) siegreich aus den Präsidentschaftswahlen am 7.2. 1981 hervor.

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig bei Redaktion
und Post bekanntgeben!**

El Salvador: Brot und/oder Waffen?

In ihrer Ausgabe Nr. 15/20.12.1981 hat die in Kiel erscheinende Zeitschrift Nicaragua-Aktuell einen Artikel zum Thema „Waffen, Stundenlohn oder Brot?“ veröffentlicht, in dem die vom Anti-imperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) initiierte Kampagne „Brot für El Salvador – Spendet für die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete!“ (Wortlaut des Aufrufs in AIB 1/82, S.60) scharf kritisiert wird. Die Kritik stützt sich auf die Behauptung, die ASK-Kampagne würde, entgegen der Absprache mit dem Büro der Bonner FDR/FMLN-Vertretung, nicht als ASK-interne, sondern als öffentliche Kampagne durchgeführt. Der Vorwurf des Artikelschreibers (Fazit: „Wahrlich kein korrektes Verhalten des ASK.“) fällt nun auf ihn selbst zurück. Denn jene Bonner FDR/FMLN-Vertretung, auf die er sich beruft, stellte selbst am 20.1.1982 in einem Schreiben klar: „Das ASK hat diese Kampagne in vollem Einverständnis mit dem Bonner FMLN/FDR-Büro gestartet, und wir legen großen Wert darauf festzustellen, daß diese Kampagne keine ASK-interne, sondern eine – von uns gebilligte – öffentliche Aktion ist.“

Man könnte es bei der Wiedergabe dieser Richtigstellung belassen, ginge mit dem Angriff auf die ASK-Aktion nicht das Schüren von Vorurteilen einher, die innerhalb und außerhalb der El-Salvador-Bewegung ohnehin virulent sind. Denn an gleicher Stelle wird der ASK-Kampagne die Existenzberechtigung abgesprochen bzw. ein eigener Abqualifizierungsanspruch angemeldet, was weder den Bedürfnissen der Befreiungsbewegung FDR/FMLN entspricht, noch im Interesse einer möglichst breiten Solidarität in der Bundesrepublik liegen dürfte. Oder worum sonst geht es bei der folgenden Argumentation in Nicaragua-Aktuell:

„Für die NA-Redaktion ist es schwer vorstellbar, daß das ASK im Gegensatz zu den Initiatoren des Stundenlohn-Aufrufs („Ein Stundenlohn für El Salvador“; Erstunterzeichner: Helmut Gollwitzer, Ingeborg Drewitz, Dorothee Sölle; d. Red.) ein anderes Publikum erreichen kann als der Waffenauftrag (TAZ: „Waffen für El Salvador“; d. Red.). (Übrigens wird mit keinem Wort auf die Problematik 'Brot oder Waffen' eingegangen.) Die Bedeutung dieser Kampagne dürfte deshalb auch sehr gering sein, verglichen mit den 'Waffen' oder dem 'Stundenlohn'.“

Es sei dahin gestellt, ob die NA-Redaktion diese Geringschätzung des ASK so zugespitzt hätte, wäre von ihr zuvor über das Zustandekommen des Aufrufs „Brot für El Salvador“ korrekt und sorgfältig recherchiert worden. Welchen Sinn aber macht es, die Frage 'Brot oder Waffen' in dieser Form zu stellen, als ob es hier um zwei sich ausschließende Alternativen ginge? Müssen diejenigen, die den Aufruf „Brot für El Salvador“ propagieren, gegen den bewaffneten Befreiungskampf in El Salvador sein? Mitnichten. Und wir, das AIB, sind es schon gar nicht.

Oder umgekehrt: Soll man diejenigen, die mit dem Volkswiderstand in El Salvador zwar sympathisieren, gleichwohl aber (teils noch!) ethisch motivierte Zweifel gegenüber seiner bewaffneten Form (also auch gegenüber einem Waffen-Konto) hegen, ausklammern, abschreiben oder sie disqualifizieren? Wem wäre damit gedient, der FDR/FMLN vielleicht? Sollte man nicht eher eine gemeinsame Plattform oder, da dies nicht machbar war, verschiedene, sich ergänzende Plattformen anbieten, von denen aus beide Grundströmungen den Befreiungskampf in sinnvoller Weise unterstützen können? Das ASK hat sich jedenfalls nie gegen andere El-Salvador-Aktionen gewandt, es hat keinen eigenen Exklusivitätsanspruch erhoben.

Schließlich: In jedem bewaffneten Befreiungskampf wird es überdies Phasen geben, in denen möglicherweise die Sicherung der Ernährungsbasis in bereits befreiten Gebieten zur entscheidenden Voraussetzung für die Stabilisierung der Kampffront und die Weiterführung des Kampfes wird. In einer solchen Situation wird eine Plattform, wie die des „Brot-Aufrufs“, den unterschiedlichsten



Solidaritätsadressaten so oder so: Befreiungskämpfer der FMLN

Motivationen, z.B. politisch-strategischen oder aber auch „bloß“ humanitären, gerecht. Sie bietet Anhängern und Anzweiflern des bewaffneten Kampfes der FDR/FMLN gleichermaßen Platz, und kommt der Konsolidierung der Basis der Befreiungsbewegung direkt zugute.

Das ASK, dessen Sekretariat das AIB angehört, ist eine Bündnisorganisation, die unterschiedlichste politische und weltanschauliche Strömungen vereint und zusammenführen will, um auf breiter antiimperialistisch-demokratischer Grundlage Solidarität mit den Befreiungsbewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu üben. Zu seinen Mitgliedern gehören Christen ebenso wie Kommunisten, Liberale ebenso wie Sozialdemokraten. Seit seiner Gründung im Mai 1973 diesem Grundsatz einer breiten Bündnispolitik verpflichtet, hat das ASK mit seinen Spendenaktionen (sei es zu Chile, Südafrika, Angola, Namibia, Zimbabwe, Nicaragua, Palästina, der Westsahara usw.) durchaus nicht „sehr geringe“ Spendenbeträge aufgebracht, wie ein Gesamtspendenaufkommen von 3,7 Mio DM (Stand Ende 1981) ausweist.

Gewiß nimmt sich das bisherige Ergebnis der erst kürzlich eröffneten Kampagne „Brot für El Salvador“ (bis Januar 1982 waren etwa 150.000 DM eingegangen) gegenüber den 2,4 Mio DM der seit nunmehr über einem Jahr laufenden TAZ-Aktion „Waffen für El Salvador“ vergleichsweise noch bescheiden aus. Dennoch zeigt dies, daß hier ein gewisses Spendenpotential vorhanden ist, das es auszuschöpfen gilt.

Es gibt folglich keinen Grund, in den Anstrengungen nachzulassen, Spendengelder für das Konto „Brot für El Salvador“ zu mobilisieren oder gar diese ASK-Aktion auszusetzen. Vielmehr gilt es gerade in der gegenwärtigen Situation, diese Kampagne mit aller Kraft fortzuführen: Nicht zuletzt gegen die Zivilbevölkerung in den von der FMLN kontrollierten Gebieten richtet sich der von den USA finanzierte und gelenkte Vernichtungsfeldzug der Juntatruppen und der paramilitärischen faschistischen Banden. Durch systematischen Bombenterror, durch die Anwendung der Taktik der verbrannten Erde und durch Massaker vom Typ „My Lai“ soll nicht nur die Lebensgrundlage der Bevölkerung vernichtet, sondern auch ihre Identifikation mit der Befreiungsbewegung gebrochen werden. Diesen Opfern zu helfen gebieten somit die Menschlichkeit und die politische Einsicht gleichermaßen. Wir rufen deshalb weiterhin auf: Brot für El Salvador! Spendet für die von der Befreiungsbewegung kontrollierten Gebiete!

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PschA Frankfurt/M. Konto Nr. 527 055-602, Kennwort: „Brot für El Salvador“